Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertfünfte öffentliche Sitzung

Nr. 105

Donnerstag, den 17. März 1949

III. Band

Geschäftliches Seite
806, 829, 850, 852

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Haas, Bitom und Genossen betreffend Kündigungen der Kreisflüchtlingsobmänner und Angehörigen der Wohnungskommissionen durch das Innenministerium (Beilage 2314).

Redner:

Bitom (SPD) 806—807
Staatsminister Dr. Antermüller 807—808

(Der Antrag wird an den Ausschuß für den Staatshaushalt überwiesen.)

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Gräßler, Muhr, Scherber, Wilhelm und Wolf betreffend Vorlage eines Wohnungsbauprogramms (Beilage 2300) — Fortsetzung der Beratung.

Redner:

von Knoeringen (SPD) 808—816
Ministerpräsident Dr. Ehard 816—819
Weidner (FDP) 819—820
Bickleder (CSU) 820—822
Dr. Rindt (CSU) 822—825
Staatsminister Dr. Kross 825—827
Staatssekretär Fischer 827—828

Persönliche Bemerkung des Abgeordneten Dr. Kief betreffend Beitrittserklärung der Abgeordneten Kieß, Niehling und Schmidt Gottlieb zur Fraktion der FPB und Auflösung der Fraktion der MWB 828, 829

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Fortsetzung der Beratung zur Vorlage eines Wohnungsbauprogramms (Beilage 2300).

Hierzu Zusatzantrag des Abgeordneten Trethenbach auf Ergänzung des in Beilage 2300 beantragten kombinierten Ausschusses durch 7 Mitglieder des Ausschusses für Sozialpolitische Fragen 836

Redner:

Hirschenauer (CSU) 829
Weingzierl Georg (CSU) 830
Dr. Kief (FPB) 830—831
Hauck Georg (CSU) 831—832

Seite
Dr. Sacherbauer (CSU) 832—833
Staatsminister Dr. Antermüller 833—836
Trethenbach (CSU) [zur Geschäftsordnung] 836

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Entwurf eines Gesetzes über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Beilage 2299) — Erste und zweite Lesung.

Hierzu Abänderungsantrag der Abgeordneten Zietisch und Genossen zu Art. 3 Abs. III des Entwurfes 839

ferner Zusatzantrag des Abgeordneten Dr. Hoegner zu Art. 39 839, 840

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] 836—838
Dr. Sacherbauer (CSU) 838
Dr. Hundhammer (CSU) 839
Zietisch (SPD) 839
Staatssekretär Dr. Müller 839
Dr. Stang (CSU) 839
Dr. Hoegner (SPD) 839
Stinglwagner (CSU) [zur Geschäftsordnung] 841

Mündliche Berichte des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zu den Anträgen der Abgeordneten

a) **Bickleder und Genossen betreffend Verteilung der noch zu erwartenden jüdisch-deutschen Flüchtlinge auf Gebiete außerhalb Bayerns (Beilage 2284);**

Redner:

Bösl (CSU) [Berichterstatter] 841
Dr. Ziegler (FPB) 841—842

b) **Dr. Linnert und Genossen betreffend Unterbringung der nach Bayern geflüchteten Ausländer in von der Befehlsmacht gestellten Kasernen (Beilage 2285);**

Redner:

Weingzierl Georg (CSU) [Berichterstatter] 842

c) **Dr. Linnert und Genossen betreffend Errichtung einer Betreuungsstelle für Flüchtlinge aus der Ostzone im Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen (Beilage 2286);**

Redner:

Freundl (CSU) [Berichterstatter] 842—843

	Seite
d) Scharf betreffend Kreditgewährung an Flüchtlingsbetriebe (Beilage 2287);	
Redner:	
Noske (fraktionslos) [Berichterstatter]	843
Michel (CSU)	844
Bitom (SPD)	844—845
e) Bitom, Scharf, Weidner und Noske betreffend Beschaffung von Mitteln für langfristige Flüchtlingsproduktkredite (Beilage 2288).	
Redner:	
Noske (fraktionslos) [Berichterstatter]	845
Dr. Hundhammer (CSU)	845, 846
Zietsch (SPD)	845
Staatssekretär Dr. Müller	845—846
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten P eschel und P iehler betreffend Ergänzung des Flüchtlingsrentengesetzes vom 3. Dezember 1947, sowie der VO. über die Eingliederung von Umsiedlern in die Reichsversicherung vom 19. Juni 1943 (Beilage 2253).	
Redner:	
Treppe (CSU) [Berichterstatter]	846
Dr. Stang (CSU)	846—847
Dr. Hundhammer (CSU)	847
Staatssekretär Dr. Müller	847
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Befordnungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hille und Genossen betreffend Zulassung zum gehobenen mittleren Dienst ohne Mittelschulbildung (Beilage 2230).	
Redner:	
Pösl (CSU) [Berichterstatter]	847—848
Dr. Hille (SPD)	848—849
(Der Antrag wird an den Ausschluß für Befordnungsfragen zurückverwiesen.)	
Bekanntgabe einer Mitteilung der Fraktion der FPB über den derzeitigen Mitgliederstand	849
Bekanntgabe eines Schreibens des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs betreffend Abstellung von Bevollmächtigten der Fraktion der CSU wegen Meinungsverschiedenheiten über die Verfassungsmäßigkeit des Landeswahlgesetzes	849—850
Redner:	
Dr. Hundhammer (CSU)	850
(Als Bevollmächtigte werden die Abgeordneten Schefbeck und von Wittwiz und Gaffron benannt.)	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verkehrsfragen zum Antrag der Abgeordneten Kaifer und Genossen und Bodesheim betreffend Wiedererrichtung der Oberpostdirektion Augsburg (Beilage 2231)	850
(Der Antrag wird zurückgestellt.)	
Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu den Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend	

	Seite
a) Antrag des Landgerichtsdirektors Seboldt in Regensburg auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 162 Abs. 3 des Bayerischen Beamtengesetzes, der VO. Nr. 113 vom 29. Januar 1947 und der VO. vom 14. Juli 1948 (Beilage 2281);	
Redner:	
Dr. Wittmann (CSU) [Berichterstatter]	850
b) Antrag der Strafkammer des Landgerichts Landshut auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1, 8. Teil Kap. IV der 4. VO. des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Beilage 2282);	
Redner:	
Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]	850
c) Beschwerde von Dr. Schmalz in Adelsberg gegen das neue Landeswahlgesetz; hier Ausschluß der Mitläufer vom passiven Wahlrecht (Beilage 2283).	
Hierzu Abänderungsantrag des Abgeordneten Dr. Hoegner	851
Redner:	
Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]	851
Dr. Hoegner (SPD)	851
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kiene, Köll, Zietsch und Genossen betreffend Aufhebung des Abstempelungszwangs für Eier durch den Eiergroßhandel (Beilage 2290).	
Redner:	
Kiene (SPD) [Berichterstatter]	851
Staatssekretär Sühler	851—852
Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung	852
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die Sitzung wird um 9 Uhr 10 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die 105. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Bauer Hansheinz, Dr. Beck, Dr. Bühner, Diel, Höllerer, Hofmann, Dr. Horlacher, Dr. Kroll, Dr. Vaforet, Lau, Dr. Linnert, Meigner, Müffel, Dr. Pfeiffer, Dr. Probst, Köll, Sauer, Schneider, Seifried, Thaler, Dr. Wughhofer und Zihler.

Auf Grund eines Beschlusses des Ältestenrats des Landtags gelangt als erster Punkt folgender Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Haas, Bitom und Genossen zur Beratung:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die vom Staatsministerium des Innern zum 31. März 1949 ausgesprochenen Kündigungen der Kreisflüchtlingsobmänner zurückzunehmen.

Den Antrag begründet der Herr Abgeordnete Bitom; ich erteile ihm das Wort.

Bitom (SPD): Hohes Haus! Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich möchte zunächst den vorliegenden Antrag insoweit ergänzen, als in unserer Kanzlei ein Schreibfehler unterlaufen ist; der Antrag müßte nämlich lauten:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die vom Staatsministerium des Innern zum 31. März 1949 ausgesprochenen Kündigungen der Kreisflüchtlingsobmänner und Angehörigen der Wohnungskommissionen zurückzunehmen.

Die Veranlassung zu dem Antrag beleuchtet schlagartig einen Ausschnitt aus der Situation auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens, wie sie entstanden ist als Folge der Eingliederung der Flüchtlingsverwaltung in die innere Verwaltung. Diese Entlassungen treffen nicht nur die Bekündigten auf das härteste — denn sie sind durchwegs Familienväter, zum Teil auch Kriegsverwehrte und politisch Verfolgte, etwa 700 an der Zahl —, sondern sie treffen noch viel schwerer die Hunderttausende von Ausgewiesenen und Vertriebenen, die in den verkehrsarmen Gebieten des Landes, im Bayerischen Wald, in der Oberpfalz und sonst verstreut auf dem flachen Lande wohnen. Wie sich die Sache dort ausgewirkt hat, das hat unser verehrter Kollege Trepte ja neulich in der Sitzung des Flüchtlingsausschusses dargelegt. In Pfarrkirchen, in Passau, in Deggendorf beträgt die Erwerbslosigkeit 5 Prozent, in Cham sogar 5,3 Prozent, während der Erwerbslosenprozentsatz im Lande Bayern sich im Durchschnitt auf 3,3 beläuft. In Niederbayern haben wir bei 87 000 Beschäftigten 23 596 arbeitslose Flüchtlinge; in der Oberpfalz sind es gegenüber 77 880 Beschäftigten 16 411 arbeitslose Flüchtlinge.

Nach dem bitteren Verlust der gesicherten Existenz in der Heimat, dem schmerzlichen Verlust einzelner lieber Angehöriger auf der Flucht oder vor der Ausweisung, nach dem harten Verzicht auf die Heimat und nach einer brutalen Währungsreform, die auch dem allerletzten unter ihnen die letzte Substanz raubte, bedeuten diese Kündigungen einen neuen schweren Schicksalschlag, den sie nicht verwinden und nicht gutheißen können. Wenn diese Menschen zur Entlassung kommen, so ist das für den Staat auch keine Ersparnis; denn sie müssen auf der anderen Seite sofort unter die Arbeitslosenunterstützungsempfänger eingereiht und hier ebenfalls bezahlt werden. Die Bekündigten haben in den Jahren ihrer Tätigkeit auch vor der Währungsreform ihren schweren Dienst, oft von anderen verlacht, versehen und sich bei Alt- und Neubürgern Feinde geschaffen, obwohl sie nicht wunschgemäß, sondern pflichtgemäß handeln mußten. Sie haben damit vorbildlich ihren Arbeitswillen bekundet und am Wiederaufbau des neuen demokratischen Staates hervorragend mitgeholfen.

Aber, meine Damen und Herren, nicht bloß die Betroffenen, wie der Herr Innenminister gestern hier anläßlich der Anfrage des Herrn Abgeordneten Haugg gesagt hat, sind diejenigen, die dagegen demonstrieren, sondern auch die Hunderttausende, von denen ich vorhin gesprochen habe, die über das ganze Land verstreut leben und für die diese Oblleute mit dem reichen Schatz ihrer Erfahrungen die letzte Zuflucht waren, an die sie sich in allen ihren materiellen und seelischen Nöten wenden konnten, haben kein Verständnis für diese Maßnahme. Denn die Flüchtlingsobleute waren ihre Vertrauensleute, die die Verbindungen zu Bürgermeister,

Landrat, Kreisbeauftragten und Regierungsstellen aufrechterhielten, ihnen kostspielige Reisen in die Kreisstädte ersparten und sie auf Grund ihrer Erfahrungen bestens beraten und jedes Anliegen mit den in Frage kommenden Sachbearbeitern für sie rasch erledigen konnten. Sie waren damit maßgeblich daran beteiligt, die Ausgewiesenen und Vertriebenen vor der Radikalisierung und sonstigen extremen Bestrebungen zu bewahren. Deshalb, befürchte ich, werden sie diese Maßnahme nicht widerspruchslos hinnehmen; denn sie sehen darin eine weitere Rechtslosmachung. In den letzten Tagen ist ja ein Prozeß beendet worden, der gezeigt hat, wohin diese Reise gehen kann.

Unser Antrag bezweckt daher, diese Maßnahme zunächst aufzuheben. Es wird und muß sich hier ein Weg finden lassen, wenn man an diese Aufgabe mit dem gerade hier notwendigen menschlichen Verständnis herangeht. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen folgende, geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrags vor: Sofern der Herr Staatsminister Dr. Antermüller eine kurze Erklärung dazu abgeben will, würde ich ihm das Wort erteilen. Daraufhin würde ich den Antrag, weil er finanzielle Auswirkungen hat, dem Haushaltsausschuß überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch; das Haus ist damit einverstanden.

Herr Staatsminister Dr. Antermüller!

Staatsminister Dr. Antermüller: Hohes Haus! Der Wegfall der Einrichtung der Flüchtlingsobleute wurde vom Finanzministerium bereits im August 1948 auf Grund der aus Anlaß der Währungsreform und durch das Haushaltsgesetz dem Finanzminister verliehenen besonderen Vollmachten verlangt. Die äußeren Dienststellen der damals noch bestehenden Flüchtlingssonderverwaltung wurden hievon bereits im Herbst 1948 unterrichtet und zu entsprechenden Maßnahmen veranlaßt. Die Zahl der Flüchtlingsobleute wurde daraufhin bereits zum Jahreschluß 1948 von ursprünglich 1136 auf 665 verringert. Schwierigkeiten und Klagen sind bei dieser ersten Abbaustape nicht aufgetreten. Der Abbau hängt also, wie sich schon aus dem zeitlichen Ablauf ergibt, in keiner Weise mit dem Einbau der Flüchtlingsverwaltung in die innere Verwaltung zusammen; er hätte bei der Aufrechterhaltung der Sonderverwaltung genau so erfolgen müssen.

Im Haushaltsplan 1949 sind, der bereits erwähnten Forderung des Finanzministeriums entsprechend, keine Stellen für die Flüchtlingsobleute mehr vorgesehen. Die haushaltsrechtliche Verantwortung zwang also dazu, zur Vermeidung von Haftungen der verantwortlichen Beamten die vorsorgliche Kündigung der noch vorhandenen Flüchtlingsobleute zum 31. März 1949 anzuordnen. Dabei wurden die Landratsämter angewiesen, soziale Härten nach Möglichkeit zu vermeiden und die Oblleute in freie Stellen der Flüchtlingsämter oder entsprechend ihrer vielfachen bisherigen Verwendung in die Wohnungsämter zu übernehmen. Auch auf Beschäftigungsmöglichkeiten in der Flüchtlingslagerverwaltung und dergleichen wurde hingewiesen. Einzelne Landreise haben auch selbst bereits einen Weg zur vorläufigen Weiterbeschäftigung der Flüchtlingsobleute durch Beitragsleistungen der einzelnen Gemeinden gefunden. Ganz abgesehen von dem eisernen Gebot der

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

Einschränkung der Verwaltung und des damit verbundenen Personalabbaus, das für alle Verwaltungen, nicht etwa allein für die Flüchtlingsverwaltung, gilt, sind auch die Ansichten der Landratsämter über die sachliche Notwendigkeit der Flüchtlingsobleute auffallend verschieden, wie ich schon gestern in Beantwortung der kurzen Anfrage des Abgeordneten Haugg ausgeführt habe. Von manchen Seiten wird bestritten, daß neben den Gemeinderäten und sonstigen gewählten Flüchtlingsvertretern und vor allem neben den überall aus Wahlen hervorgegangenen Flüchtlingsvertrauensleuten überhaupt noch ein Bedürfnis für hauptamtliche Flüchtlingsobleute bestehe. 8 Landkreise hatten sie dann auch schon zum Jahreschluß restlos beseitigt. 16 Landkreise hatten nur einen oder zwei Flüchtlingsobmänner beibehalten. Andere Landratsämter dagegen wünschen den Fortbestand der Flüchtlingsobleute als Außenstellen des Flüchtlingsamts zur Erleichterung der Flüchtlingsbetreuung. Vielfach werden die Flüchtlingsobleute auch als verlängerter Arm der Wohnungsämter zur Ausfindigmachung von Unterbringungsmöglichkeiten benützt; in letzterem Falle müßten sie aber sinngemäß in die Wohnungsämter übernommen werden. Vereinzelt scheinen Obleute auch im Flüchtlingsamt selbst tätig zu sein, was ihrem eigentlichen Zweck widersprechen würde.

Die vom Antrag erstrebte Zurücknahme der vorsorglichen Kündigungen ist nur dann und erst dann möglich, wenn der Landtag Stellen und Mittel für die weitere Verwendung der Flüchtlingsobleute bewilligt, was ich gestern schon erwähnte. Wenn der Antrag weiter verfolgt werden soll, dürfte er deshalb zunächst dem Haushaltsausschuß zu überweisen sein.

Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen und Notwendigkeiten für die Kündigung der Wohnungsfonderkommissionen sind die gleichen wie bei den Flüchtlingsobleuten. Auch hier gelten daher für die Zurücknahme die gleichen Grundsätze. Der Antrag wird zunächst zweckmäßigerweise wohl dem Haushaltsausschuß zu überweisen sein, damit dort über die Frage beraten werden kann, ob Stellen und Mittel bewilligt werden können.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch feststellen, daß diese Maßnahme in keinem Fall eine Maßnahme gegen die Flüchtlinge ist, sondern eine der zahlreichen bedauernden Maßnahmen, die infolge der finanziellen Notlage eben durchgeführt werden mußten.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir fahren fort in der Debatte über den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Gräßler, Muhr, Scherber, Wilhelm und Wolf betreffend Vorlage eines Wohnungsbauprogramms (Beilage 2300).

Als Redner hat sich der Herr Abgeordnete von Knoeringen gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

von Knoeringen (SPD): Meine Damen und Herren! Der Wohnungsbau ist zum Problem Nummer 1 geworden. Wenn wir auch in den letzten Monaten wiederholt sehr optimistische Berichte zu hören bekamen, wonach die Währungsreform auf dem Gebiete des Bau-

marktes nicht jene schweren Auswirkungen mit sich gebracht habe, die zu erwarten waren, so zeigen uns doch die Berichte, die jetzt in zunehmendem Maß auf unsere Schreibtische gelangen, ein ganz anderes Bild. Erst gestern habe ich ein Memorandum des Bayerischen Baugewerkschaftsverbandes zugesandt erhalten, das an sämtliche Ministerien in Bayern gerichtet ist und in dem mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wird, daß die Bauwirtschaft einer drohenden Katastrophe entgegentreibt. Geradezu beängstigend sind die Mitteilungen, die wir von Bauträgern, von Baubetrieben bekommen, wonach in der letzten Zeit Neuaufträge überhaupt nicht mehr eingegangen sind. In dem Memorandum, das ich erwähnte, ist festgestellt, daß die Bedeutung der bayerischen Bauindustrie in ihrem Umfang vielleicht noch gar nicht erkannt wird. Ein Fünftel aller Erwerbspersonen entstammen der Bauindustrie. Ein Drittel der bayerischen Bevölkerung hängt unmittelbar oder mittelbar mit der Bauwirtschaft zusammen. 30 Prozent der in der Bauwirtschaft tätigen Arbeiter entstammen dem Kreis der Flüchtlinge. 60 000 Baufach- und Bauhilfsarbeiter, das sind fast 30 Prozent aller bayerischen Bauarbeiter, sind zur Zeit arbeitslos.

Ich habe mich dafür interessiert, ob diese Erscheinung in erster Linie saisonbedingt ist und ob wir hoffen können, daß mit dem Frühjahr eine Besserung auf dem Baumarkt eintreten wird. Die Antworten, die ich erhalten habe, sind sehr pessimistisch. Das Memorandum des Baugewerksverbandes und der übrigen bayerischen Organisationen der Bauindustrie wendet sich mit dem Appell an die ganze politische Welt, in erster Linie die Kreditrestriktionen, die den Kapitalmarkt so stark beengen, zum mindesten für die Bauwirtschaft zu lockern. In diesem Memorandum ist sehr eindrucksvoll die Schwierigkeit nachgewiesen, in der sich im Augenblick unsere gesamte Bauwirtschaft befindet. Damit ist das Problem, das für uns von so entscheidender politischer Bedeutung ist, nämlich die Schaffung von Arbeit, beziehungsweise die Überwindung der kommenden Krise durch Arbeitsbeschaffung und vor allem die Schaffung von Wohnraum, die uns so sehr am Herzen liegt, in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt.

Verehrte Anwesende! Wir haben uns gestern sehr leidenschaftlich mit einer Reihe ernster politischer Fragen beschäftigt, so mit der Frage, ob wir ehemalige Nationalsozialisten in dieses hohe Haus entsenden lassen wollen oder nicht. Wir haben uns auch sehr leidenschaftlich mit Herrn Voritz auseinandergesetzt. Aber ich glaube, über all diesen Problemen steht in erster Linie dieses eine.

(Dr. Dehler: Sehr richtig!)

Hier muß dieses Parlament versuchen, in die Materie selbst einzudringen. Es genügt nicht, nur einfach Wohnungen zu fordern, die Regierung zu kritisieren und zu sagen: Ihr tut nichts!

(Krempf: Sehr richtig!)

Wir müssen als Vertreter unseres Volkes gemeinsam den Versuch machen, uns zu mühen; wir müssen nach Wegen suchen, diese Krise zu überwinden.

Sehr interessant ist, daß gerade in diesen Tagen ein erstes, zusammenfassendes Dokument des Bayerischen Aufbaus fertiggestellt wurde, das das Ergebnis einer langen und ernsten Diskussion von Sachleuten ist, die die bayerische Regierung im vergangenen

(von Knoeringen [SPD])

Jahre zur Erörterung der Frage des sozialen Wohnungsbaus und der gesamten Wohnungsbauplanung berufen hat. Auch auf dieses Memorandum stütze ich mich in meinen Ausführungen. Leider ist es mir nicht möglich, in die Details zu gehen; ich würde sehr empfehlen, sich für diese Einzelfragen besonders zu interessieren. Zusammenfassend aber müssen wir feststellen, daß das Bild unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation für die Folgezeit nicht erwarten läßt, daß die Bautätigkeit in der bisherigen Form und mit den bisherigen Mitteln weitergeführt werden kann.

(Sehr richtig!)

Die Auswirkungen der Währungsreform werden erst jetzt in ihrer vollen Wucht deutlich und es ist daher für eine Staatsregierung und für ein Parlament von entscheidender Bedeutung, zu prüfen, welche Mittel angewandt werden können, um in einer vollständig neuen Situation neue Leistungen zu schaffen. Wir haben bisher sehr imponierende Ziffern darüber gehört, wieviele Wohnungen in Bayern bisher mehr oder weniger aus eigener Initiative geschaffen wurden. Die Statistik vom 31. Dezember 1948 zeigt aber bereits, daß zehntausend Wohnungsbauvorhaben dieser Art wegen Kapitalmangels stillgelegt werden mußten, und wir können nicht hoffen, daß sie jetzt, wenn der Frühling kommt, alle wieder in Angriff genommen werden können, weil die Ursache für diese Behinderung nicht die Kälte, sondern in erster Linie Kapitalmangel ist.

Verehrte Damen und Herren! Draußen auf dem Lande haben sich viele Bürgermeister und Gemeinderäte den Kopf darüber zermartert, welche Wege eingeschlagen werden könnten, um Kapital zu beschaffen. Wir haben ein gar hunschediges Bild von verschiedenen Sparmaßnahmen und der Eindruck ist imponierend und muß uns eine gewisse Hoffnung geben, daß in unserem Volke Leben und Kraft vorhanden ist, wenn man diese einzelnen Vorschläge einmal untersucht. Wieviel Gedankenarbeit ist da oft dahinter, wenn ein kleiner Gemeinderat nun anfängt, 50-Mark-Beträge zu sammeln, um Sparkapital zu bekommen! Bäugenossenschaften schießen aus dem Boden; da und dort werden die raffiniertesten Methoden des Sparens angewandt, um Kapital zusammenzubringen. Das ist sehr gut und anerkanntswert. Und doch möchte ich sagen, wir wären in einer Illusion befangen, wenn wir glauben würden, daß wir auf diesem Wege in der Lage wären, das Problem zu lösen. Das kann nicht mehr sein als ein sehr beachtlicher Beitrag, aber die wirkliche Leistung auf dem Gebiete des ganzen sozialen Wohnungsbaues wird letzten Endes nur durch die Gemeinschaft selbst geschaffen werden können, das heißt durch die Gesamtkraft eines Volkes. Wir wissen heute — und wir müssen das Ganze real sehen —, daß wir ein sehr armes Volk geworden sind und, wenn wir in unserem Portemonnaie nachschauen, feststellen müssen, daß das Kapital nicht vorhanden ist, um die primitivsten Lebensgrundlagen zu schaffen. Aber wenn wir nun das geringe Kapital, das uns als Volkseinkommen zur Verfügung steht, betrachten und die Ausgaben nach den Begriffen der Dringlichkeit und der Priorität einteilen, dann ist politisch-kulturell der Wohnungsbau meines Erachtens in eine der höchsten Prioritätsstufen einzugliedern.

(Sehr richtig! Sehr gut!)

Wenn wir hierin übereinstimmen, so hat das Konsequenzen. Dann können wir das nicht nur immer erklären und feierlich in der Welt verkünden, sondern dann gilt es irgendwo einzusparen, um jene Kapitalmenge zur Verfügung zu haben, die wir dann in die Richtung dieser Wohnungsbauinvestitionen lenken können. Das geht nicht anders, als daß wir von dem kleinen Kuchen, den wir zur Verfügung haben, eben ein beachtliches Stück abschneiden und darauf verzichten, dieses Stück jetzt zu verzehren, sondern es dem Wohnungsbau zuzuführen.

Das läßt sich meiner Meinung nach nicht einfach nur vom bayerischen Finanzministerium aus ermöglichen, das wollen wir gerne zugestehen. Es ist nur möglich durch eine wirkliche Finanzpolitik an entscheidender Stelle, durch eine wirkliche Kreditlenkung und eine Steuerpolitik, die im Dienste einer solchen Planung steht. Wir sind der Meinung, daß ohne eine solche weitschauende Überlegung der Wohnungsbau in Kürze unmöglich sein wird. Wir werden keine Lösungen schaffen können, wenn wir nicht den Mut haben, den Dingen wirklich ins Auge zu sehen und uns einzuschränken und einzusparen, wo das nur immer geht, selbst wenn das hart ist. Wir müssen aus dem Sozialprodukt jenen Teil abzweigen, der ein großzügiges Bauprogramm möglich macht. Bei aller Anerkennung der freien Wirtschaft können wir in diesem Zustand der Armut nur zu Lösungen kommen, wenn wir das Ganze von oben her zu steuern versuchen. Ich wäre dafür, daß jeder Mensch so frei ist, daß er tun und lassen kann, was er will; das wäre der Idealzustand. Aber wir leben nun einmal als ein Haufen Menschen, die auf einem Fleckchen Erde zusammengepreßt sind.

Das hat nichts zu tun mit einer neuen Zwangswirtschaft, sondern in erster Linie mit Wirtschaftspolitik, und darum geht es. Ich bin überzeugt, daß, wenn ich heute die Forderung stelle, im Etat Abstriche zu machen, der Herr Finanzminister kommen und sagen wird: Ich habe in den letzten Wochen die schwerste Zeit meines Lebens durchgemacht; ich weiß nicht, wo ich noch Einsparungen vornehmen kann! — Ja, die Einsparungen zugunsten des Wohnungsbaues werden fühlbar sein, und wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das wollen oder ob wir umgekehrt alles sich selbst überlassen wollen. Finanz- und Steuerpolitik sind in unserer Zeit in erster Linie Instrumente der Wirtschaftspolitik geworden.

(Richtig!)

Wenn Sie heute das sogenannte kapitalistische Amerika betrachten, verehrte Damen und Herren, so ereignen sich dort Dinge, die uns allen bis vor vielleicht drei oder vier Jahren unverständlich gewesen wären. Wir stellen fest, daß das amerikanische Volk in einer freien Wahl einem Präsidenten die Mehrheit gab, der mit dem klaren Programm seiner Wirtschaftspolitik siegte. Diese Wirtschaftspolitik ist auf Investitionslenkung und auf die Steuerung der Grundkapitalien und der Rohstoffe gegründet. Das leistet sich heute das reiche Amerika, und warum? Weil es über eine zu erwartende Krise hinwegkommen will, die zwangsläufig entsteht, und weil es aus der letzten Krise von 1930 bis 1932 Schlüsse gezogen hat. — Und wenn wir heute nach England schauen, auf dieses Land, das mit seinen Experimenten zuerst so skeptisch beurteilt wurde, so werden unsere hartgesottensten Vertreter der freien Markt-

(von Knoeringen [SPD])

wirtschaft anerkennen müssen, daß eine Gesamtsteuerung von oben her möglich ist, ohne auf diesem Sektor nach unten die freie Wirtschaft aufzuheben.

Das sind die Probleme, die heute einer Wirtschaftspolitik gestellt sind. Wir können uns in unserem verarmten Deutschland den Luxus nicht leisten, alles mehr oder weniger der freien Entwicklung zu überlassen, wenn wir darauf angewiesen sind, den Wohnungsbau so rentierlich zu gestalten, daß zuletzt Menschen kommen, die sagen: Nun, jetzt verliere ich wenigstens nichts mehr, wenn ich ein Haus baue, und die sich, sagen wir, mit der moralischen Leistung begnügen, ein Haus herzustellen, wenn sie nur wenigstens nichts daraufzahlen. Wenn ich also bei der untersten Stufe ansetze, so ist nach allen Memoranden, besonders nach dem des Aufbaurats, festzustellen, daß dann der Wohnungsbau eben nicht möglich sein wird. Das müssen wir anerkennen.

Wir brauchen verlorene Zuschüsse, und letzten Endes geht es nur darum, wie hoch die verlorenen Zuschüsse sein müssen, ob sie ein Drittel oder ein Viertel ausmachen müssen.

(Donsberger: Reicht nicht aus!)

— Ja, reicht nicht aus, ich will darüber nicht diskutieren. Man kann eine Fachdiskussion darüber führen, wie weit man diese verlorenen Zuschüsse heruntersetzen kann, wenn man eine Vereinfachung der Bauwirtschaft auf großer Ebene und sofort einführt. Nur darüber kann jetzt diskutiert werden, glaube ich, inwieweit die Verzinsung verstärkt und wie weit damit die Spanne verringert werden kann, die gegenüber dem Sparkapital, dem Privatkapital besteht. Das muß aus dem gesamten Topf unseres Sozialeinkommens, unseres Sozialprodukts an diesen Wohnungsbau gegeben werden. Aber ohne wirkliche Gesamtplanung ist in dieser Frage eine Leistung nicht möglich.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun vor den leeren Kassen unseres Staatsbudgets stehen und uns mit anderen Ländern und anderen Städten vergleichen, so ergibt die Statistik, daß z. B. Bayern nach der Währungsreform in der Zeit vom 30. Juni bis zum 31. Dezember ein Steueraufkommen von 84 Mark pro Kopf der Bevölkerung zu verzeichnen hatte, während Bremen ein solches von 336 Mark aufwies.

(Dr. Hundhammer: Die Stadt München hat wahrscheinlich auch ein größeres Aufkommen als der Landesdurchschnitt!)

— Sehr richtig, ich möchte hiermit nur ausdrücken, wie verschieden dieses Bild heute ist. Ich möchte nur sagen, daß wir sehr vorsichtig sein müssen, wenn wir von der Eigenstaatlichkeit Bayerns sprechen,

(Sehr gut! bei der SPD)

weil wir sonst in unserer Armut hängenbleiben.

(Dr. Hundhammer: Und Schleswig-Holstein bleibt auch an seiner Armut hängen.)

— Sehr richtig, die Schleswig-Holsteiner bleiben auch hängen.

(Dr. Hundhammer: Aber sie dürfen nicht hängenbleiben. Sie müssen das Ganze im Zusammenwirken vergleichen!)

Was wir daher brauchen, ist ein Ausgleich.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Was wir brauchen, ist die Investition über die Interessen der Länder hinweg auf diesem Gebiet sozialer Dringlichkeit. Was wir brauchen, ist eine positive Einstellung zu den Planungsarbeiten, die in Frankfurt vorgenommen werden. Was wir nicht brauchen —

(Dr. Hundhammer: Mit den Norddeutschen zahlen wir immer drauf!)

— Richtig! Anerkennen wir die Tatsache, daß in diesem Deutschland die verschiedensten Interessen miteinander um ihre Durchsetzung ringen! Ich habe selbst erlebt, daß der Bürgermeister von Hamburg selbstverständlich sehr skeptisch ist, wenn er eine Forderung seines Kollegen von Schleswig-Holstein zu hören bekommt, daß man da jetzt teilen soll! Das ist klar, denn wie kann der Bürgermeister von Hamburg aus sich heraus sagen, ich bin bereit, 100 Mark von den 336 Mark abzutreten? Er wird auf den Protest der vereinigten Wirtschaftsunternehmungen von Hamburg bzw. Bremen stoßen.

Meine Damen und Herren! Hier ist der Punkt: Wenn wir nicht eine Autorität schaffen, so daß der Bürgermeister von Hamburg in den Senat zurückkehren und sagen kann: Leider muß ich Ihnen mitteilen, meine Herren, daß eine höhere Autorität — welche das auch immer sein mag — eine allgemeine Anordnung erlassen oder einen Beschluß gefaßt hat, bei dem ich unterlegen bin, wenn er das nicht tun kann, dann bekommen wir einen solchen Streit der Länder untereinander um den Ausgleich dieser Finanzen, daß wir zuletzt die Zeit nicht mehr haben, um uns mit dem Aufbau selbst zu befassen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich erwähne das nur, weil ich es für notwendig halte, zu diesem Ausgleich und zu dieser gesamtdeutschen Leistung eine positive Einstellung zu bekommen. Selbstverständlich suchen uns andere übers Ohr zu hauen, aber da muß man eben vorne dran sein, wenn die Planung beginnt.

(Dr. Dehler: Es ist umgekehrt. In Bonn hat man immer die Sorge, daß die Bayern die anderen bescheißen. — Heiterkeit.)

— Einer hat Mißtrauen gegen den andern; das ist einmal so im menschlichen Leben.

(Dr. Dehler: Es ist nicht so; die anderen haben kein Mißtrauen.)

— Also, der Herr Kollege Dr. Dehler kann uns dann vielleicht noch darüber aufklären. Ich jedenfalls möchte so tolerant als nur möglich sein, um die Gegenargumente besser abwägen zu können. Ich bin also der Meinung, wenn heute z. B. in Frankfurt hinter verschlossenen Türen geplant wird, wenn dort ein Planungsamt unter Leitung eines Dr. Kaiser tätig ist, dann wissen wir, daß dort unser Schicksal mit entschieden und der Kuchen aufgeteilt wird, an dem wir essen. Es ist vielleicht nicht in erster Linie das Bayerische Finanzministerium, das wir kritisieren müssen, aber wir müssen von ihm verlangen, daß es in Frankfurt viel aktiver tätig wird und sich viel mehr an einer gesamtdeutschen Planung beteiligt, anstatt sich mit Ressentiments im Hintergrund zu halten.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Es hilft nichts, wenn die Entwicklung in anderer Richtung verläuft, nachträglich Proteste zu erheben, daß man

(von Knoeringen [SPD])

zu kurz gekommen sei. Wir müssen vor allen Dingen vermeiden, daß das Wenige, was wir an Kapital haben, verschuftet, daß es falsch angewendet wird. Bei der bisherigen Entwicklung — ich will ganz weitherzig sein — konnte man das vielleicht nicht so ganz in der Hand behalten. Man konnte nicht bei jeder Mark, die irgendwo in einem Strumpf versteckt war, kontrollieren, wohin sie fließt. Wir haben so zweifellos eine Menge Geld für Dinge ausgegeben, für die dies heute nicht mehr möglich ist. Eine Menge kleiner Unternehmungen, die sich entwickelt haben, weil eine gewisse Profitspanne sichtbar war, sind bankrott geworden. Das in sie hineingesteckte Kapital ist nicht nur Kapital des einzelnen, sondern es ist Volkvermögen — und es ist verwirtschaftet.

Wenn wir zu wirklichen Leistungen kommen wollen, müssen wir Überlegungen anstellen, wie wir, ohne die Freiheit des Individuums dabei außer acht zu lassen, soweit als nur irgendmöglich die gesamten Maßnahmen der Kreditlenkung so beeinflussen können, daß sie im Sinne dieser großen Kapitalgabe für Werke des sozialen Aufbaues verwendet werden können.

Nun möchte ich, ohne im einzelnen auf Fragen der Finanzierung zu sprechen zu kommen, mich etwas mit den Herren von der Regierung auseinandersetzen. Vor mehr als einem Jahre, am 18. Februar 1948, wie ich in meinen Akten vermerkt habe, habe ich die Ehre gehabt, im hohen Hause zur Frage des Stats des Innenministeriums, und zwar über Wohnungsbau, zu sprechen. Damals erhitzten sich die Gemüter über die Frage, ob die Abteilung 6 im Arbeitsministerium in die Oberste Baubehörde eingegliedert werden soll. Wir waren damals skeptisch, ob dies eine Lösung sein werde. Nach unserer Auffassung war es notwendig, großzügig zu beginnen, indem man alle Stellen, die sich mit Fragen des Bauens beschäftigen, unter einer Autorität zusammenfaßt. Wir forderten damals die Schaffung eines Aufbauministeriums mit genügend Autorität und Einfluß in der Gesamtregierung, um sich durchzusetzen. Wir waren der Meinung, daß es das wichtigste Ministerium in Bayern überhaupt wäre und daß es sozusagen ein Ministerium der großzügigen Planung und Wirtschaftspolitik werden müßte.

(Zitisch: Aufbau- und Flüchtlingsministerium!)

— Es wäre nur als Sonderministerium denkbar. Nun ist mehr als ein Jahr vergangen und wir können also fragen: Was ist geschehen? Wir haben die Entwicklung der Obersten Baubehörde erlebt und ich habe mich für ihre Arbeiten interessiert. Ich bin nicht hierhergekommen, um die Arbeiten dieser Männer nun zu kritisieren. Aber ich stelle eines fest: Die Oberste Baubehörde mag noch so gut organisiert sein, man könnte dorthin die besten Gesetzestheoretiker Europas berufen, und trotzdem könnte die Oberste Baubehörde zu jeder Frage im Parlament nur immer erklären, daß in ihrer Tasche Gedanken und Pläne ruhen, daß sie aber nicht in der Lage ist, dieselben zu verwirklichen, weil ihr Einfluß nicht ausreicht.

Auf dem gesamten Gebiete des Bauwesens herrscht immer noch eine große Zersplitterung. Wir haben eine besondere Bautätigkeit im Landwirtschaftsministerium: über das Landesiedlungsamt wäre eine eigene Rede fällig. Wir haben das Staatssekretariat für das

Flüchtlingswesen und haben erlebt, daß Komitees über Land gefahren sind, um neue Projekte zu studieren. Über diese Komitees ist viel erzählt worden. Es war eine angenehme Atmosphäre, die sich hier entwickelt hat. Aber solche Projekte können nicht verwirklicht werden, weil schließlich das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen nicht auch noch ein Bausekretariat hat. Es hat wahrscheinlich eines, aber über die Einrichtung des Bausekretariats hinaus kommt es nicht zum Bauen. Im Arbeitsministerium haben wir die werterschaffende Arbeitslosenfürsorge. Dort werden uns bestimmte Beträge in Aussicht gestellt und werden bestimmte Kapitalien in bestimmter Richtung gelenkt, sicherlich nicht zum Schlechtesten. Aber es ist nur ein Tröpfchen hier, nur ein Tröpfchen da und dort, und schließlich versickern alle diese Tröpfchen im Sand. Auch das Finanzministerium bemüht sich, eine Leistung zu setzen. Ich möchte nur an die Rhön-Planungs-GmbH. erinnern und ein Ausrufezeichen daneben setzen, ohne auf die Rhön-Planung einzugehen. Darüber wäre nämlich wieder eine Rede fällig.

(Zuruf: Wer hat die unterstützt?)

— Das weiß ich nicht; ich setze mich jetzt nicht mit der Rhön-Planung auseinander. Ich möchte jedenfalls feststellen: Sie können heute in jedes einzelne Ministerium gehen, in das Arbeitsministerium, das Finanzministerium oder sonstwohin, Sie werden überall ein ehrliches Bemühen der dortigen Herren finden. Wenn Sie jedoch die Struktur nicht ändern, können sich die einzelnen Beamten dort zu Tode schuften, aber sie werden letzten Endes weder eine Planung fertigbringen noch einen Siedlungsbau des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen schaffen können. Die Oberste Baubehörde wird keine Leistung setzen und wir werden nur eines erreichen: eine Müdigkeit der Menschen, ein Mißtrauen gegen die Demokratie und ein Mißtrauen gegen die Regierung. Es wird der Eindruck entstehen, als ob diese Demokratie von oben bis unten versagt.

(Beifall bei der SPD.)

Auch das Flüchtlingsproblem ist, wie wir uns schon hundertmal klargemacht haben, nur zu lösen, wenn wir imstande sind, die Flüchtlinge einzugliedern. Wenn das Statistische Landesamt kürzlich feststellte, daß die Zahl der einströmenden Flüchtlinge nicht ausreicht, um den Fehlbedarf der Arbeitskräfte zu decken, der in der bayerischen Wirtschaft durch die Kriegsverluste entstanden ist, so sind hier Möglichkeiten gegeben. Ich sage nicht, daß dies die Lösung des Flüchtlingsproblems ist; das liegt mir völlig fern. Aber wenn das Flüchtlingsproblem überhaupt gelöst werden soll, so können wir es nur tun, indem wir das Problem der gesamten Wirtschaft lösen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Aus der Natur der Sache ergibt sich — ich sage das gar nicht aus bösem Willen heraus —, daß diese Zersplitterung unserer gesamten Aufbauleistungen über die verschiedensten Ministerien zu Kompetenzkonflikten führt. Jeder Ministerialrat, der seine Arbeit leisten will, möchte sein Reich haben, in dem er schafft. Wenn ein anderer ihm sozusagen ins Gäu kommt, erblickt er in ihm zunächst den direkten Gegner, und er wird um die Erhaltung seiner Abteilung, seiner Gruppe, seiner Befugnisse kämpfen. Das muß er geradezu tun, wenn er ein ordentlicher Beamter ist, möchte ich sogar sagen. Ich möchte gar nicht einen Angriff auf die Büro-

(von Knoeringer [SPD])

tratie loslösen. Sicherlich müssen wir als Parlamentarier immer und ständig diese Bürokratie kontrollieren, aber wir können es uns nicht leisten, immer zu sagen, daß an allem die Bürokratie schuld ist. Es kommen heute zahlreiche Beamte verzwweifelt zu mir und sagen: Bitte, können Sie gar nichts im Landtag machen? Könnte da nicht einheitlicher und großzügiger gearbeitet werden? Vielleicht müssen wir uns auch wirklich als Landtag etwas an die eigene Brust klopfen, weil unsere Kritik, die wir an der Bürokratie üben, nicht immer fundiert und so von Kenntnissen getragen ist, daß sie ins Schwarze trifft. Wir haben gar kein Interesse, in unserem Volke eine neue Klasse der Bürokratie aufzuziehen und gegen jeden, der sich als Baurat oder Ministerialrat vorstellt, sofort eine feindliche Haltung einzunehmen. Wir wünschen eine Bürokratie, die dem Volke dient. Ich bin überzeugt, daß in unserer bayerischen Verwaltung genügend Menschen bereit sind, diesem Volke zu dienen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben.

Ich will das Problem der Landesplanung gar nicht erwähnen, die einen Dornröschenschlaf schläft und die zwischen dem Wirtschaftsministerium und sonstwo hin- und herschwebt. Es ist bisher nicht gelungen, die Männer entsprechend in den Mittelpunkt auch der Aufbauarbeit zu stellen, deren Aufgabe es ist, den gesamten Prozeß des Aufbaus, sowohl bei der Industrie- wie der Bauplanung, in diesem Lande als ein organisches Ganzes zu betrachten. Es könnte einer kommen und sagen: Hör auf mit deiner Planung; denn es ist besser, es baut einer überhaupt etwas auf! Für den Augenblick mag dies eindrucksvoll sein; es zeigt auch den Lebenswillen unseres Volkes. Wenn wir diesen Weg aber weiterbeschreiten, pflastern wir Bayern mit lauter „Hütten und Häuschen der eigenen Initiative“ voll. Wir schaffen ein buntes Durcheinander, aber keinen Aufbau.

Für uns als Oppositionspartei ist es sicher nicht einfach, in dieses Problem hineinzusteigen, da wir ja nicht direkt gestaltend an der bürokratischen Arbeit teilhaben.

(Zuruf von der CSU: Sie waren doch beim Aufbauplan dabei!)

Ich möchte auch hervorheben, daß der Herr Ministerpräsident, wie mir gesagt worden ist, wiederholt sehr stark den Willen zum Ausdruck brachte, die Kompetenzkonflikte zu beseitigen. Er ist auch gegen die Kompetenzkonflikte, die hier immer wieder auftreten. Aber mit dieser Meinung und mit diesem Willen allein geht es eben nicht, wenn man nicht den Mut hat, eine gewisse Rekonstruktion durchzuführen.

Ich will jetzt nicht auf den Plan A im einzelnen eingehen, aber er war der Versuch, einmal das Gesamtproblem zu sehen und zu zeigen, worauf es hier entscheidend ankommt. Er war der Versuch, einmal über die kleinen Aufgaben hinaus die Gesamtlösung ins Auge zu fassen und die Frage aufzuwerfen: Sind wir überhaupt imstande, als Volk noch eine solche Leistung zu sehen? Bei der Ausarbeitung dieses Planes ergaben sich manchmal sehr deprimierende Perioden, als wir die Engpässe sahen und erstaunlicherweise erkennen mußten, daß der bedeutsamste Engpaß gar nicht die Ziegel oder der Zement, sondern das Holz waren, das wir nicht haben, wie wir uns auch drehen mögen. Wir mußten da erkennen, daß es notwendig ist, das Holz durch andere

Baumittel zu ersetzen, und daß man, um das Holz zu ersetzen, mehr Eisen und mehr Kohle braucht, was schon wieder das Problem der Gesamtplanung mit Frankfurt aufwirft. Je intensiver wir uns mit dieser Frage beschäftigten, um so mehr mußten wir wiederum erkennen, daß wir uns nicht hinter die bayerischen Grenzen einer Eigenstaatlichkeit zurückziehen und glauben können, damit aus der Gefahr der Verproletarisierung oder Balkanisierung unseres Volkes herauszukommen. Wir haben weitergearbeitet und es ist uns gelungen, die Grundgedanken dieses Planes heute auf die Trizone auszu dehnen.

Mit Hilfe von Sachverständigen ist gerade in diesen Tagen eine solche Arbeit fertiggestellt worden, wie sie auch in Frankfurt mit einer Grundlage allgemeiner Diskussion für einen Gesamtaufbau in Westdeutschland bilden kann. Damals, am 11. Februar 1948, hatte ich 11 Forderungen aufgestellt, die ich im einzelnen jetzt nicht wiederholen möchte. Eine entscheidende Forderung war die Schaffung einer zentralen Stelle der Koordination sämtlicher Aufgaben des Aufbaues in einer Hand. Wir haben weiter gefordert, daß eine gewisse Planung und Überlegung in diese Arbeiten hineingebracht wird. Wir haben gefordert, daß die Bearbeitung der Rechtsgrundlagen durch die Schaffung eines Aufbaugesetzes erfolgt. Die Antkündigung dieses Aufbaugesetzes haben wir wiederholt vernommen, allein es ist bis heute noch nicht da, weil es immer wieder umgearbeitet wird. Aus den Fehlern, die die anderen Länder begangen haben, können wir schon so viel lernen, daß man sagen kann: Es ist an der Zeit, nun raschestens das Aufbaugesetz diesem Hause vorzulegen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir können nicht mehr länger warten. Die Gemeinden schicken mir dauernd Briefe, in denen sie auf die Schwierigkeiten der Baulandbeschaffung hinweisen. Sie sind in der Baulanderschließung gehemmt, weil die gesetzlichen Grundlagen nicht vorhanden sind. Deshalb gehört dieses Aufbaugesetz für Bayern zu den vordringlichsten Gesetzen, die heute überhaupt zur Diskussion stehen. Wenn die Vertreter der juristischen Wissenschaft feststellen, daß die Enteignungsvorschläge, wie sie z. B. von der FDP vorgebracht wurden, mit der Verfassung nicht übereinstimmen, so dürfen wir nach meiner Meinung hier nicht stolpern. Wir müssen eben den Mut haben, in solchen Fragen vor unser Volk hinzutreten und eine Verfassungsänderung zu verlangen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Wir dürfen hier nicht alles blockieren lassen und vielleicht noch in einen Gegensatz zu unserer eigenen Verfassung kommen.

Ich gestehe der Regierung zu, daß auch beachtliche positive Leistungen erzielt worden sind. Man darf es vielleicht nicht zuletzt als einen gewissen Erfolg der Opposition werten, wenn wir schon sehr bescheiden sind, daß die Regierung lebendig geworden ist und dieses Problem ernsthaft aufgegriffen hat. Insofern waren wir vielleicht an der Gründung des Aufbaurats nicht ganz unbeteiligt, der ja der Ausdruck des Willens ist, ein Problem zu klären. Der Aufbaurat hat getagt. Hier (der Redner zeigt auf das Memorandum des Aufbaurats) ist das Produkt seiner Arbeit. Der Aufbaurat hat beratende Funktion. Sehr befriedigend ist für uns, daß in diesem Memorandum im wesentlichen das gleiche festgestellt

(von Knoeringen [SPD])

wird, was wir schon im Plan A zum Ausdruck gebracht haben. Man kommt zu denselben Ergebnissen der Notwendigkeit der Koordinierung aller Anstrengungen und der Notwendigkeit der Planung. Alles dies können Sie hier, von neutralen Wissenschaftlern zusammengestellt, lesen.

Das Innenministerium hat ganz zweifellos durch die starke Fundierung der Obersten Baubehörde einen Beitrag geleistet. Auch auf dem Gebiete der Finanzierung haben wir gewisse Bemühungen beobachtet, die allerdings noch sehr im Hintergrund stehen. Aus dem einstmalig großen Papiervermögen haben wir 5 Millionen gerettet, die für den Neubau verwendet worden sind. Es sind 10 Millionen, in Wirklichkeit aber doch nur 5 Millionen. Wir bringen jetzt 10 Millionen zur Verteilung — zum Teil sind sie schon verteilt — für die An- und Umsiedlung der Flüchtlinge. Im Staatsanzeiger haben wir die Richtlinien gelesen, sehr ins Detail gehende Richtlinien, für die Verteilung der ersten 5 Millionen. Die Verteilung ist außerordentlich kompliziert. Unsere Leute draußen kommen nun und sagen: Um Gottes willen, was muß ich hier wieder für Formulare ausfüllen, um diese paar tausend Mark zu erhalten, die dafür doch kaum ausreichen, um eine Leistung zu sehen! Dann versteht man, daß wir nicht weitergekommen sind. Wir müssen uns eben ernsthaft bemühen, in diesen Fragen großzügiger zu denken. Wir müssen vom Rat zur Tat kommen. Ich erwarte, daß uns, wenn die Staatsregierung nun ihre Erklärung abgibt, nicht kleine Details vorgetragen werden, was irgendwo in einem Amt geschehen sein mag, sondern daß uns eine Gesamtvorstellung der bayerischen Staatsregierung darüber vorgetragen wird, was sie jetzt zu tun gedenkt, um in dieser Situation aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Wir erwarten von der bayerischen Staatsregierung, daß sie endlich die Konsequenzen zieht und ein solches Aufbauministerium schafft.

(Zuruf.)

— Jawohl, Ministerium. Ich bin gegen ein Ministerium dem Namen nach. Wir wäre es genau so recht, wenn diese oberste Leitung des Aufbaus direkt unter dem Ministerpräsidenten stünde und er seine höchste Autorität für eine solche Stelle einsetzen würde.

(Sehr richtig! links.)

Aber hier steht in unserer Verfassung, die wir uns gezimmert haben, daß jeder einzelne Verwaltungszweig einem Ministerium zugeteilt sein muß. Worte sollen es nicht sein, um die Sache geht es. Die Sache selbst verlangt doch, daß wir eine Autorität für den Aufbau schaffen müssen, bei der alle diese Bemühungen zusammenlaufen. Wir müssen eine solche Stelle so ausstatten, daß sie sich in der Regierung auch durchsetzt. Wir können diese Stelle nicht durch einen Ministerialdirektor und auch nicht durch einen Staatssekretär vertreten lassen, sondern wir müssen dem Vertreter dieser Stelle mindestens den Rang eines Ministers geben, damit er sich auch im Ministerrat mit dem Gewicht eines Ministers zum Wort melden kann. Am besten wäre es, wenn, wie ich sagte, der Ministerpräsident selbst diesem Ministerium sein besonderes Gewicht verleihen würde.

(Zuruf: Dann gibt es mehr Geld.)

— Aufs Geld komme ich gleich.

Wir wollen weiter von der Staatsregierung fordern, daß die baldige Vorlage des bayerischen Aufbaugesetzes erfolgen möge.

Nun zur Finanzierung! Wir haben kein Geld. Damit fällt alles; also gehen wir nach Hause. „Wir haben kein Geld.“ Ich habe schon auf die Grundfragen der Finanzierung hingewiesen und möchte mich jetzt etwas mit der Praxis bei uns beschäftigen. In diesem Memorandum des Bayerischen Aufbaurats finden Sie Vorschläge zur Finanzierung, finden Sie bestimmte Maßnahmen der Steuerbegünstigung vorgeschlagen, die den privaten Kapitalmarkt zum Beispiel durch einen Grundsteuererlaß für den sozialen Wohnungsbau stärker an das Bauen heranbringen sollen. Sie finden hier die Forderung nach einer Kreditlenkung, die Forderung nach der Aufhebung der Kreditrestriktionen zugunsten dieser ganz besonderen Aufgaben des sozialen Wohnungsbaues. Sie finden auch Vorschläge für das Bausparen. Aber bei all dem bleibt eines übrig: Ohne staatliche Zuschüsse ist jeder Vorschlag, mag er noch so gut ausgedacht sein, eben nicht zu verwirklichen.

Nun entstand die Idee, wiederum eine Belastung gewisser Teile unseres Volkes durch die sogenannte Baunotabgabe vorzunehmen. Aus der Baunotabgabe sollen 55 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten ist, soweit ich informiert bin, im bayerischen Staatshaushalt keine Mark für den Wohnungsbau ausgelegt. Wir werden also sozusagen in die Zange genommen, indem man uns vor die Alternative stellt: Wenn ihr einen Wohnungsbau wollt, dann eben eine Baunotabgabe! Diese Kalkulation ist schon sozusagen als Fixum eingeseht. Ich bin nicht dagegen, jedem klar ins Bewußtsein zu bringen, daß man nicht bauen kann, indem man geheim Geld im Keller drückt, sondern nur dadurch, daß man etwas von dem Kuchen abgibt, an dem alle essen. Das Problem ist nun: Wer gibt etwas davon ab und in welchem Ausmaß gibt er etwas davon ab? Ich bin nicht berechtigt, für meine Fraktion hier eine Erklärung zu dem Vorschlag der Baunotabgabe zu unterbreiten. Ich bin aber persönlich der Meinung: Wenn es eine Aufteilung der gemeinsamen Lasten gibt, dann müssen wir mehr den Gesichtspunkt des Einkommens für diese Besteuerung betonen als nur den Gesichtspunkt des Wohnens. Wir müssen daher versuchen, einen Weg zu gehen, der mehr die Einkommensteuer in den Mittelpunkt dieser Betrachtungen stellt. Ich möchte nur auf die großzügigen Entscheidungen hinweisen, die in Italien in dieser Richtung gefallen sind.

(Weidner: Es bleibt heute schon vom Einkommen nichts mehr übrig!)

Ich bin nicht Finanzminister und kann die Einkommen nicht so nachrechnen. Ich glaube aber noch immer, daß die Einkommen in unserem Volk ziemlich ungleich verteilt sind und daß neben dem Mann, der sich ein Pfund Fleisch um 3,50 oder 4 DM überhaupt nicht mehr kaufen kann, ein nicht sehr kleiner Teil von Leuten steht, die dieses Fleisch ohne Bedenken kaufen. Es handelt sich hier um Probleme der Steuer- und Finanzpolitik.

(Kübler: Die Schwarzhändler haben zu jedem Preis gekauft, aber nicht der normale Einkommensträger!)

— Ich will mich hier nicht weiter auf diese Fragen einlassen, sondern nur auf die Spielbanken hinweisen. Wenn wir aber schon zu einer solchen Aufgabe schreiten,

(von Knoeringen [SPD])

müssen wir uns auch die Mühe machen, noch genauer zu untersuchen, wo Steuern eingetrieben werden können. In diesem Zusammenhang frage ich den Herrn Finanzminister: Welches sind eigentlich nun die Steuereinnahmen, die wir haben? Man hört da bestimmte Zahlen, die irgendwo vertraulich herumgehen. Ich bin noch nicht in der Lage gewesen, dieser vertraulichen Zahlen habhaft zu werden. Wir müssen jedoch als Parlamentarier fordern, daß die Entwicklung unseres Steueraufkommens wirklich auch vor diesem Hause einmal klar und eindeutig sichtbar gemacht wird. Ich habe vernommen — ich hoffe, ich bin richtig unterrichtet —, daß der Finanzminister in Hessen bereits zweimal verkünden konnte, daß er einmal einen Betrag von 12 Millionen und einmal einen Betrag von 15 Millionen aus Steuerstrafen und Steuerkontrollen hereingebracht hat. Wie hoch ist der Betrag, der in Bayern aus diesen Kontrollen aufgekommen ist? Aber auch auf Grund dieser Steuerkontrollen können wir nicht die Summe erhalten, die wir für ein großzügiges Bauprogramm brauchen. Wir können jedoch eine gewisse Steuerdisziplin dadurch erreichen. Das hat jetzt nichts mit der gegenwärtigen Steuerverteilung zu tun, von der ich auch der Meinung bin, daß sie geändert werden muß. Es sind viele da, die den allgemeinen Zusammenbruch der Steuermoral heute dazu benützen, sich selbst gesundzumachen. Hier ist es Aufgabe eines Ministeriums, einzugreifen und Mittel und Wege zu erfinden, um sich auf diesem Gebiet auch durchzusetzen. Wenn eine solche Besteuerung in Form einer Baunotabgabe oder wie immer man sie nennen mag — letzten Endes ist sie doch eine Steuer —, schaffen würde, bin ich der Meinung, daß diese Steuer, wie vorgesehen, absolut zweckgebunden sein muß und daß wir sie nur dann rechtfertigen können, wenn auf der anderen Seite mindestens der doppelte Betrag auch aus den Mitteln des Haushalts zugeschoffen wird, damit der dreifache Betrag einer solchen Steuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stünde. Wenn wir so rechnen, kämen wir auf den Betrag von ungefähr 150 Millionen. Nun sagt man: Das ist unmöglich. Wenn ich die Zeitung aufschlage, kann ich aber feststellen, daß der Landtag von Württemberg den Beschluß gefaßt hat, 70 Millionen für den sozialen Wohnungsbau aus Etatmitteln zur Verfügung zu stellen. Wenn die Württemberger auch höhere Steuereinnahmen infolge ihrer Industrie haben, so sind sie doch auf der anderen Seite viel viel kleiner als wir.

(Zuruf: Sie haben viel weniger Fürsorgeausgaben!)

Ich will dieses Beispiel nur anführen, um zu zeigen, daß unter allen Umständen solche Möglichkeiten gesucht werden müssen. Es geht jetzt darum, den Staatshaushalt im Lichte der gegenwärtigen Einkommen durchzustudieren und sich zu überlegen, welche Möglichkeiten noch gegeben sind. Ich bin nicht gegen die Künstler und nicht gegen die Kultur, aber ich muß einmal ein warnendes Wort sagen: Alle unsere Theater, alle unsere Künstler, unsere ganze Kultur werden untergehen, wenn wir nicht in der Lage sind, den Menschen Wohnraum zu schaffen. Das ist eine fundamentale Forderung der Kulturpolitik.

(Beifall links.)

Die Aufbauminister haben sich getroffen und beraten. Ich nehme an, daß sie Männer sind, die etwas vom Aufbau und seiner Finanzierung verstehen. Bayern hat

dort sicher auch einen Vertreter bei der gemeinsamen Konferenz gehabt. Die Aufbauminister sind zu dem Ergebnis gekommen, vorzuschlagen, daß fünf Prozent der gesamten Etatmittel für den sozialen Wohnungsbau abgezweigt werden. Ich kann im Augenblick nicht sagen, wie man das macht. Es müßten aber jetzt aus unserem Landtag alle Spezialisten zusammentreten, den Etat durchstudieren und selbst festzustellen versuchen, wo noch Einsparungen vorgenommen werden könnten. Mit den schlaflosen Nächten des Herrn Finanzministers können wir uns nicht mehr abfinden, wir müssen selbst ein Stück Verantwortung übernehmen. Es ist richtig, daß von Bayern aus die Kreditrestriktionen nicht aufgehoben werden können. Wir müssen aber hier den Willen dieses Hauses zum Ausdruck bringen, wir müssen unsere Regierung beauftragen, wir müssen unsere Fraktionen in Frankfurt beauftragen, daß sie im Vänderat und im Wirtschaftsrat und, wo immer das möglich ist, in diesem Sinne wirken, um zu einer Lockerung dieser Kreditbeschränkungen zugunsten des sozialen Wohnungsbau — ich möchte das in dieser Richtung einschränken — zu kommen.

Wir fordern weiter ein Sofortprogramm.

(Zuruf.)

— Hier sitzt ein Gegner — der ist immer gegen mich. Wenn wir Kapital in größerem Umfang zur Verfügung stellen können, so würde ich es trotz aller Schwierigkeiten, die bei der Verteilung bestehen und deren ich mir voll bewußt bin, für richtig halten, daß es am besten wäre, einen Schlüssel aufzustellen und zu sagen: Hier habt ihr das Geld, rauft euch miteinander ab! Ich glaube aber, hier handelt es sich um etwas, das von höherer politischer Bedeutung ist, und das ist folgendes: Wenn die Demokratie nicht imstande ist, optisch eine Leistung sichtbar zu machen, so wirkt sich das gegen die Demokratie aus. Wie kam der Erfolg Hitlers zustande? Er stampfte eine Autobahn aus dem Boden. Er konnte das mit der Autorität der Diktatur tun, indem er einfach befahl: 100 000 Mann um 8 Uhr morgens angetreten, jeder mit einer Schaufel zu 60 Pfennig in der Hand, wir bauen eine Autobahn!

(Zurufe.)

— Ich verteidige ja hier nicht den Herrn Hitler; denn ich bin mir genau bewußt, wie er das gemacht hat. Heute zahlen wir erst für diese Autobahnen. Ich möchte aber doch dabei auf einen anderen Punkt hinweisen. Seien wir uns doch klar darüber, daß damals viele Menschen von der Kühnheit dieser Aktion mitgerissen wurden, daß viele Techniker mitgerissen wurden, die hier zum ersten Male den Eindruck bekamen: Da wird etwas Großzügiges geleistet, da bin ich als Brückenbauer etwas wert, wenn Brücken wie die Mangfallbrücke gebaut werden, die eine Gemeinde Sowiesso niemals baut, weil sie das Kapital dafür nicht hat!

(Zuruf: Mich wundert, daß das die Russen in der Ostzone nicht nachmachen!)

— Sie haben kein Interesse, Brücken in der Ostzone zu bauen, sie bauen sie erst in Rußland hinter dem Ural. Worauf ich hinaus möchte, ist folgendes: Wir können so viel Plakate anschlagen, als wir wollen, darüber, wie gut die Demokratie ist, wir können ins Amerikahaus gehen und uns Vorträge darüber anhören, wie demokratisch wir sein sollen — zugegeben, daß das schön ist, was uns dort erzählt wird —, aber all diese Belehrungen

(von Knoeringen [SPD])

und diese Erziehung bleiben furchtlos, wenn wir es nicht fertigbringen, daß die Frau Meier, wenn sie abends nach Hause kommt, sagen kann: Heute bin ich in der und der Straße gewesen und dort sind fünf Wohnblöcke im Bau! Das ist die Propaganda, wie wir sie brauchen, daß wir herausstellen, wie diese Wohnblöcke gebaut werden, nämlich weil der Staat, weil die Gemeinschaft hierzu einen Zuschuß gegeben hat. Ich habe in Wien die psychologische und politische Wirkung des Wiener Wohnungsbauprogramms studieren können. Da stand groß zu lesen: „Erbaut aus Mitteln der Wiener Wohnungssteuer“. Es hieß nicht: im Namen von Karl Marx, sondern ganz einfach: aus Mitteln der Steuer, die Ihr bezahlt habt! Und der Mann auf der Straße sah was von dieser Steuer. Das ist das Entscheidende. Er will wissen, daß diese ganze Demokratie, dieser Landtag und diese Regierung dazu da sind, die gemeinsamen Anstrengungen zu vereinigen, damit eine solche Leistung gesetzt werden kann. Wenn wir einen Betrag von 50 Millionen für ausgesuchte Projekte in Aussicht nehmen, die in erster Linie nach den Gesichtspunkten des Bedarfs an den Brennpunkten der Wohnungsnot und der gesamten Produktion in Bayern errichtet werden, werden wir in das Bewußtsein der Menschen eine Vorstellung von dieser gemeinsamen Leistung hineinbringen. Wir könnten uns zum Beispiel fünfzig solche Projekte à 200 Wohnungen vornehmen. Wir können selbstverständlich nicht den Gesamtbetrag der für ein staatlich gefördertes Wohnungsbauprogramm zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mittel auf diese Weise ausgeben; denn dagegen würden die anderen mit Recht protestieren. Ich will nicht haben, daß der Mann in Rosenheim, wo ich zum Abgeordneten gewählt worden bin, ganz leer ausgeht, sonst rückt er mir auf die Pelle und fragt mich: Was für ein Programm hast du da gemacht, in Augsburg bauen sie, wir aber können nicht bauen? Wir könnten aber einen Teil dieser Mittel, etwa ein Drittel, dafür ausgeben, daß die größte optische Wirkung erzielt wird, während die anderen zwei Drittel nach einem Schlüssel verteilt werden.

Wir müssen das Geld praktisch anlegen. Es wäre sinnlos, heute lauter neue Wohnungen zu bauen, wenn wir mit geringeren Mitteln noch alte Wohnungen wiederherstellen können. Wir müssen aber einmal anfangen, auf einem gewissen Sektor die neuen Baumeethoden großzügig anzuwenden. Damit werden Sie auf die Preisbildung Einfluß nehmen; nur durch große Projekte wird man nämlich darauf Einfluß nehmen können. Wenn man zum Beispiel heute die Messerschmitt-Bauweise hat und sich noch nicht klar darüber ist, ob sie wirklich gut ist, so muß man eben versuchen, hierüber zu einer Klärung zu kommen und sich dann entscheiden, ob eine solche Methode — es gibt auch andere in Bayern — einmal großzügig angewendet werden soll.

(Dr. Rindt: Die Kosten sind pro Kubikmeter von 70 DM auf 40 DM durch diese neue Bauweise gesenkt worden.)

— Das ist aber nur möglich, wenn man eine großzügige Planung anwendet, wenn man einen bestimmten Betrag des uns zur Verfügung stehenden Kapitals für ein staatlich gefördertes Notwohnungsbauprogramm einsetzt. Das sollen nicht Hütten, sondern ordentliche Wohnblöcke sein, und zwar in Gebieten, wo wir sie auch zum Zwecke

des Ausbaues unserer Industrie im Hinblick auf den Außenhandel dringend benötigen. Ich verweise zum Beispiel auf Augsburg. Das wäre die beste Propaganda, die die Demokratie machen kann. Seien wir doch nicht verblendet, überlassen wir doch eine hohle Propaganda mit noch weniger wirklicher Substanz einer Diktatur, während wir in der Lage sind, wirklich eine Propaganda mit echtem Inhalt zu leisten!

(Dr. Rindt: Heute hat nur noch die Propaganda der Leistung Erfolg.)

— Das ist der einzige Weg, der unsere Jugend für die Demokratie zurückgewinnen kann. Wir können mit der Jugend diskutieren und diskutieren, sie fragt uns: Was hast du geschaffen? Ich kann erwidern: Wir haben in Bayern 30 000 Wohnungen gebaut. Das ist richtig, aber wir haben eine dort und eine da gebaut und der Mann von der Straße kommt und sagt: Wo habt ihr denn gebaut?, ich habe nichts gesehen! Wir müssen auch hier politisch denken und den Menschen in seiner psychologischen Verfassung sehen.

(Krempf: Wo bleibt die Wirklichkeit?)

— Das ist ja die Wirklichkeit. Wenn wir uns schon anstrengen und wenn wir uns schon mühen, so müssen wir uns so verhalten, daß die beste Wirkung-zur politischen Erziehung unseres Volkes erzielt wird.

(Dr. Rindt: Ich glaube, daß wir uns in diesen Punkten alle verstehen.)

— Ich betrachte diese Einwürfe nicht als eine Gegnerschaft gegen diese Vorschläge. Aber wie kann es geschehen? Indem die Oberste Baubehörde eben tatsächlich beginnt, einmal diese 30 oder 50 — was weiß ich — einzelnen Objekte zu suchen, die wirkungsvoll sind und für die man dann die zweckgebundene Finanzierung aus dem Etat zur Verfügung stellt! Es gibt keine bessere Kapitalsanlage.

Verehrte Anwesende! Was ich tue, sollte ich ja eigentlich gar nicht tun. Ich gebe der Regierung ein Programm, ich gebe ihr Ideen und Möglichkeiten, wie sie die Wirksamkeit ihrer Arbeit steigert.

(Sehr richtig!)

Ich bedauere, daß der Herr Innenminister nicht öfter vor dem Kundfunk erscheint. Ich bedauere das für seine Partei, nicht für die meine; da ist es ganz gut, wenn er nicht so oft erscheint. Aber für seine Partei müßte er sich bemühen, diese Leistungen etwas stärker sichtbar zu machen. Nichts kann ihm besser dienen, als wenn über diesen fünfzig Projekten in Bayern steht: Erbaut mit Hilfe von Etatsmitteln, genehmigt am Soundsovielten unter der Regierung Chard in Bayern.

(Lebhafter Beifall links.)

Wir begrüßen den Beschluß des Wirtschaftsausschusses. Wir waren gestern bereit, den Teil I unseres Antrags als die Grundlage für die Diskussion in einem Unterausschuß zu bestimmen. Es ist ein ermüdendes Beginnen, heute einen Antrag zu stellen. Sie stellen auch Anträge. Jemandem denkt, es müsse wieder etwas auf dem Gebiete des Wohnungsbaues geschehen. Was macht er? Er setzt sich hin und fordert von der Regierung: Wohnungsbau. Er schreibt einen neuen Antrag. Der liegt einmal drei Wochen irgendwo wie der andere sechs Wochen. — Ich weiß gar nicht, wie alt der unsere schon ist. Eines Tages werden Sie überrascht: Der Antrag steht auf der Tagesordnung eines Ausschusses! Inzwischen

(von Knoeringen [SPD])

ist aber schon sehr viel Wasser die Nar hinuntergelaufen — d. h. soviel war es bisher gar nicht, aber jetzt wird es mehr — und Sie müssen in einer ganz neuen Situation zu einem Antrag sprechen, der in manchen Punkten bereits überholt ist. Und dann kommen regelmäßig die Herren der Verwaltung und sagen: Ja, sehr schön, gut; aber wir haben kein Geld! Und dann geht man am Abend nach Hause und hat das Gefühl: Eigentlich verstehe ich gar nicht genau, was gesagt worden ist von Gegenkonten des Marshallplans, von nicht vorhandenen Etatmitteln, von Kreditrestriktionen. Das ist so kompliziert. Also: Es ist kein Geld da. Wir gehen nach Hause und haben die Empfindung, daß wir ziemlich einflußlose Volksvertreter sind. Ich glaube daher, die Idee ist gut, einen kleinen Ausschuß zu bestimmen, der 14 Mann, in dem alle Parteien vertreten sind, nicht übersteigen soll. Dieser Ausschuß soll sich einmal hinsetzen, wenn nötig, 14 Tage lang

(Stoß: in Permanenz!)

und soll einmal selber studieren, was los ist. Der Abgeordnete muß vielleicht einmal etwas darüber nachlesen, was Bank- und Kreditwesen ist usw. Er muß sich selber auf die Höhe einer Diskussion bringen, wo er mitreden kann, wenn der Herr von der Obersten Baubehörde oder vom Finanzministerium mit einer Schlange von Zahlen aufmarschiert. Er muß sich hineinarbeiten, er muß ein Spezialist werden für den sozialen Wohnungsbau. Dieser Ausschuß muß in der Lage sein, die besten Leute, die wir in Bayern haben, zu sich zu rufen und sich Vortrag halten zu lassen. Die Herren des Bayerischen Aufbaurats haben das ja nicht nur gemacht, damit die Oberste Baubehörde das gesagt bekommt, was sie schon weiß. Sie haben es doch gemacht, um allgemeine Gesichtspunkte zu erarbeiten. Diese sollen sie uns vortragen. Und ich möchte dann dort sitzen und Fragen stellen, nichts wie Fragen stellen über das, was ich nicht weiß. Dann entsteht in diesem Ausschuß eine wirkliche Kenntnis des Problems. Dann schicken wir einmal ein paar Leute zu Herrn Kaiser nach Frankfurt und schauen, ob unsere Regierung in Frankfurt, im Länderrat oder irgendwo richtig auftritt. Dann üben wir die Kontrolle aus, die wir als Parlament eigentlich ausüben sollen und die wir nicht richtig ausüben können, weil wir uns nicht ganz genau auskennen. So ist doch die Sache. Hier, glaube ich, könnte ein sehr wichtiger Schritt vorwärts getan werden, nämlich auf eine neue Ebene, wo die Parlamente über die großen Richtungen der Investitionen mitzubestimmen haben.

(Sehr richtig! links.)

Wir können nicht nur immer hier im Plenum und im Ausschuß lange Reden aus einem gewissen Gefühl und einer Teilkenntnis heraus halten, wir müssen uns aufteilen in wirkliche Spezialisten, in Leute, die bestimmte Gebiete auch wirklich vom Standpunkt der Volksvertretung aus mitbearbeiten können. Sonst wird das Parlament — und jedes Parlament — in zunehmendem Maße seinen Einfluß auf die politische Entwicklung verlieren.

(Sehr richtig! links.)

Es wird die Macht in zunehmendem Maße der Bürokratie überlassen müssen. Die Grundfrage ist die Einschaltung der Parlamente. Wir brauchen nicht nur die Beratung des Staatshaushalts, sondern

auch die Beratung eines Wirtschaftsplans mit den großen Kreditlenkungsahlen.

(Sehr richtig!)

Sie müssen wir wissen. Wir müssen als Volksvertretung letzten Endes die Alternativpläne entscheiden und prüfen, ob wir von dem Kuchen jetzt mehr dahin oder dorthin geben. Das ist die politische Entscheidung.

(Dr. Rief: Das wird auch von Ihrer Partei mit abhängen.)

Für die technische Ausarbeitung der Einzelheiten ist die Angestelltenbürokratie da, sind die Fachleute der Ministerien da.

(Dr. Rief: Das ist genau dasselbe.)

Wenn die Demokratie diesen Weg nicht geht, wird sie nicht leben können. Diese große Wirtschaftsplanung entwickelt sich heute in Amerika, dem reichsten Land der Welt, ohne daß eine Theorie existiert, indem weder Sozialismus noch Kapitalismus vertreten wird. Die Entwicklung ist zwangsläufig. Hierbei geht es letzten Endes um die Grundentscheidung über das Schicksal dieser Welt. Planung kommt. Sie kommt entweder unter dem Vorzeichen der Diktatur oder unter dem Vorzeichen der Demokratie. Sie kommt entweder unter Ausschaltung des Menschen oder unter Einschaltung des Menschen. Und das entscheidet über die Richtung der Entwicklung der Menschheit selbst. Es entscheidet über das Schicksal des Menschen.

(Lebhafter Beifall.)

I. Vizepräsident: Es spricht der Herr Ministerpräsident Dr. Chard.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir behandeln jetzt ein Thema, das allmählich immer mehr in den Mittelpunkt unseres Leben rückt.

(Zuruf: Endlich!)

Es entscheidet letzten Endes darüber, ob eine Demokratie in Deutschland aufzubauen und aufrechtzuerhalten ist oder nicht. Es ist das Recht und die Pflicht der Opposition, zu kritisieren. Ich möchte einen Satz vorausschicken. Es ist ein Muster einer konstruktiven Opposition, wenn sie sich nicht darauf beschränkt, negativ zu sein und zu sagen: Ihr, die Ihr die Verantwortung tragt, seid die Schweinehunde, die alles verkehrt machen, sondern wenn sie sich ehrlich bemüht, auch konstruktive Pläne zu zeigen, wie sie sich etwa einen Aufbau, eine Planung usw. denkt. Ich erkenne dankbar an, daß dieser Grundton durch die ganze Rede des Herrn von Knoeringen hindurchgeklungen hat.

(Sehr richtig!)

Ich bin immer der Meinung gewesen, daß es falsch ist, wenn man glaubt, man hat immer nur selbst recht. Ich bin der Meinung, man muß in einer so ernstesten Frage alle Kräfte zusammenschaffen und alle Gedanken aufnehmen, wenn sie gut sind; denn es kommt zum Schluß darauf an, was geleistet werden kann. Geleistet werden aber kann heute in Deutschland und in Bayern nur dann etwas Vernünftiges, Brauchbares und für unser Volk auch Ersprießliches, wenn alle Kräfte zusammenarbeiten, die willens sind, eine Demokratie aufzubauen und unserem Volke wieder eine einigermaßen erträgliche Lebensgrundlage zu schaffen.

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

Ich möchte jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern das gerne den Ressortministern überlassen, ich möchte aber ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema machen.

Die ganze Wohnungsfrage ist heute ein Problem — man sagt ja nichts Neues, wenn man das wiederholt — des Materials, der Arbeitskräfte und der Finanzen. Zum Material jetzt im Augenblick viel zu sagen, hieße Gulen nach Athen tragen. Bei den Arbeitskräften ist die Sache schon wesentlich schwieriger. Man sagt jetzt: Ihr habt ja Flüchtlinge genug; unter den Flüchtlingen sind sehr viele Leute, die arbeiten können! Aber zunächst einmal sind sie nicht alle arbeitsfähig, auch nicht alle bereit und manche nicht in der Lage, das zu tun, was zu tun wäre. Und dann noch etwas: Sie sitzen leider nicht alle da, wo man sie zur Arbeit auch wirklich einsetzen kann.

(Sehr richtig!)

Hier stoßen wir sofort auf ein Problem, das sehr schwierig ist. Man kann die Menschen nicht wie Schachfiguren verschieben und dahin bringen, wo man sie braucht, um einen Angriff vorwärtstragen zu können. Das ist schon eine große Schwierigkeit. Und dabei stoßen wir sofort wieder auf eine neue Schwierigkeit: Wo bringt man die Leute unter? Kann man sie denn alle unterbringen oder muß man sie aus ihrer Familie reißen? Ich deute dieses Problem nur an, um zu zeigen: Die Probleme sind bei uns in Deutschland nicht einzeln auf sich gestellt; wenn eines aufgerollt wird, kommt immer eine ganze Serie nach.

Ich darf die Frage der Finanzen noch einen Augenblick zurückstellen.

Die Angelegenheit ist auch eine Frage der Zuständigkeit. Hier gebe ich meinem verehrten Herrn Borredner durchaus recht. Ich glaube, alle, die meine Arbeit bisher verfolgt haben, werden mir bestätigen, daß ich von Anfang an einen Kampf gekämpft habe und ihn weiter kämpfe, eine vernünftige Koordinierung der zahllosen Stellen, die wir in Deutschland haben, herbeizuführen. Ich muß aber eines dazu sagen: Es ist nicht allein die böse Bürokratie, der böse Wille der Leute, die auf ihrem Referat oder ihrem Ressort sitzen und die anderen nicht hinlassen; man darf ja nicht übersehen: Wir mußten alles von unten wieder aufbauen. Es hatte einer innerhalb seines Amtes bis hinauf zur Spitze zunächst Mühe genug, um dort nur das Notwendigste einigermaßen in die Reihe zu bringen. Die Leute, die das von Anfang an mitgemacht haben, werden es mir bestätigen. Dann kam erst das Nebeneinander, insofern allmählich eine Brücke gefunden werden mußte, um eine Koordinierung herbeizuführen. Die Aufspaltung der Zuständigkeiten — auch hier gebe ich meinem Herrn Borredner durchaus recht — ist gerade auf dem Gebiet des Wohnungswesens, des Siedlungswesens und alles dessen, was damit zusammenhängt, geradezu schauderhaft groß. Wir haben uns bemüht, gegen große Widerstände aller Art eine Koordinierung und eine Zusammenfassung zu ermöglichen. Die Widerstände sind nicht nur, wie ich betonen möchte, von der Bürokratie gekommen, sondern hatten ganz andere Gründe sehr mannigfaltiger Art. Es ist, glaube ich, gelungen, heute eine Koordination zum großen Teil zu erreichen. Das Ergebnis ist nach meinem Empfinden noch nicht befriedigend. Man

müßte noch manches tun. Es ist ein Gedanke, den ich jetzt nicht zum erstenmal ausspreche, den ich aber wieder einmal vorbringen möchte — vielleicht ist er eine besondere Liebhaberei von mir —: Ich bin der Meinung, man müßte das Bauwesen noch stärker zusammenfassen, und zwar deshalb, weil man nicht staatliches Bauwesen, Hochbauwesen, Straßenbauwesen und Wohnungsbauwesen nebeneinanderstellen kann. Denn was entsteht daraus? Bei der Abhängigkeit von Material, nicht bloß in Bayern, sondern auch von der Bizone, vom Ruhrgebiet usw., ist es ganz selbstverständlich, daß bei diesem entsetzlichen Aufteilen an Kontingenten jeder sucht, für sich möglichst viel herauszubekommen und darauf sitzen zu bleiben, weil er sagt: Um keinen Preis werde ich auch nur einen Zentner davon hergeben; sonst kann ich mich nicht mehr bewegen. Besteht aber die Zusammenfassung, dann habe ich die Möglichkeit, zu überlegen: Es ist richtig, daß man in gewissen Zeiten das staatliche Bauwesen, das Straßenbauwesen, oder was Sie wollen, besonders stark in den Vordergrund stellt. Habe ich nun alles beieinander, dann kann ich sagen: Ich stelle den einen Sektor einmal zurück und ziehe den anderen, also hier das Wohnungsbauwesen, mehr in die Breite. Dann kann ich mich bewegen. Das ist es, was man jetzt einmal, primitiv ausgedrückt, machen müßte und was wir — das glaube ich sagen zu können und das wird Ihnen der Herr Innenminister vielleicht auch noch ausführen — zum großen Teil erreicht haben. Was ich gerne möchte, ist, daß bei der Zusammenfassung des Bauwesens noch ein paar tüchtige Architekten, Leute aus dem praktischen Leben, in diese Behörde hineingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, das Ganze noch straffer zusammenzufassen und vorwärtzutreiben, und zwar gerade das Wohnungsbauwesen systematisch weiterzubetreiben. Den Plan, den ich längst gehegt und immer wieder vertreten habe, können wir, glaube ich, durchführen, wenn auch das entsprechende Verständnis beim Parlament dafür vorhanden ist. Dieses Verständnis könnte noch mehr geweckt werden. Ich verpöchte mir von einem Aufbauministerium als einem eigenen Ministerium gar nichts. Denn man überlege sich: Ein solches Aufbauministerium mit einem Minister an der Spitze könnte nur dann etwas erreichen, wenn Sie den Mann mit diktatorischen Vollmachten ausstatten könnten. Er müßte über das Material verfügen können, er müßte über die Arbeitskräfte verfügen können und jederzeit in der Lage sein, an das nächste Ministerium zu telefonieren, beispielsweise auch an den Herrn Kultusminister oder den Herrn Sozialminister oder wer es sei: Mein lieber Freund! Ich bin hier; das ist mein Programm, du mußt meinetwegen das und das tun! Dann kommen wir entweder dahin, daß wir einen Aufbaudiktator haben, oder aber wir bleiben genau da, wo wir heute sind. Wir stehen vor der Notwendigkeit, eine absolute Koordinierung herbeizuführen, eine Koordination der Behörden, die wir auch auf anderen Gebieten brauchen. Wir müßten sie in einer noch verstärkten Weise durchführen, wenn wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen wollen. Ich glaube, man kann auf diesem Gebiet noch eine Menge vernünftiger Maßnahmen treffen, um das Ganze rein technisch einmal vorwärtzutreiben. Man müßte auch genau so — und da gebe ich dem Herrn Borredner wiederum recht — eine viel stärkere Koordination zwischen der landwirtschaftlichen Siedlung und dem städtischen Wohnungsbauwesen herbeiführen, weil ja alles wieder an einer Linie zusam-

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

mentkommt. Es ist erstens einmal der Grund und Boden, gleichviel ob es der Acker oder die städtische Ruine ist, und dann das Geld. Auch das hat der Herr Vorredner ganz mit Recht gesagt: Ohne staatlichen Zuschuß kann man es nicht machen. Eine sehr einfache Überlegung: Habe ich das Ganze einmal bis zum ersten Stock gebracht, dann können die Hypothekenbanken eintreten; aber dahin müssen wir es erst bringen. Dann kommt das Problem — Sie kennen es so gut wie ich — der zweiten Hypotheken und all dieser Dinge. Das braucht an sich nicht besonders betont zu werden. Ich meine also, man könnte noch eine stärkere Zusammenfassung anstreben. Wir haben sie auf diesem Gebiete trotz aller Widerstände nicht bloß persönlicher oder referatsmäßiger Art, sondern auch trotz tatsächlich vorhandener Schwierigkeiten bis zu einem sehr weiten Grade heute bereits durchgeführt. Man könnte, müßte und wird noch mehr in dieser Richtung tun, um — ich will jetzt einmal nicht das Wort Koordination gebrauchen — ein organisches Zusammenwirken all der Kräfte zu erreichen, die notwendig sind, um etwas zustande zu bringen.

Ein Wort zu den Finanzen: Ich darf vielleicht meine Meinung in folgender Form aussprechen. Es wird uns so oft vorerzählt, auch in Bürgerversammlungen: Ja, Ihr könntet, müßtet, solltet das doch so machen: eine großzügige Planung, wie man eine Stadt aufbaut, wie man eine völlige Umgruppierung viel zweckmäßiger vornimmt! Ausgezeichnet! Nur eines fehlt bei der Sache. Dieser Scherz kostet uns im Jahre Hunderte von Millionen Mark. Wo diese Millionen hergenommen werden sollen, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Das ist aber das Problem. Wir haben nichts in der Kasse, wir haben kaum eine Möglichkeit, Kredit aufzunehmen. Ich kann praktisch ein großzügiges Wohnungsbauprogramm nicht durchführen, wenn ich gezwungen bin, das Ganze in den engen Haushalt eines Jahres einzupressen.

(Sehr richtig!)

Die Häuser, die gebaut, und die Siedlungen, die angelegt werden, werden ja auch nicht für ein Jahr gebaut, sondern sollen für Generationen den Menschen eine Unterkunft geben. Dann ist es berechtigt, daß man auch die Kosten auf Generationen oder wenigstens Teile davon verteilt. Dazu haben wir die Möglichkeit heute nicht. Hier kommen wir an eine Wand. Man kann nicht mit dem Kopf dagegen rennen, also muß man den Leuten immer wieder sagen: Hier muß eine Änderung geschaffen werden. Das hat mit der Währung gar nichts zu tun. Die Währung wird dabei in keiner Weise gestört, wenn man die Möglichkeit hat, über langfristige Kredite zu einem gebundenen vernünftigen Zweck und unter einer staatlichen Aufsicht, kontrolliert durch das Parlament, zu verfügen. Wird denn die Währung etwa in irgendeiner Form geschwächt? Im Gegenteil, sie wird gestützt, weil ihr ja die positive Leistung, vor allem das Geschaffene gegenübersteht.

(Beifall.)

Das ist es doch. Ich stehe nicht an, folgendes beizufügen: Ich hätte gerne einmal in einer solchen Bürgerversammlung, wo so schöne Pläne dargeboten werden, auch ein Wort gehört, das etwa so lautet: Jawohl, das sehen wir ein und dafür werden wir eintreten und uns einsehen, daß diese Möglichkeit einer wirklichen Kredithilfe auch tatsächlich geschaffen wird.

(Sehr gut!)

Ich bin besonders dankbar, daß auch von der Opposition dieser Gedanke aufgegriffen wird, man müsse hier auflockern, man müsse hier Verständnis finden, weil wir sonst nicht weiterkommen können.

Noch etwas anderes ist notwendig, in diesem Zusammenhang zu sagen: Haben wir nämlich einmal diesen Anlauf, haben wir die Möglichkeit einer großzügigen Kreditgebarung — sehr gesichert, sehr genau überwacht, sehr genau den Zwecken zugeführt, für die allein sie Platz greifen soll —, dann wird einmal auch die Möglichkeit bestehen, in irgendeiner Form vom Ausland her wieder etwas zu erblicken, was nach Geld aussieht, und das Interesse auch des Auslandes an dem, was wir hier machen und aufbauen, aktiv werden zu lassen. Wenn der ausländische Geschäftsmann, um es einmal so auszudrücken, mit dem inländischen Geschäftsmann in eine unmittelbare Beziehung treten kann — hier liegen die Verhältnisse, ich weiß es, heute wesentlich besser als noch vor einem Jahr, aber noch nicht gut —, dann wird er sich seinen Partner suchen und wird sagen: Dieser Mann ist mir gut, dieser Mann hat seine Verpflichtungen eingehalten, ich vertraue darauf, daß er das auch später tut, ich habe auch ein Interesse daran, mit ihm in geschäftlicher Beziehung zu bleiben. Wenn er nicht gut ist, wird er sich das nächste Mal einen anderen Partner suchen. Solange aber und soweit das über eine völlig unpersönliche, wenigstens für uns unpersönlich erscheinende Organisation geleitet werden muß, besteht ein solches persönliches, ein solches finanzielles und wirtschaftliches Interesse natürlich nicht.

Dieses ganze Problem bedarf, glaube ich, noch einer weiteren Ergänzung. Man kann meines Erachtens in einer Zeit der Not, in der wir jetzt sind, nicht alles allein von Staats wegen machen. Man müßte den Gedanken der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung, auch den Gedanken der Bereitschaft zu einem persönlichen Opfer

(sehr richtig!)

stärker aktivieren, als es im Augenblick noch geschieht. Es sind sehr gute Ansätze dazu vorhanden. Dieser Gedanke ist, so am Rande bemerkt, ja nicht nur auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, sondern auch sonstwie auf anderen Gebieten außerordentlich überlegenswert.

(Dr. Rindt: Wir praktizieren ihn ja bereits!)

Zum Beispiel bei gewissen Berufsgruppen, seien es Künstler, seien es andere Berufsgruppen, die durch die heutigen Verhältnisse in eine besondere Schwierigkeit kommen, ließe sich der Gedanke der Selbsthilfe stärker aktivieren, der Selbsthilfe, die man nicht hindern, sondern von Staats wegen vernünftig fördern sollte.

(Beifall.)

Ich darf noch eines dazu sagen: Es ist vielleicht nicht ein schlechtes Zeichen, daß wir uns heute so aktiv und so positiv bereits mit dem Problem des Wohnungsbaues befassen können. Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht so lange her, da haben wir uns um das Stück Brot unterhalten, das nicht vorhanden gewesen ist.

(Zustimmung.)

Es ist immerhin schon ein Zeichen, daß wir um ein kleines Stück vorwärtsgekommen sind; man darf nicht nur immer das Negative, sondern man muß auch gelegentlich einmal das Positive sagen.

(Beifall.)

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Wenn wir uns jetzt trotz aller Schwierigkeiten, in denen wir stehen, nicht mehr so akut um das Stück Brot sorgen müssen — ich weiß noch sehr gut, wie wir uns auf Grund der Feststellungen des Landwirtschaftsministeriums in Sorge zusammengesetzt und das Getreide von, sagen wir, Passau nach Bayreuth oder von Nürnberg nach Augsburg gefahren haben, wenn noch irgendwie etwas da war, weil wir nicht gewußt haben, ob wir in den nächsten 14 Tagen das Brot ausgeben können —, so ist es immerhin ein Vorteil, daß wir diese Sorge zwar nicht los haben, aber daß sie uns nicht mehr so stark auf den Nägeln brennt, so daß wir uns auch mit anderen Problemen befassen können. Dieses Problem des Wohnungsbaues, der Unterbringung der Menschen, des Zusammenlebens der Menschen — ein überaus schwieriges, auch soziales Problem — drängt ja jetzt in den Vordergrund und wir müssen uns damit befassen und uns sehr ernst an seine Lösung heranwagen.

Auch hier darf es zum Schluß nur heißen: An ihren Leistungen werden sie geprüft, nicht nach den Reden, die gehalten werden, nicht nach den Gegensätzlichkeiten, die aufgerissen werden! Man wird nicht fragen: Hat nicht etwa die CSU oder die SPD oder die FDP, oder wie sie etwa heißen, den einen oder anderen Standpunkt eingenommen?, sondern es wird heißen: Das bayerische Volk oder die verantwortlichen Leute Bayerns oder Deutschlands haben dieses Problem in der und der Zeit zu lösen verstanden oder sie haben es nicht zu lösen verstanden.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Frage!)

— Das ist die Frage. Ich glaube aber, es muß noch eine Ergänzung beigelegt werden. Es gibt, ich will es so ausdrücken, im Geschäftsleben für den gesunden Geschäftsmann immer eine Zeit, in der er nicht hundertprozentig garantieren und sich selber versprechen kann, daß ein Geschäft, das er macht, auch wirklich ein Plus bringt. Was tut der Mann? Wird er es liegen lassen und auf einen Zeitpunkt warten, bis er die Sicherheit hat, daß er auch wirklich soviel Prozent sicher einnimmt? Er wird, wenn er ein guter Geschäftsmann ist, nicht warten, bis alles absolut und hinreichend gesichert ist, sondern er wird etwas tun und wird etwas riskieren. Ich habe den Eindruck, daß man von der öffentlichen Seite her, daß man auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens manchmal eine sehr lockere Hand hat, aber in solchen Problemen wie dem vorliegenden zu wenig riskiert.

Meine Damen und Herren! Ich gestehe Ihnen offen: Ich bin der Meinung, daß wir beim Wohnungsbauproblem und beim weiteren Wiederaufbau, diesen notwendigen Dingen, etwas riskieren und den Mut haben müssen,

(allgemeiner Beifall)

auch der Besatzungsmacht zu sagen: Wir wollen etwas riskieren.

(Sehr richtig!)

Nur wollen wir es machen, wie es auch ein jeder anständige, kluge, überlegte Geschäftsmann macht. Ich übernehme ein Risiko dann, wenn ich alle Dinge genau überlegt habe und nach vernünftigem Ermessen damit rechnen kann, daß das Ganze keine Meite wird. Das kann keine Meite werden, weil ja alles daran interessiert

ist, daß es zu einem Ergebnis kommt. Zu machen ist es nur, wenn ein Zusammenspiel des Parlaments, der Regierung und darüber hinaus aller Kräfte, die gewillt sind, an diesem Aufbau tätig mitzuwirken, wenn eine solche Zusammenfassung gelingt. Ich habe die Hoffnung, daß eine solche Zusammenfassung möglich ist. Ich darf diese Hoffnung nicht nur aus dem schöpfen, was immerhin schon bis zu einem Anfang gediehen ist, sondern auch aus dem, was ich den Worten meines Herrn Vordredners glaube entnehmen zu dürfen.

Der gute Wille, das Möglichste zu tun, ist, das kann ich Sie versichern, auf der Seite der Staatsregierung vorhanden. Es handelt sich hier darum, um zu meinen Anfangsworten zurückzukehren: Meines Erachtens wird das ein Prüfstein dafür sein, ob die Demokratie aufgebaut werden kann oder nicht. Hier handelt es sich nicht um doktrinaire Grundsätze, hier handelt es sich nicht darum, ob der eine gegen den andern ausgespielt werden kann oder ob der eine sagt: Wenn du ja sagst, sage ich nein, weil wir ja gegenteiliger Meinung sind! Es kann sich vielmehr nur darum handeln, ob alle Vernünftigen und Aufbauwilligen bereit sind, zusammenzuwirken. Die große Masse unseres Volkes wird nicht danach fragen, nach welchen Parteidoktrinen die Häuser gebaut sind und den Menschen eine Unterkunft und eine Lebensmöglichkeit geschaffen worden ist, sondern sie wird fragen, ob etwas geschehen ist.

(Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Das ist meines Erachtens das Problem, und wenn ich nun eine Bitte an Sie alle, meine Damen und Herren, richten darf, so möchte ich das nicht nur als Ministerpräsident, als derzeitiger verantwortlicher Chef der bayerischen Regierung, tun, sondern auch als Mitglied dieses Hauses. Ich glaube, hier müßten sich alle zusammensuchen können. Es ist kein Schaden, wenn man verschiedener Meinung ist, aber das Ziel müßten wir gemeinsam vor Augen haben und im Auge behalten.

(Starker und allgemeiner Beifall.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Es gibt wohl keinen Zweifel, daß jeder von uns in diesem Hause die Bedeutung der Frage in vollem Umfange erkennt. Alle sozialen Belange und auch die kulturpolitischen Fragen hängen mit der Lösung der Wohnungsfrage zusammen. Ich unterstreiche vieles, was Herr von Knoeringen gesagt hat, aber eines vermissen ich: die praktischen Vorschläge zur Lösung der Finanzierung. Ich darf zunächst einmal davon ausgehen, daß Herr von Knoeringen die Kreditrestriktion gezeißelt hat. Ich erinnere Sie daran, daß noch im Herbst vorigen Jahres, ich glaube, Herr Kollege Haas von der Sozialdemokratischen Partei erklärt hat, das arbeitende Volk werde aus den Läden hinausgedrängt. Nun, meine Damen und Herren, jetzt hat sich die Waagschale gewendet. Die Kreditrestriktion hat auch sehr heilsame Folgen gezeitigt. Die Kreditrestriktion hat auch auf dem Baustoffmarkt eine Senkung der Preise herbeigeführt, die im Hinblick auf den hohen Baukostenindex nicht nur von Bedeutung, sondern auch sehr erwünscht ist.

(Dr. Dehler: Sehr richtig!)

Bei einem Baukostenindex von 270 bis 300 Prozent ist es naturgemäß außerordentlich schwierig, Pro-

(Weidner [FDP])

gramme zu entwerfen, Programme, die letzten Endes darauf hinauslaufen, zu verbilligen, um damit den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen. Es mag in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein, daß sich Preisfestsetzungen, wie ich kürzlich im Wirtschaftsausschuß erklärt habe, im weitesten Umfang auch auf dem Baustoffmarkt bereits anbahnen, und zwar nicht nur auf dem Baustoffmarkt selbst, sondern man sieht es ja insbesondere auch bei öffentlichen Submissionen, daß Differenzierungen bis zu 100 Prozent in den Angeboten zu verzeichnen sind. Also auch hier bahnt sich der Lächliche seinen Weg und wir alle werden die Ergebnisse dieses Weges über kurz oder lang zu spüren bekommen. Das Wort „Freie Bahn dem Lächlichen!“ gilt auch hier und hier wird sich der Lächliche mit seinen Qualitäten durchsetzen.

Ich muß nun aber einmal ein allgemeines Vorurteil richtigstellen, das man in Bezug auf die erhöhten Baustoffpreise gewöhnlich verbreitet. Wir haben gegenüber 1936 Ziegelpreise, die 130 Prozent höher liegen; die Zementpreise liegen etwa 120 Prozent über denen von 1936, das Eisen etwa 100 Prozent, das Holz aber 200 bis 250 Prozent.

(Stoß: Jetzt noch?)

— Holz macht nun aber nicht allein den Bau aus.

(Brunner: Aber einen wesentlichen Beitrag!)

Was alles rechtfertigt letzten Endes einen Baukostenindex von 300 Prozent? Da wollen wir eines nicht außer acht lassen. Hier geht der Appell an den Arbeitnehmer: Die Arbeitsleistung, die wir 1936 einmal mit 100 Prozent ansetzen wollen, ist heute erst bis zu 80 Prozent gediehen. Diese 80 Prozent Arbeitsleistung gegenüber 1936 sind es, neben den hohen Holzpreisen, die heute noch den hohen Baukostenindex seinerseits gerechtfertigt erscheinen lassen müssen. Ich habe es für notwendig gehalten, außerhalb des Bereichs der Theorie, die ja doch mehr oder weniger hier im Landtag zur Geltung kommt oder vertreten wird, einmal einige Fragen der Praxis hier in die Debatte zu werfen, denn die Praxis allein entscheidet nach dem bekannten Grundsatz: Ein Gramm Praxis ist mehr wert als ein Pfund Theorie. Mit Theorien allein schaffen wir kein Geld, und der Herr Ministerpräsident hat ja vorhin in großen Umrissen einige Probleme angedeutet, die uns vielleicht, wenn wir etwas riskieren, auf dieser Basis weiterbringen. Ich glaube auch meinerseits nicht, daß wir mit dem Aufbauministerium tatsächlich Geld schaffen. Das Aufbauministerium kann wohl planen und hier und dort vereinfachen;

(Brunner: und braucht Kapital!)

aber das Kapital, das wir zunächst benötigen, das jeder Kaufmann braucht, bevor er ein Geschäft beginnt oder ein Haus baut, wird auch das Aufbauministerium nur dann beschaffen können, wenn wir oder die Gunst der Verhältnisse es ihm zur Verfügung stellen. Ich möchte dabei auf das hinweisen, was mir vordringlich erscheint: Wir müssen mit allen Mitteln darnach trachten, die Spartätigkeit zu fördern. Nur durch die Spartätigkeit kann es uns gelingen, langfristige Kredite aus uns selbst heraus zu schaffen.

(Dr. Rindt: Problem des Bankgeheimnisses!)

— Herr Dr. Rindt, die Banken werden langfristige Kredite zur Verfügung stellen.

(Dr. Rindt: Problem des Bankgeheimnisses in Bezug auf die Spartätigkeit! Das ist einer der Hauptpunkte, warum die Spartätigkeit lahmliegt.)

— Ich gebe Ihnen recht. Wir müssen die Spartätigkeit aber auch unsererseits durch erhöhte Zinssätze fördern, damit wir wieder mehr Geld bekommen.

(Kaiser: Dann bekommen wir aber einen Mietpreis, den der einzelne nicht mehr erschwingen kann.)

Ein weiterer Punkt, über den hier in aller Öffentlichkeit gesprochen werden muß, betrifft die Einkommensteuersätze. Die Einkommensteuersätze, besonders die Sätze für die höheren Einkommen, sind überhöht. Wenn wir wollen, daß die Steuermoral gefestigt wird, dann gilt es unter allen Umständen hier abzubauen. Wir müssen von den hohen Einkommensteuersätzen herunterkommen, dann werden wir auch für den Baustoffmarkt aus privaten Quellen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Antrag auf Beilage 2182 hat im Ausschuß zu den Beratungen geführt, deren Ergebnis Sie in der neuen Beilage 2300 finden. Ich glaube, wir werden alle daran mitarbeiten, hier den Weg zu finden. Es geht letzten Endes darum, den Lebensstandard unseres Volkes zu festigen und, wie vorhin sowohl von Herrn von Knoeringen als auch von dem Herrn Ministerpräsidenten gesagt wurde, einen Prüfstein für die Demokratie zu schaffen. Ich glaube, wir werden hier alle zusammenarbeiten, um eine Lösung im Rahmen der praktischen Möglichkeiten zu finden. Im Augenblick geht es ja nicht nur darum, Wohnungen zu bauen, sondern auch darum, die Arbeitslosen von der Straße zu holen. Ich glaube, daß wir hier auch auf dem Wege zu dem Ziel sind, das sich in großen Zügen bereits am Horizont abzeichnet, und daß wir über kurz oder lang über diese Reinigungsphase hinaus zu einem positiven Aufbau kommen werden.

(Beifall bei der FDP.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bickleder.

Bickleder (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete von Knoeringen hat die Frage angeschnitten, ob es die Oppositionspartei schwerer hat als die Regierungspartei. Wir von der Regierungspartei haben die Meinung, daß wir es schwerer haben, daß es schwerer ist, Anträge an das sogenannte Aufbausekretariat, d. h. an das Staatssekretariat für den Wiederaufbau im Innenministerium zu stellen, weil auf der anderen Seite sofort wieder der Finanzminister mit seiner Meinung an uns herantritt, daß nicht die genügenden Mittel vorhanden sind. Wenn wir wirklich darangehen, neue Steuern einzuführen, dann trifft das nicht die Oppositionspartei, sondern sofort wieder die Regierungspartei. Wir müssen also nach einer zweifachen Richtung hin wachsam sein.

Dennoch möchte ich darauf hinweisen, daß der Wiederaufbau und der Bau von Wohnungen sich deshalb so lange hinausgezögert hat, weil zunächst — für die Landbevölkerung wenigstens — der Wiederaufbau der zerstörten landwirtschaftlichen Gebäude am vordringlichsten war. Es waren die Voraussetzungen für

(Bieleader [CEU])

den Wiederaufbau vielfach nicht vorhanden, weil auch die Fabriken und vor allem die Ziegeleien zerstört waren.

Was den Wohnungsbau selbst anlangt, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß der private Wohnungsbau der billigste wäre. Es ist in vielen Fällen ein Preisunterschied bis zu 30, 40, ja sogar 50 Prozent festzustellen, weil andere, die auf eine Rentabilität angewiesen sind, heute in keiner Weise darangehen wollen, ihr Kapital in den Wohnungsbau zu stecken. Der Wohnungsbau ist ein unrentierliches Geschäft. Es ist festzustellen, daß die einfachste Wohnung mit Wohnküche, Schlafzimmer und Kinderzimmer auf 40 bis 50 Mark zu stehen kommt, während unsere Leute auf dem Lande draußen kaum in der Lage sind, 15 bis 20 Mark, im höchsten Fall einmal 25 Mark zu bezahlen. Darum, meine ich, müßten wir alle zusammenstehen und nicht nur vom Staat verlangen, daß er die Mittel bereitstellt. Auch die Kreise und Gemeinden müssen sich hier stärker einschalten, und zwar in erster Linie durch den Zusammenschluß in Wohnungsbau genossenschaftlichen. Freilich sind diese Genossenschaften nur in der Lage, die Mittel höchstens bis zu 10 oder 15 Prozent aufzubringen. Die anderen Mittel müßten durch langfristige Kredite, durch Darlehen beigebracht werden.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wir haben uns heute schon damit befaßt, ob die Flüchtlingsobmänner weiterhin in den Landratsämtern beschäftigt werden sollen. Es gibt nichts mehr zu erfassen, auch auf dem Lande nicht.

(Sehr richtig!)

Es ist beinahe das letzte Zimmer erfasst, und manchmal hegen wir diese Obmänner zu ihrem eigenen Leidwesen hinaus, weil sie von den Bauern mit dem größten Unwillen aufgenommen werden. Mancher Flüchtlingsobmann hat von sich aus schon gesagt, er verzichte auf diesen Gewinn angesichts der Verhältnisse, weil es kaum noch möglich ist, etwas Bewohnbares aufzutreiben.

Herr von Knoeringen hat von der Propaganda gesprochen. Wir sollten die Propaganda dahin ausnützen, daß wir nicht immer nur vom Bau der Flüchtlingswohnungen sprechen, sondern auch den Einheimischen sagen, daß der Wohnungsbau in der gleichen Weise auch der einheimischen Bevölkerung nützt. Das sollten wir durch Propaganda immer stärker bekanntmachen. Wir helfen erstens einmal den armen Schichten unserer einheimischen Bevölkerung und zum zweiten auch den Bauern auf dem Lande und den Geschäftsleuten, da sie wieder das Verfügungsrecht über ihre Räume bekommen. Auf der anderen Seite könnten wir durch den Bau von Wohnungen den Flüchtlingen eine Befriedigung geben. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß sie in den Häusern nur geduldet sind. Es muß endlich einmal der Zeitpunkt kommen, an dem sich der Flüchtling sagen kann: Ich bin in einer eigenen Wohnung, und wenn sie auch noch so bescheiden ist. Wir haben auf dem Lande Verhältnisse, daß 20, 25, 30 Personen auf einem Hof sitzen, ohne daß ein einziger Familienangehöriger im Hofe selbst eingesezt ist. Diese Dinge müssen anders gestaltet werden.

Für meinen Landkreis ist mir ein Gedanke gekommen, den ich durchführen möchte, wenn es möglich ist.

Der Herr Kultusminister hat darauf hingewiesen, daß er in Bayern 8000 Schulsäle braucht. Geben wir doch diese alten Schulhäuser zu Wohnungen frei und bauen neue Schulsäle! Die alten Schulhäuser sind vollkommen unzulänglich. Auf diesem Gebiet werden wir eine viel intensivere Mitarbeit der Gemeinden finden, weil diese ein Interesse daran haben, für ihre vielen Kinder Schulsäle und für die Lehrer anständige Lehrerwohnungen zu bekommen. Die alten Schulhäuser können mit einigen wenigen tausend Mark zu Wohnhäusern umgestaltet werden. Damit wäre der großen Schulraumnot auf dem Lande abgeholfen. Wir leben ja in der merkwürdigen Zeit, daß das Wohnungsamt und die Flüchtlingsämter wohl die Leute in die Wohnungen einweisen können, aber nicht mehr in der Lage sind, sie, selbst in den schwierigsten Fällen, wieder aus den Häusern hinauszubringen, so daß es zur Ausweisung von Flüchtlingen und Einheimischen aus den Häusern eines gerichtlichen Urteils bedarf. Das hat dazu geführt, daß wir heute Stöße von Gerichtsurteilen vor uns haben, nach denen die Mieter hinausgesetzt werden, daß sie aber nicht entfernt werden können, solange das Gericht nicht auch bestimmen kann, in welche Wohnung die Leute kommen sollen, weil ja alles andere bereits belegt ist.

Es ist davon gesprochen worden, daß man Wohnblocks mit vielleicht Hunderten von Wohnungen bauen soll. Ich möchte Sie aber bitten, bei den Wohnungsbauprogrammen und bei der Zuteilung der Kredite und der Darlehen die Landbevölkerung nicht zu vergessen, weil man uns bei der Zuteilung der Flüchtlinge auch nicht vergessen hat,

(Dr. Hundhammer: sehr richtig!)

sondern uns Flüchtlinge in einem Ausmaß auf das Land gab, das wesentlich größer ist als das für die Stadt. Die Wohnungsnot auf dem Lande ist mindestens ebenso groß und ebenso drückend wie in der Stadt. Wir müssen den Wohnungsbau als moralische Pflicht auffassen, und darum hätte ich eine Bitte: Die Besatzungsmacht hat sich schon oft, auch in Versammlungen auf dem Lande, als die Freundin des deutschen und des bayerischen Volkes hingestellt, und wir zweifeln gar nicht daran, daß dies besonders in den letzten Jahren der Not auch danach ausgesehen hat. Wie wäre es denn, wenn zwischen dem Finanzministerium und der Besatzungsmacht ein edler Wettstreit entbrennen würde, insofern der Bayerische Landtag und das Finanzministerium erklären würden, hundert Millionen Mark für den sozialen Wohnungsbau zu geben, und die Besatzungsmacht dann auch hundert Millionen von den Besatzungskosten nachlasse? Das wäre ein Freundschaftsakt, den wir der Besatzungsmacht lange nicht vergessen würden.

(Heiterkeit und Beifall.)

In vielen anderen Fällen, zum Beispiel bei der Ernährung, bei der Bekleidung, bei der Einführung von Futtermitteln hat die Besatzungsmacht viel Verständnis gezeigt, und wir danken ihr das auch. Vielleicht wäre es nun möglich, auch diesem Gedanken ein wenig Rechnung zu tragen. Man könnte ihn noch dahin ergänzen, daß endlich einmal die vielen beschlagnahmten Häuser, die vielfach nur von einem Offizier bewohnt werden oder manchmal monatelang leerstehen, wieder der einheimischen Bevölkerung wenigstens in einem bestimmten

(Bickleder [CSU])

Ausmaß zur Verfügung gestellt werden, damit auch dadurch der Wohnraumnot irgendwie zu Leibe gerückt werden kann.

Wir wollen uns dabei aber nicht auf den Staat und auf die Besatzungsmacht allein verlassen. Staat, Landtag, Finanzministerium, Kreis, Gemeinden und Privatinitiative müssen alle zusammenhelfen, und dann müßte es doch merkwürdig zugehen, wenn es uns nicht gelingen sollte, den Wohnungsbau ein Stück weiter vorwärtszutreiben.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Rindt.

Dr. Rindt (CSU): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Problem der Wohnraumbeschaffung allen Parteien gleich stark am Herzen liegt. Wenn wir vergleichen würden, wer in diesem Wettstreit der Antragstellung und der Planung bis heute den Vogel abgeschossen hat, dann, glaube ich, wird man nur sehr schwer irgendeiner Partei die Palme des Sieges zuteilen können. Ich denke an die Jahre mit der Fülle der Einzelanträge und Dringlichkeitsanträge zurück. Auf jeden Fall glaube ich: Wenn unser Parlament irgendwo einmal nicht parteipolitisch, sondern gesamtbararisch und darüber hinaus vielleicht sogar gesamtdeutsch denkt, dann dürfte es auf diesem Notsektor unseres eigenen Volkes der Fall sein.

Wir müssen nur das Problem des Wohnungsbauens in unsere volkswirtschaftliche Gesamtordnung einfügen. Ich meine jetzt nicht die große Planung, nicht den Aufbauplan A oder einen bestimmten Gedankengang, der in unserem Volke zu Hause ist; aber es wäre ein Trugschluß, wenn man sagen wollte: Wir haben in diesem oder jenem Landkreis, in dieser oder jener Stadt soundso viel Menschen ohne eine Wohnung, also müßten in diesem oder jenem Bezirk soundso viel Wohnungen gebaut werden! Wir wissen, daß wir in Bayern allein etwa 800 000 Wohnungseinheiten wenn nicht sogar eine Million brauchen. Wir wissen, daß unsere Baukapazität in Friedensjahren höchstens 30 000 Einheiten jährlich herstellen konnte. Damit wissen wir gleichzeitig, daß bei der gegenwärtigen Spannkraft unserer Baustoffindustrie und des ganzen Baugewerbes überhaupt unter bestimmten Voraussetzungen Jahrzehnte und Jahrzehnte vergehen würden, bis diese Zahl der Wohnungen überhaupt gebaut werden könnte. Darüber hinaus ist unser Volkvermögen gegenwärtig so gering, daß wir es nicht wagen können, irgendwo zu bauen, wo sich nicht die volkswirtschaftliche Berechtigung dazu ergibt. Wir müssen aber unter allen Umständen auch dort bauen, wo für jene, die in die Wohnungen einziehen sollen, krisenfest Arbeit und Brot gegeben ist.

Es kommt hier noch ein anderes Problem herein, nämlich das einer wenigstens teilweise noch durchzuführenden Umschichtung unserer Bevölkerung. Sie wissen selbst, daß von Anfang an mit allen Mitteln versucht wurde, und zwar von Seiten der Flüchtlingsverwaltung her, eine gewisse Auslese nach Arbeitsgruppen usw. im Sinne der Landesplanung durchzuführen. Sie wissen aber auch, in welchem großem Ausmaße diese leise Planung über den Haufen geworden werden mußte, weil

die Flüchtlingstransporte in einer Weise anwuchsen, daß sie jede Steuerung unmöglich machten.

Meine Freunde! Oberstes Prinzip für unseren Wohnungsbau müßte sein, daß volkswirtschaftlich verantwortlich gebaut wird, auch insofern, als dort begonnen werden muß, wo es unsere gesamte Wirtschaft erforderlich macht und der Arbeitsmarkt dies darüber hinaus zuläßt. Ich glaube auch, in dieser Beziehung nicht nur mit Ihnen, sondern auch mit den staatlichen Stellen übereinzustimmen. Diese Feststellung ist aber noch dahin zu ergänzen, daß nur dort der Bau eher bezahlt werden kann, wo Menschen in Arbeit und Brot sind und sich irgendwie Kapital in der Wirtschaft ansammelt. Wir müssen aber auch dem Baugewerbe so schnell und so gründlich wie möglich Geld zuführen. Wir wissen alle, daß das Baugewerbe ein Schlüsselgewerbe ist, und wir werden sehr viele andere Erwerbszweige in dem Augenblick unterstützen können, wo wir das Baugewerbe erfolgreich und sofort ankurbeln können.

Meine Damen und Herren! Nach dieser ersten Gruppe von Vorbemerkungen darf ich noch eine zweite ergänzende Bemerkung zu verschiedenen, heute gefallenen Ausführungen machen. Der Staat als solcher hat in dieser ganzen Angelegenheit selbstverständlich eine ungeheure Bedeutung. Es muß geplant werden, aber nicht nur bautechnisch, sondern der Staat muß im wahrsten Sinne des Wortes eine Wirtschaftsplanung durchführen, damit von vornherein gerade für den Baufaktor und für die Überwindung der Wohnungsnot die von mir vorhin aufgezeigten Punkte auch erfüllt werden können. Mit der Wirtschaftsplanung muß die Landesplanung Hand in Hand gehen, wie Herr Kollege von Kneringen schon betont hat. Wenn die Wirtschaftsplanung herauszustellen hat, was wir in unserem gesamtbararischen Wirtschaftsapparat unter Berücksichtigung der gesamtdeutschen Zusammenhänge auf dem wirtschaftlichen Gebiet brauchen, was wir erweitern können, was ergänzungsbedürftig und ergänzungsmöglich ist, so hat die Landesplanung die Aufgabe, um es in etwas primitiver Form auszudrücken, die örtliche harmonische Einordnung dieser Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschaftsverspannungen und Unternehmungen durchzuführen. Erst auf diesen zwei Säulen kann sich eine gesunde Wohnungspolitik im Sinne der Wohnungsplanung aufbauen. Alles andere wäre eine gewisse Improvisation, mit der wir uns in der jetzigen Notlage nicht zufriedengeben könnten.

Über die staatliche Aufgabe hinaus muß aber das, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, noch zusätzlich alarmiert, intensiviert, ja organisiert, gestützt und gefördert werden, nämlich die im Rahmen dieser Planung sich abspielende, sich ergebende und sich durchsetzende Selbstinitiative unserer Bevölkerung, vom Arbeiter angefangen bis zum höchsten Beamten, gerade auch auf dem Baufaktor.

Meine Freunde! Ich meine, daß wir — nicht wir hier, ich denke vielmehr an die breite Bevölkerung — vielleicht immer noch ein klein wenig von einer falschen Staatsidee ausgehen, nämlich von der Vorstellung, als wäre der Staat wirklich der „Water Staat“, der unbedingt für alle zu sorgen hätte, oder als wäre er der Obrigkeitsstaat, der Polizeistaat, der in alles und jedes hineinreden dürfte und darüber hinaus aber auch die Verantwortung für alles trüge. Ich glaube, daß gerade ein Gedanke besonders zu unterstreichen ist, näm-

(Dr. Rindt [CSU])

lich der der Befugung der Eigenverantwortlichkeit, der Verantwortlichkeit für das eigene Schicksal, sowohl beim Einzelindividuum wie auch bei Gemeinschaften, im Sinne der Selbstverantwortung, im Sinne sogar der Selbstverwaltung und infolgedessen im Sinn der Eigeninitiative.

Diese Gedankengänge sind unserer Bevölkerung gar nicht so fremd. Denken Sie, meine Damen und Herren, an die Tausende Heimatvertriebener, die sich bei uns aus eigener Kraft, manchmal gegen Hunderte von verschiedenen Widerständen, schon ihre Existenz aufgebaut haben! Denken Sie an alle diese Fälle! Ich möchte meine Freunde aus Schwaben daran erinnern, was wir an Eigeninitiative von Leuten gesehen haben, die sich selber ihre Häuser neu gebaut haben, sei es auf die eine oder die andere Baumethode. Es kommt nur darauf an, daß sich alle diese Kräfte nicht zersplittern, sondern daß sie zusammengefaßt werden, damit sie in irgendeiner Form stoßkräftig genug sind, um sich gegen widrige Dinge durchzusetzen.

Meine Damen und Herren! Einzelne Punkte darf ich als Diskussionsredner, nicht als Programmredner meiner Fraktion noch anführen. Das erste, was beim Hausbau notwendig ist, ist die Beschaffung von Grund und Boden. Ich muß nun einmal die Häuser von unten nach oben anfangen und kann nicht mit dem Dachstuhl beginnen. Herr Abgeordneter von Knoeringen hat bemerkt, daß wir uns unter Umständen auch mit dem Gedanken eines Baunotgesetzes im Sinne der Enteignung des notwendigen Grund und Bodens zu befassen haben würden. Ich glaube, daß auf Grund unserer gegenwärtigen Notzeit eine solche Entscheidung für uns über kurz oder lang fällig ist, ich meine die Entscheidung, ob wir ja oder nein zu einem solchen Baunotgesetz sagen müssen. Darüber hinaus gibt es auch noch andere Wege, um zu Grund und Boden zu kommen. Ich darf nur auf ein Beispiel hinweisen, das wir in einer bestimmten Selbsthilfegruppe, in einer bestimmten Helfergruppe für Selbsthilfe durchgeführt haben. Wir haben in einem schwäbischen Landkreis die bäuerliche Bevölkerung zur freiwilligen Abgabe von Grund und Boden aufgerufen und ihr nur gesagt, wir würden nach Möglichkeit, wenn der Antrag die Unterstützung bestimmter Fraktions- oder Landtagskollegen finde, den Betreffenden garantieren, daß sie im freien Besitz ihrer Wohnungen blieben, wenn sie so wesentliche Leistungen für neu zu bauende Wohnungen für Heimatvertriebene oder Ausgebombte nachweisen würden, daß sich erstens eben neue Wohnungen erstellen ließen und daß zweitens diese neuerstellten Wohnungen in keiner Weise behelfsmäßigen oder sonst in irgendeiner Form abträglichen Unterkünften gleichen würden. Die Probe in diesem Landkreis hat ergeben, daß jeder Bauer — ich spreche jetzt bewußt von der bäuerlichen Bevölkerung — froh ist, wenn er seine Wohnstube wieder für sich hat, wenn jede Hausfrau, sowohl die Flüchtlingshausfrau wie auch die bäuerliche Hausfrau, wieder für ihren Haushalt allein an einem Herd kochen kann.

Wir haben weiterhin festgestellt, daß auch hinsichtlich der Gespanndienste, vom freiwilligen Gespanndienst bis zur Holzabgabe für Dachstühle und bis zu allen einschlägigen Leistungen, von den Ries- und

Sandzufuhren bis zur Erbpacht und Abgabe von Grund und Boden, dieser Landkreis in seinen ungefähr 23 Gemeinden zusammengestanden ist, um das Wohnungsproblem aus eigener Kraft zu lösen. Ich habe vor, meine Freunde, entsprechende Anträge einzubringen, damit das angeführte Beispiel in irgendeiner Form auch eine gesetzliche Grundlage bekommt. Werden wir hier den Selbsthilfegedanken bei unserer Bevölkerung, erwecken wir die Eigeninitiative unserer Menschen, gerade auch der Einheimischen, die helfen wollen! Dann können wir von hier aus dafür garantieren, daß ein sehr hoher Prozentsatz von Grund und Boden für Neubauten von der einheimischen besitzenden Bevölkerung abgegeben wird.

Das nächste Problem, das erwähnt wurde, ist die Frage der Arbeit. Es ist richtig: Nicht nur das Geld und nicht nur die Frage der Baustoffe, sondern vor allen Dingen auch die Arbeit stellt ein Problem dar. Ich weiß im Augenblick nicht, wie z. B. in Bayern die Zahlen lauten würden im Vergleich zu dem vorhin von Ihnen, Herr Kollege Weidner, erwähnten Baujahr 1936, das in gewissem Sinn als statistische Grundlage der Vorkriegszeit immer noch für uns zu gelten hat. Bis zur Währungsreform war es so, daß im Regierungsbezirk Schwaben ungefähr die gleiche Anzahl von Bauarbeitern beschäftigt war als im Jahr 1936, daß aber die praktischen Ergebnisse der Arbeit dieser Bauarbeiter nicht einmal 50 Prozent gegenüber 1936 gleichkamen. Heute dürfte es so sein, daß dieser Prozentsatz um ein Bedeutendes gestiegen ist. Die Bauarbeiterfrage ist aber nach wie vor ein großes Problem, nicht etwa nur deshalb, weil vielleicht kein Geld vorhanden ist, sondern auch, weil bestimmte Generationen in diesem Gewerbe infolge Kriegs, Gefangenschaft usw. überhaupt nicht in Erscheinung treten. Wir müssen also versuchen, neue Wege zu gehen, um zusätzliche Arbeitskräfte zu bekommen. Vom Herrn Ministerpräsidenten wurde aber vorhin darauf hingewiesen, daß wir nicht plötzlich Familien auseinanderreißen können. Wir haben auch keine Möglichkeit dazu. Ich persönlich wehre mich auch zunächst — vielleicht habe ich nicht recht — gegen ein Arbeitszwangsgesetz oder dergleichen. Um auch hier den freiwilligen Einsatz von Leuten, die arbeiten können und die die Möglichkeit haben, bei ihren Familien zu bleiben, gewährleisten zu können, haben wir in den genannten Helfergruppen folgendes Experiment gemacht: Wir haben, um es so auszudrücken, einen Aufbaudienst neuer Prägung eingerichtet. Hierbei werden nicht kompanie- und truppweise oder in einer sonstigen militärisch-ähnlichen Formation Leute irgendwohin geschickt, sondern wir können dort, wo der Grund und Boden vorhanden ist, wo die Möglichkeiten der Finanzierung in irgendeiner Form und die anderen Möglichkeiten und Grundlagen gegeben sind, mit ein paar Facharbeitern ans Werk gehen. Wir holen dann die Arbeitslosen des Bezirks zusammen, damit sie an Ort und Stelle, soweit sie arbeiten können und soweit sie auch selber an irgendeiner neuen Wohnung interessiert sind, an dieser Wohnung mitarbeiten. Wir haben dabei ziemlich gute Erfolge erzielt, noch nicht auf breiter Basis, sondern vor allen Dingen in der Hinsicht, daß Modelle geschaffen werden, die vielleicht vorbildlich sein können.

Nun zur Finanzierung! Stellen wir uns die Friedenskapazität vor, von der ich gesprochen habe: 30 000 Wohnungen im Jahr bedurfte Bayern mit

(Dr. Rindt [CSU])

7 Millionen Einwohnern unter den normalen Verhältnissen vor der jetzigen Flüchtlings- und Heimatvertriebeneninvasion und vor den heutigen Zuständen des Ausgebombtseins. Wenn wir nur diese Friedenskapazität erfüllen und einen Wohnungspreis, wie er auf Grund der Selbst- und Nächstenhilfe uns möglich war, zugrunde legen würden, nämlich den Preis von 8000 Mark je Einheit, so bräuchten wir für die 30 000 Wohnungen rund 240 Millionen D-Mark. Es ist ganz klar, daß diese 240 Millionen D-Mark nicht vom Staat kommen können. Wir müssen hier überall dort, wo es geht, die Selbsthilfe einbauen, bei der bis zu einem Viertel, mindestens bis zu 20 bis 22 Prozent, die Mitarbeit als kapitalmäßige Beteiligung gewertet werden kann. Wir müssen Ersparnisse insofern machen, als wir gerade die Selbsthilfe durchführen, wo es nur irgendwie geht, wie ich vorhin schon sagte: durch freiwillige Holzabgabe, durch Gespanndienste in diesem oder jenem Umfang; ich kann dabei wieder nur zunächst vom Land sprechen. Wir müssen versuchen — auch das wurde gesagt —, Genossenschaftsgründungen vorzunehmen, soweit sie irgendwie Aussicht auf kapitalmäßige Festigung haben. Wir müssen aber auch, um baumäßige Ersparungen erzielen zu können — denn zunächst ist die Finanzierungsfrage eine Verbilligungsfrage —, neue Bauweisen einführen. Wir müssen mit Baustoffen arbeiten, die an Ort und Stelle gewonnen werden, um den Transport zu ersparen. Wir müssen von den Möglichkeiten der Steuererleichterung im Sinne der Abgaben von Betrieben für gemeinnützige Zwecke restlos und, ich möchte sagen, nach Möglichkeit rücksichtslos Gebrauch machen. Wir müssen auch die Möglichkeiten, die der Herr Ministerpräsident erwähnt hat, nämlich unter Umständen Gelder des Auslands in unseren Bauten zu investieren, beachten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur darauf hinweisen, daß der seinerzeitige Reichsbankpräsident Schacht dieses Experiment machte. Vielleicht wurde es von ihm nicht richtig durchgeführt; er hat es ohne Zweifel nachträglich sehr bedauert. Vor allen Dingen aber müssen wir auch eines durchführen: Wir müssen jede Etatausgabe zu streichen versuchen und streichen, die nicht den dringendsten Problemen der Arbeitsbeschaffung und des Wohnungsbaues dient.

Nun zu einem der Hauptpunkte! Wir wollen Wohnungen bauen, wir wollen sie vernünftig, volkswirtschaftlich richtig bauen. Wir müssen sie aber auch — das habe ich vorhin angedeutet — schnell bauen können. Wir müssen durch Schnelligkeit Hoffnung geben können. Es hat keinen Sinn, den Menschen, die heute ohne Wohnung sind, zu sagen: In 30 oder 40 oder vielleicht auch in 50 oder 80 Jahren wird der letzte von euch befriedigt werden können, eure Enkel also, die in den jetzigen Wohnungen moralisch und menschlich verkommen, weil sie in den gleichen Bäckern hausen müssen, werden vielleicht einmal in den Genuß der Wohnungen kommen, die wir heute geplant haben! Wir dürfen also unter gar keinen Umständen den Fehler machen, daß wir an zeitraubenden Bauformen hängen oder an Baumethoden kleben bleiben, die uns die Möglichkeit nehmen, die Schnelligkeit des Häuserbaues, falls die anderen Voraussetzungen gegeben sind, zu gewährleisten. Ich denke hier an die neuen Bauweisen, die auch mit unserer Hilfe entwickelt wurden. Ich denke an verschiedene

Montagebauweisen des Auslandes, die uns bald zur Verfügung stehen und uns, vor allem bei einer entsprechend gesunden Isolierung, falls es die Vorschriften unserer Baubehörden in Bayern zulassen, die Möglichkeit geben werden, den ganzen Zementverbrauch für die Fundamentierung usw. auf ein Mindestmaß herabzuschrauben. All das soll mit Schnelligkeit erfolgen, um auf Grund wirklicher Leistungen den armen Menschen ohne Wohnung wieder Hoffnung und Auftrieb zu geben. Alle diese Dinge müssen wir bei dem gesamten Problem berücksichtigen.

Die Einführung noch wenig oder gar nicht durchgeführter Baumethoden in Bayern wird vor allen Dingen auch eine Angelegenheit unseres Wirtschaftsministeriums, der Wirtschaftsplanung und der Landesplanung sein. Wir müssen neue Betriebe aufmachen. Wir müssen auch hier in erster Linie Kapitalien in irgendeiner Form flüssig machen. Gerade nach der Richtung sehe ich die Möglichkeit einer Investierung von Auslandskapital in viel ausreichenderem und erfolgreicherem Maß gegeben. Wir müssen unsere Baukapazität gerade auch wegen der dringenden Forderung des schnellen Bauens erweitern. Über die Tatsache, daß nach dem erstellten Rohbau der Bau noch lange nicht fertig und noch keine Einrichtung vorhanden ist — niemand hat Freude daran, einen leeren Bau zu sehen und sich auf den Boden schlafen legen oder auf dem Boden essen zu müssen — könnte noch sehr viel gesprochen werden. Hier wäre es notwendig — auch dies wurde bereits in Angriff genommen —, z. B. holzersparende oder holzfreie Methoden, Methoden, die sich bereits bewährt haben, zur Anwendung zu bringen, um zu einer erweiterten Möbelindustrie zu kommen. Bezüglich des Staatskredits ist es bei der Möbelherstellung genau so wie beim Wohnungsbau. Auch für die Einrichtung der Rohbauten müssen wir Zwecksparkassen haben, genau so wie wir öffentliche und private Bauparkassen benötigen.

Meine Damen und Herren! Ich habe bewußt in diesem Zusammenhang Einzelheiten herausgegriffen, die in keiner Weise bezwecken sollten, die Ansicht des einen oder anderen irgendwie zu bekämpfen. Gerade bei dieser Aussprache hätte ich hiefür gar keinen Grund. Ich glaube vielmehr, daß das Anliegen des Wohnungsbaues in gleicher Weise unser aller Anliegen ist. Was ich wollte, war nur das eine: Ich wollte darauf hinweisen, daß wir heute im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft kein Gebiet haben, das isolierungsfähig ist. Wir müssen etwas tun — und hier bitte ich die Freunde von der SPD-Fraktion um Entschuldigung —, um schnell und erfolgreich etwas zu schaffen. Wir müssen nicht nur etwas tun, wir müssen alles tun, und zwar, wenn es nicht anders geht, mit revolutionierenden Maßnahmen. Nachdem aber die Aufgaben des Wirtschaftsministeriums und die letzten Belange des Arbeitsministeriums so ineinander verflochten sind, würde wohl ein kommendes Aufbauministerium noch umfangreicher werden müssen, als es unser gegenwärtiges Innenministerium ist. Wenn ich klar erkennen könnte, daß hier Sondervollmachten gegeben werden könnten, die nicht das Prinzip der Demokratie durchbrechen, so würde ich am liebsten den Herrn Ministerpräsidenten bitten, diese ganzen Dinge zu übernehmen, die er referatmäßig irgendwie einordnen könnte, ohne daß wir damit mit der Verfassung in Widerspruch kämen. Der andere Weg, meine Herren von der linken Seite, erscheint mir per-

(Dr. Rindt [CSU])

fönlich zwar als ein Versuch, eine neue Richtung einzuschlagen, aber nicht als die Ermöglichung einer Reorganisation; er wäre nur gangbar, wenn aus jedem Ministerium die entsprechende Abteilung herausgenommen und gewissermaßen anderswo wieder eingebaut würde. Hier fürchte ich nun — auch das soll nicht Kritik, sondern nur Aussprache sein! — die bekannten Wassertropf-Tendenzen, die heute noch da und dort in unserem Staatsleben sich breit machen. Nicht so sehr von der politischen Seite als von der Seite des Mannes und des Menschen her wollen wir Herrn von Knoeringen als den Mann ansprechen, dessen gutes Recht es ist, für die Verwirklichung seiner Absichten und Gedanken Sorge zu tragen. Ich glaube aber, wir würden mit dem vorgeschlagenen Weg den Bürokratismus vermehren, ohne daß wir praktisch sehr viel weiterkämen; denn nichts ist so gefährlich, als Kompetenzstreitigkeiten dadurch hervorzurufen, daß auf der einen Seite jemand vielleicht Kompetenzen anstrebt, von denen irgend jemand auf der anderen Seite das Bewußtsein hat, daß sie in sein Gebiet fallen. Ich würde darin eine große Behinderung der gesamten Arbeit sehen.

Ich bin aber überzeugt, daß wir, wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wirklich einen Weg finden, auf dem wir schnell — heuer noch; wir stehen jetzt schon wieder vor dem Frühjahr — ein großes Stück weiterkommen können. Ich meine, der richtige Weg, der vorgeschlagen wurde, ist der auch von Ihnen begrüßte Wunsch, der in dem Dringlichkeitsantrag des Herrn Abgeordneten Schefbeck seinen Niederschlag findet, nämlich die Leute, die etwas von der Sache verstehen, in einem kleinen Gremium zusammenzufassen, damit sie sich dort systematisch, in Permanenz und, wenn es sein muß, bei wenig Schlaf, aber sehr viel Arbeit mit der Wohnungsfrage beschäftigen, um die Dinge in ihrer ganzen Größe, Tiefe und Weite durchzudenken. Ich glaube, hier müßten wir einsetzen, damit wir weiterkommen können; denn so fruchtbar für unsere Aufklärung auch Debatten und Programme und ähnliche Dinge sein mögen — eines entscheidet immer wieder: daß irgendwo von einem kleinen Gremium der Anfang gemacht wird. Ich möchte das wiederholen, was ich heute schon als Zwischenruf gebracht habe: Die einzige Propaganda, die wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt, vor allem, wenn wir nach der Ostzone sehen, gestatten dürfen und gestatten können, ist — zum Beweis der Richtigkeit und inneren Wahrheit unserer Arbeit und der Richtigkeit der Demokratie, die wir erstreben — die Leistung!

(Allgemeiner Beifall.)

I. Vizepräsident: Es spricht Herr Finanzminister Dr. Kraus.

Staatsminister Dr. Kraus: Hohes Haus! Wenn wir uns mit den Problemen des Aufbaues beschäftigen, so, meine ich, sollten wir nicht vergessen, daß unser deutsches Volk einen Zusammenbruch erlitten hat, wie ihn in geschichtlicher Zeit, wenn überhaupt jemals in der Weltgeschichte, ein Volk noch nicht erlebte. Seit diesem Zusammenbruch sind noch nicht ganz vier Jahre vergangen. Die Probleme des Aufbaues müssen also auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß Rom nicht an einem Tage erbaut worden ist, sondern daß man dazu Jahrhunderte benötigt hat. Auch

wir werden den Wiederaufbau nicht in wenigen Jahren erleben, sondern dazu Jahrzehnte brauchen und, um die Kriegsschäden alle auszubessern, wohl noch Jahrhunderte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin von dem Redner der Opposition, Herrn von Knoeringen, als Finanzminister wiederholt apostrophiert worden. Ich habe dabei an die Arbeit gedacht, die wir im Haushaltsausschuß des Landtags gemeinsam mit der Opposition leisten, und da muß ich sagen, Ihre Opposition im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags hat konstruktive Politik getrieben. Ich hätte nur gewünscht, daß Herr von Knoeringen manchmal bei unseren Beratungen zugegen gewesen wäre. Vielleicht hätte er über den Finanzminister ein anderes Urteil gefällt.

(Zietsch: Die Opposition hat den Herrn Minister geschützt! — Heiterkeit.)

— Das stimmt, und ich bin immer dankbar, von welcher Seite mir auch Hilfe kommt.

(Große Heiterkeit.)

Ich möchte das also ausdrücklich unterstreichen und auch gegenüber dem Zurf des Herrn Abgeordneten Zietsch noch stärker betonen, daß von der Opposition im Haushaltsausschuß konstruktive Politik an den Tag gelegt und Verständnis für die Lage eines zusammengebrochenen Staates und seine zerrüttete Finanzwirtschaft von allen Seiten des Hauses gezeigt wurde.

Nun hat Herr von Knoeringen bei meiner Finanzpolitik mehr oder weniger eine konstruktive Planung, wie er sich ausgedrückt hat, vermißt. Ich möchte ihn nur auf zwei Dinge hinweisen, die für einen Finanzminister und seine Politik bestimmend sind und die Grundlage bilden. Erstens einmal kann er, was die Einnahmen anlangt, nicht selbständig verfügen; denn die gesamte Steuergesetzgebung befindet sich in anderen Händen. Und was die Ausgaben betrifft, so ist es ähnlich; denn die Ausgabenwirtschaft ist von der Militärregierung genau vorgeschrieben. Im § 28 des Umstellungsgesetzes ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur die Ausgaben vollständig durch die Einnahmen gedeckt sein müssen, sondern daß mir auch darüber hinaus jede Kreditaufnahme verperrt ist. Gerade diese letztere Bedingung ist besonders lästig in einer Zeit, wo man an den Aufbau denkt.

Die Herren werden sich noch an die Zeiten erinnern, wo wir ein außerordentliches Budget hatten. Dieses außerordentliche Budget wurde durch Anlehensaufnahme gedeckt. In der Zeit des Zusammenbruchs, in der wir leben, wäre nichts notwendiger, als daß uns die finanzpolitische Möglichkeit gegeben wäre, die außerordentlichen Ausgaben, die wir jetzt zu erledigen haben, durch Anleihen, die auch die späteren Geschlechter tragen sollen, zu decken. Nun stehen wir aber vor der Tatsache, daß all die schweren Aufgaben, die auf allen Sektoren des Staatslebens an uns herantreten, von der gegenwärtigen Generation erfüllt werden sollen, und zwar von einer Wirtschaft, die, wie Sie wissen, so weitgehend zusammengebrochen ist und erst wieder an ihrem Aufbau arbeiten muß.

Herr von Knoeringen hat dann gemeint, ich sollte mich mehr an einer gesamtdeutschen Planung beteiligen. Ich glaube, ich habe das getan. Allerdings nicht in dem Sinn, wie er es gemeint hat. Ich habe bei den Verhandlungen in Bonn selbst eingegriffen und habe allerdings im Gegensatz zu den Auffassungen, die vielfach

(Staatsminister Dr. Kraus)

von der Opposition vertreten worden sind, es mir als Aufgabe gestellt, Bayern auch finanziell stark zu machen; denn wenn die Vorschläge und das Programm verwirklicht werden, das von der anderen Seite im Parlamentarischen Rat vertreten worden ist, dann wird Bayern nicht nur ein steuer schwaches, nicht nur ein finanziell unausgeglichenes Land, sondern es wird, wie es schon einmal während der Nazizeit war, wieder ein Bettler gegenüber dem Bund, es wird wieder der Kostgänger der höheren Staatseinheit.

Ich habe bei den Verhandlungen — selbstverständlich sind mir die Ziffern über die Steuerkraft der einzelnen Länder genau bekannt — darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, homogene Länder zu schaffen, homogene Länder auch in Bezug auf ihre Steuerkraft und ihre Finanzkraft. Darüber kann kein Zweifel bestehen: Wenn dieser Ausgleich sowohl auf der Lastenseite bei den Ausgaben wie auch auf der Einnahmenseite, wo diese Ungleichheiten bestehen, nicht erfolgt, dann werden wir uns in Zukunft namentlich auch in Bayern, das ein steuer schwaches Land ist, sehr schwer tun. Aber wir wollen dabei nicht in einen uferlosen Finanz zentralismus verfallen. Der Grundgedanke, der vertreten worden ist, die Steuerhoheit, die Finanzhoheit müsse beim Bund liegen, würde dazu führen, daß künftig der Bund alle Macht auf finanziellem Gebiet hätte, daß er wieder in der Lage wäre, die Länder finanziell auszuhungern. Vestigia terrent.

Es ist dann von dem Herrn Abgeordneten von Knoeringer auch noch die Frage erörtert worden, ob wir in Bayern auf dem Gebiet des Steuerwesens auch das tun, was gegenüber den Steuer sündern notwendig ist, und ob wir die eigene Steuerkraft in genügendem Maße ausschöpfen. Ich kann ihm verraten, daß nach der Richtung auch das Menschenmögliche geschehen ist. Die Verhältnisse sind uns so gut wie Ihnen bekannt. Ich habe, um den Steuerhinterziehungen entgegenzutreten, ein eigenes Referat in meinem Ministerium gebildet mit einem sehr tüchtigen Betriebsprüfer, der den Dingen nachgeht, sowohl in Bezug auf die Steuernachschau wie auf die Steuerfahndung wie auch in Fragen der Betriebsprüfung. Wir haben auch schon eine Reihe von Erfolgen erzielt. Seit dem 21. Juni, also seit dem Zeitpunkt der Währungsreform, haben wir an Nachzahlungen 20 Millionen auf Grund des § 7 des Umstellungsgesetzes in Altgeldguthaben erreicht, weiter über die Buch- und Betriebsprüfung 25 bis 30 Millionen. Für den Fahndungsdienst haben wir 100 Fahnder als Spezialprüfer eingesetzt. Das Ergebnis seit der Währungsreform waren etwa 8 bis 10 Millionen Steuern und 1 Million Strafen. Wir schätzen, daß wir im Haushaltsjahr 1949/50 etwa 15 Millionen aus der Steuerfahndung und 85 Millionen aus der Buch- und Betriebsprüfung mehr an Steuern herausholen werden. Ich glaube, das ist immerhin ein Ergebnis, das zeigt, daß die bayerische Steuerverwaltung ihren Aufgaben gerecht zu werden sucht.

(Zuruf: sucht!)

Es ist uns genau bekannt, welche Unmoral gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens herrscht, und wir gehen den Dingen scharf nach und scheuen auch nicht vor Strafen und vor Veröffentlichungen zurück. Wenn die Ergebnisse in Hessen hier genannt worden sind, so

erscheinen sie aus dem Grunde etwas problematisch, weil nicht feststeht, ob die Zahlen, die genannt worden sind, auch im Rechtsmittelweg aufrechterhalten werden können.

Aber was das Gesamtsteueraufkommen anlangt, so stehen wir eben vor der Tatsache, daß die Decke nicht ausreicht. Das Steueraufkommen hält mit den Ausgaben, die namentlich auf sozialem Gebiet riesenhoch anwachsen, nicht gleichen Schritt. Ich kann Ihnen hier einige Zahlen aus dem Haushaltsvoranschlag für das nächste Jahr geben. Ich möchte Ihnen namentlich zunächst einmal die Aufwendungen nennen, die auf dem sozialen Gebiet veranschlagt sind. Da sind die Fürsorgeausgaben an die Gemeinden mit 130 Millionen veranschlagt, die Leistungen für die Sozialversicherung einschließlich der Flüchtlingsrenten mit 132 Millionen, und wenn der Entwurf über die Erhöhung der Sozialrenten Gesetz wird, dann werden es 160 Millionen werden. Für die Arbeitslosenfürsorge sind 53 Millionen eingelegt, für Körperbeschädigtenrenten 338 Millionen; diese sind um 200 Millionen gegenüber dem Vorjahr angewachsen. Für Flüchtlingszweckausgaben sind 50 Millionen veranschlagt. An weiteren Ausgaben, die ebenso wie diese Soziallasten den Staatshaushalt zwangsläufig belasten, sind Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Finanzausgleich in Höhe von 160 Millionen eingelegt.

Und nun kommt ein Kapitel, das uns ganz besonders drückend erscheint, das sind die Besatzungskosten. An reinen Besatzungskosten sind in dem laufenden Haushalt 531 Millionen veranschlagt.

(Zuruf.)

Dazu kommen aber noch die sonstigen vorgeschriebenen Kosten für Requisitionen, Restitutionen usw., so daß sich der Gesamtbetrag einschließlich der sonstigen Kosten, die mit der Besetzung in Zusammenhang stehen, z. B. Lohnsteuer für die Zivilangestellten usw., auf etwa 620 Millionen beläuft.

(Dr. Hundhammer: Sind das wirklich nur 20 Pfennig pro Kopf und Tag?)

— Ich habe das nicht ausgerechnet. Ich möchte mich in eine Polemik mit der Militärregierung nicht einlassen; sie ist zwecklos. Ich habe seit zwei Jahren versucht, eine Minderung dieser Besatzungskosten herbeizuführen. Wir sind aber auf schärfsten Widerstand gestoßen. Die Besatzungskosten sind für uns eine Art von Kriegslasten. Sie sind weitgehend unproduktiv und belasten unseren Staatshaushalt und unsere Wirtschaft weithin wie Kriegskosten. Ich möchte mich darüber nicht weiter verbreiten, aber ich darf doch der Meinung Ausdruck verleihen: Wenn bei dieser Position nicht in absehbarer Zeit eine namhafte Minderung eintritt, wird es nicht möglich sein, den Staatshaushalt weiterhin in Ordnung zu halten. Es wäre also eine Ermäßigung der Besatzungskosten in allererster Linie anzustreben. Aber ich glaube nicht, daß wir nach den Erklärungen des Herrn Generals Clay auf diesem Gebiet in nächster Zeit große Erfolge haben werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Sie darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, all die Ausgaben, die hier für uns anfallen, auf eine Reihe von Jahren zu verteilen. Es müßte uns eigentlich die Möglichkeit gegeben werden, im Weg von Anleihen, von langfristigen Anleihen den finanziellen Be-

(Staatsminister Dr. Kraus)

dürfnissen der Stunde Rechnung zu tragen. Wir hatten das auch in dem Haushalt für 1949 versucht. Es ist uns verwehrt worden. Wir müssen unter allen Umständen den Haushalt abgleichen und ich stehe vor der betrüblichen Tatsache, daß hier mehrere hundert Millionen von Anforderungen der Ministerien abgestrichen werden mußten.

Die zwangsläufigen Ausgaben, die ich Ihnen gerade aufgeführt habe, nämlich die Besatzungskosten, die Leistungen für die Sozialversicherung usw., die Zuschüsse an die Gemeinden machen im kommenden Haushaltsjahr den Betrag von 1620 Millionen aus. Das sind rund 72 Prozent unserer Gesamtausgaben. Dazu kommen dann noch die Personalausgaben und die Versorgungsbezüge. Unter diesen Versorgungsbezügen befinden sich auch erhebliche Ausgaben für verdrängte Beamte, die eigentlich auch unter die Flüchtlingsausgaben fallen, so daß nur bei etwa 20 Prozent der Haushaltsausgaben noch eine Möglichkeit bestanden hat, Abstriche zu machen oder zu überlegen, für welchen vordringlichen Zweck man die Mittel bereitstellen sollte.

Ich bin durchaus mit allen Mitgliedern dieses hohen Hauses der Meinung, daß der Wohnungsbau das vordringlichste Problem ist, das erledigt werden muß, und daß alle Kräfte aufgewendet werden müssen, um dieses Problem zu lösen. Ich muß Ihnen aber leider die betrübliche Tatsache mitteilen — sie wurde von Herrn von Knoeringen vorhin schon erwähnt —, daß es nicht möglich war, aus Staatsmitteln Beträge für den Wohnungsbau bereitzustellen. Wir hätten einen größeren Betrag im außerordentlichen Haushalt zur Verfügung gestellt. Das ist uns verwehrt worden. Wir mußten ohnehin auf dem Gebiet des staatlichen Hochbaues sehr starke Abstriche vornehmen, trotzdem wir genau erkannt haben, daß es gerade auf dem Gebiet des Bauwesens notwendig wäre, daß der Staat stimulierend und anregend durch seine eigene Initiative wirkt.

Der Herr Ministerpräsident hat vorhin gemeint, wir müßten etwas riskieren. Gewiß, auch ich bin dieser Auffassung —: wenn uns nur nicht gerade auf dem Finanzsektor überall die Hände gebunden wären!

Aber, meine Damen und Herren, wenigstens ein Recht hat uns die Militärregierung noch gelassen: das Recht der Steuererfindung.

(Zuruf.)

Mit der Baunotabgabe haben wir geglaubt, Ihnen eine Steuer vorschlagen zu können, die sich durchführen läßt. Doch muß ich Ihnen heute schon sagen: Kommen Sie uns nicht mit komplizierten Steuerprojekten! Denn unsere Finanzämter sind am Rande des Zusammenbruchs. Die Gesetzgebungsmaschine in Frankfurt arbeitet — namentlich auch auf dem Finanzsektor — auf hohem Touren. Wenn Sie also wünschen, auf schnellstem Wege Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen, dann nehmen Sie mit möglichster Beschleunigung diesen Gesetzesentwurf an! Es wird dafür Sorge getragen werden, daß er in aller nächster Zeit dem Landtag vorgelegt wird. Dann darf es aber nicht so sein, wie es im Senat der Fall war, daß die einzelnen Kategorien — der Bauernstand, der Arbeiterstand und das Unternehmertum — glauben, der andere soll bezahlen! Hier müssen wir etwas riskieren, meine Damen und Herren. Wir müssen

den Gemeinschaftsgeist aufrufen, um auf diesem Gebiet, das wir als das wichtigste erkannt haben, alle Kraft einzusetzen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und politische Maximen. Wir müssen dem Volk zeigen, daß wir in Bayern auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues vorwärtskommen.

(Beifall rechts und in der Mitte.)

I. Vizepräsident: Es spricht noch der Herr Staatssekretär Fischer.

Staatssekretär Fischer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zu der Frage des Wohnungsbauwesens möchte ich ganz kurz Stellung nehmen und dabei einiges richtigstellen bzw. noch einmal erklären, warum beim Bau der Wohnungen noch nicht alles so vorwärtsgetrieben werden konnte, wie wir es alle wünschen. Ich darf daran erinnern, daß seit der Aufhebung der Baustoffbewirtschaftung noch kein Jahr vergangen ist. Vor der Währungsumstellung war es doch so, daß gerade die Kohlenkapazität recht klein war und man immer Mühe hatte, noch einigermaßen durchzukommen. Wir litten damals sehr unter dem Baustoffmangel. Geld war in der R-Mark-Zeit noch vorhanden, aber es konnten die notwendigen Baustoffe eben nicht bereitgestellt werden. Die Währungsreform hat quasi mit einem Schlag die Baustoffknappheit beseitigt. Ebenso war mit dem Tag der Währungsumstellung komischerweise auch der Facharbeitermangel auf einmal verschwunden. Ich habe in diesem hohen Hause schon einmal den Vorfall erzählt, daß am Tage nach der Währungsreform vormittags um 7 Uhr 25 Bauarbeiter bei einem meiner Münchener Bauämter um Arbeit nachgesucht haben, während wir vorher weder einen Maurer noch einen Zimmermann oder Schreiner hatten.

Wenn wir auch heute auf dem Baustoffmarkt schon wieder gewisse Verknapplungserscheinungen beobachten, so liegt das nicht etwa an einem Arbeitermangel, sondern an der absolut unzureichenden Kohlezuteilung. Auch dies muß einmal ganz klar herausgestellt werden.

(Dr. Hundhammer: Wir hören doch immer, daß die Kohlenproduktion ständig steigt.)

— Wir hören auch, daß sie steigt!

(Zuruf links.)

Die Besatzungsbehörden haben aber in den letzten Tagen wieder Restriktionen vorgenommen nicht nur bei Kohle, sondern insbesondere auch bei Eisen, das wir auch zum Bauen brauchen. Die der Bizone zugestandene Eisenkapazität ist bis heute noch nicht ganz ausgenützt, weil eben ganz einfach viele Werke der eisenschaffenden Industrie noch nicht voll in Betrieb sind. Gerade wegen der Kohlezuteilung für die Baustoffe haben wir aber nicht nur einmal, sondern wiederholt bei der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt Vorstellungen erhoben, und zwar nicht nur Bayern allein. Weil nämlich die Probleme in der ganzen Bizone gleich gelagert sind, haben wir eine Arbeitsgemeinschaft der Wiederaufbauminister gegründet, wenn ich das so nennen darf. Der Name „Wiederaufbauminister“ stimmt ja nur für die nördliche Zone, nicht für die südliche. Wir haben in Frankfurt sehr deutlich die Forderung gestellt, daß der Wohnungsbau unter allen Umständen vorwärtsgetrieben werden muß. Dieses Vorgehen war notwendig, weil man in Frankfurt — und ich sage

(Staatssekretär Fischer)

das bewußt — bis heute für den Wohnungsbau überhaupt noch kein Verständnis hatte.

(Dr. Rief klatscht Beifall.)

Aber wie soll ich es denn machen, meine Damen und Herren, wenn ich nicht die notwendigen Kohlen für den Wohnungsbau zugeteilt bekomme? Man muß also in Frankfurt immer wieder die Forderung erheben, daß wir die Kohle notwendig brauchen, um unsere Industrie und unser Baugewerbe beschäftigen zu können.

Wie liegen denn die Verhältnisse heute bei der Bauindustrie und beim Baugewerbe? Meine Damen und Herren, wenn Sie die letzten Mitteilungen des Bayerischen Baugewerbeverbandes an seine Zentrale in Frankfurt nachlesen, so finden Sie darin schon eine ganz bedenkliche Anzahl von Baufirmen und Baugewerbeunternehmungen, die ans Amtsgericht gegangen sind, um ihren Konkurs anzumelden. Wohin soll das noch führen? Das ist nur der Anfang. Wir sehen heute bereits die Auswirkungen in den Preisangeboten. Damit sich ein Unternehmen überhaupt noch durchhalten kann, bekommen wir bereits Unterangebote, von denen wir todsicher wissen, daß sie über kurz oder lang entweder zum Zusammenbruch der Firma führen oder dazu, daß der Bauherr in Zukunft nachzahlt.

Gerade die Weiterbeschäftigung unserer Bauarbeiter, unserer Bauhilfsarbeiter und der Gewerbe, die das Bauwesen beliefern, ist nach meinem Dafürhalten der ausschlaggebende Faktor schlechthin. 37 Prozent aller Beschäftigten überhaupt waren früher im Baugewerbe und in der Bauindustrie tätig; und wenn wir unseren Wohnungsbau vorwärtstreiben wollen — und das müssen wir —, so brauchen wir für die Beschäftigung der Arbeiter Geld.

Ich darf noch zwei Zahlen nennen. Nach den letzten Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts sind zur Zeit 44 000 oder 45 000 Facharbeiter des Baugewerbes und ungefähr 55 000 oder 56 000 Bauhilfsarbeiter beschäftigungslos, also rund 100 000 Arbeiter, die wir im Baugewerbe, in der Bauindustrie und im Wohnungsbau einsetzen können.

Selbstverständlich sind wir jederzeit bereit, auch neue Bauweisen im Wohnungsbau zuzulassen. Für meine Stelle darf ich in Anspruch nehmen, daß gerade wir es waren, die gesagt haben: Jawohl, Metallhäuser — bitte, probiert es einmal! Wir wollen sie einmal hinbauen lassen; denn nur so können wir sie erproben; im Laboratorium geht es nicht!

(Bodesheim: Wo kommen die 15 Tonnen Eisen her pro Wohnung?)

— Bitte, von mir nicht.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich habe auch verschiedenen Versuchssiedlungen in Augsburg, in Würzburg usw. das notwendige Entgegenkommen gezeigt, um alles zu fördern, was das Wohnungsbauwesen vorwärtsbringt. Das einzige aber, was wir heute noch nicht gelöst haben, ist die Geldfrage. Meine Herren! Ich garantiere Ihnen, wenn uns der Landtag die notwendigen Geldmittel bewilligt — und zwar möglichst bald, nicht etwa erst im Oktober oder November, wenn

das Baujahr 1949 vorbei ist —, dann werden wir auch im Wohnungsbauprogramm vorwärtskommen können.

(Scheffbeck: Wie steht es mit der Wiederaufbaubank, Herr Staatssekretär?)

— Meine Herren, Sie wissen, daß in Frankfurt eine Wiederaufbaubank gegründet wurde. Wir haben wiederholt mit ihr korrespondiert und telefoniert. Die Wiederaufbaubank muß, wenn sie Geld hat — sie hat heute noch keinen Pfennig —, andere Wirtschaftszweige vorweg bedienen. Diese Tatsache steht fest und wurde uns auch schon vor vielen Wochen auf einer Tagung in Königstein mitgeteilt. Nur dem Eintreten der Arbeitsgemeinschaft der Wiederaufbauminister ist es zu verdanken, daß man nun auch bei der Wiederaufbaubank allmählich an das Bauen von Wohnungen denkt; aber von Geld habe ich noch gar nichts gehört. Ich mache so lange beim Bauen mit, als es irgendwie geht. Aber wenn wir uns heuer in Bayern im Wohnungsbauwesen nicht im weitesten Umfang auf eigene Füße stellen können —: auf die Gelder, die wir heuer zum Bauen von Wohnungen seitens der Wiederaufbaubank bekommen, will ich das Aufbauprogramm nicht stellen.

(Bodesheim: Wird in den Ländern, wo die Wiederaufbauminister sind, mehr gebaut als in Bayern?)

— Von Seiten der Wiederaufbaubank ist noch keinem Land etwas geboten worden. Ich habe dieser Tage in einer Zeitung gelesen, daß der württemberg-badische Landtag etwa 90 Millionen DM für den Wohnungsbau eingesetzt hat. In unserem Haushaltsvoranschlag stehen 53 Millionen. Diese Gelder müssen aber raschestens fließen; denn sonst kommen wir heuer im Wohnungsbau auch wieder nicht dahin, wohin wir kommen wollen.

(Zuruf links.)

Die Kapazität in der Bauindustrie und im Baugewerbe ist vorhanden. Wir als die — wie soll ich sagen — oft beschimpften Beamten wollen bestimmt keine Schwierigkeiten machen. Wenn wir demnächst dazu kommen, unsere Bauordnung zu ändern — es wird ja daran gearbeitet —, will ich alle Schwierigkeiten, die man vor 50 Jahren in unsere bayerische Bauordnung hineingezaubert hat, im Interesse einer schnelleren, billigeren und gesünderen Bauweise wegräumen. Wir haben es noch nicht erlebt, daß ein Haus eingestürzt ist, wenn nicht gerade ein Sturm oder sonst etwas dazugekommen ist. Aber um eines bitte ich: Wenn wir bauen wollen — und das müssen wir —, dann brauchen wir Geld und Geld und nochmals Geld!

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Zu einer persönlichen Bemerkung gebe ich das Wort dem Herrn Kollegen Dr. Rief.

Dr. Rief (FVB): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Aus der Presse werden Sie wohl schon erfahren haben, daß Hellfeger für den heutigen Tag ein welterschütterndes Ereignis prophezeit haben.

(Bodesheim: Wir haben keine Angst.)

Hier ist es: Die Fraktion der WLB hat aufgehört zu existieren.

(Kübler: Hört, hört! — Heiterkeit. — Brunner: Wo ist der Lorig? — Unruhe.)

I. Vizepräsident: Ich bitte um Ruhe.

Dr. Rief (FPB): Ich habe die Ehre, dem Herrn Präsidenten die Beitrittserklärungen zur FPB von drei Kollegen zu behändigen, und zwar des Abgeordneten Hans Reeb vom 15. März, des Abgeordneten Niehling vom 16. März und des Abgeordneten Gottlieb Schmidt vom 17. März.

(Zuruf rechts: Es scheint für manche doch eine Welt untergegangen zu sein.)

Im übrigen ist die FPB — wie schon der Name sagt — eine nach jeder Richtung freie Vereinigung ohne jede politische Bindung. Wenn die Presse sich veranlaßt fühlt, Näheres über sie zu erfahren, so wolle sie sich bitte diesbezüglich ausschließlich an uns selbst, insbesondere an den Herrn Fraktionsvorsitzenden Scharf, wenden und nicht an irgendwelche Falkner oder Vorkü. Die FPB ist weder ein „Klavier“, auch nicht der BB, wie Herr Dr. Falkner glaubt, noch ein „Drecksübel“, wie ein Vorkü sich auszudrücken beliebt.

(Kübler: Hört, hört!)

Außerdem ist das, was Vorkü meint, unerheblich.

(Bravo! Beifall links.)

I. Vizepräsident: Ich möchte noch eine Bitte aussprechen. Die neue Fraktion möge mir die Namen ihrer gesamten Mitglieder mitteilen. Außerdem bitte ich, daß mir die Mitglieder der WLB-Fraktion ihre Namen bekanntgeben;

(Zietsch: Wieder einmal!)

denn auf Grund dieser neuen Tatsachen muß sich der Ältestenrat bei seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen, die Ausschüsse anders zu verteilen.

Ferner möchte ich noch bekanntgeben, daß am Dienstag, den 22., und Mittwoch, den 23. März, eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses stattfindet. Weiterhin tritt morgen um 10 Uhr im Landtagsamt der Untersuchungsausschuß für die Verhältnisse in der Landpolizei zusammen.

Ich schlage dem Hause vor, die Beratung jetzt abzubrechen und pünktlich um 3 Uhr fortzusetzen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Das Haus ist damit einverstanden.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 36 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr 02 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg wieder aufgenommen.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren fort in der Beratung des Antrags der Abgeordneten Gräßler, Muhr, Scherber, Wilhelm und Wolf betreffend Vorlage eines Wohnungsbauprogramms (Beilage 2300).

Es sind jetzt noch 9 Redner auf meiner Liste vorgemerkt. Vielleicht darf ich bitten, daß wir doch dem Sprichwort Rechnung tragen: In der Beschränkung zeigt sich der Meister.

(Sehr richtig! — Dr. Hoegner: Nicht in der Beschränktheit! — Heiterkeit.)

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hirschenauer das Wort.

Hirschenauer (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Heute vormittag wurde ein paarmal auch der private Hausbesitz erwähnt. Das ist ein Gesichtspunkt, den man unbedingt auch in die Betrachtung einbeziehen muß, und es wird angebracht sein, wenn auch der kommende Ausschuß sich damit befaßt. Es gibt Möglichkeiten, auf diesem Wege der Wohnungsnot abzuwehren; denn immer wieder könnten in Häusern, die unbeschädigt sind, im Dachgeschoß oder sonstwo Wohnungen ausgebaut werden. Aber warum scheuen sich die Hausbesitzer, das durchzuführen, selbst diejenigen, die die nötigen Mittel zur Verfügung hätten? Weil man den Hausbesitz in den letzten Jahren vollkommen enteignet hat. Der Hausbesitzer hat in seinem Haus überhaupt kein Recht mehr; er ist gewissermaßen Hausmeister und muß dafür Sorge tragen, daß alle ein Unterkommen haben. Von Seiten der Wohnungsämter wird ein derartiger Druck ausgeübt, obwohl das Innenministerium vor einiger Zeit eine Verfügung herausgegeben hat, daß bei Vermietungen zumindest zwei bis drei Personen zur Auswahl gestellt werden und daß der Vermieter, der Hausbesitzer, auch irgendeine Möglichkeit hat, unter den in seine Wohnung Eingewiesenen zu wählen. Das will man aber unbedingt verhindern. Die Hausbesitzer wollen daher heute keine Wohnungen ausbauen, weil sie wissen, daß sie darüber doch kein Verfügungsrecht haben. Das ist nun einmal eine Gefahr.

Auch die Frage der Finanzierung möchte ich noch kurz erwähnen. Ich will nicht ein großes Programm aufstellen, wie es Herr von Knoeringen vorgebracht hat; ich will kleiner anfangen. Es muß nun einmal Geld beschafft werden. Auch der Herr Finanzminister Kraus hat vorhin erwähnt, daß es unmöglich ist, ohne Bewilligung der Besatzungsmacht Anleihen aufzunehmen. Es gibt aber Möglichkeiten! Schauen wir nur einmal auf die Sportplätze! Sie lesen ja in der Zeitung, wieviele sich dort beteiligen; 10 000, 20 000, 40 000, ja sogar 60 000 Menschen sind oft auf den Sportplätzen. Ich bin kein Gegner der Sportler, Herr Kollege Haut; im Gegenteil! Ich gehe zwar nicht hin, ich bekämpfe sie aber nicht. Ich meine etwas anderes. — Sehen wir die Kinoplätze! Täglich sind sie bis auf den letzten Platz voll. Es bestünde doch die Möglichkeit, hier bei den Eintrittspreisen neben der Steuer noch irgendeine Abgabe für den Wohnungsbau einzuheben. Ich möchte das auch dem kommenden Ausschuß ans Herz legen. Ich werde mir erlauben, einen kurzen Antrag zu formulieren und dann vorzulegen. Es ist nun einmal eine Notwendigkeit, das ins Auge zu fassen. Immer wieder wird betont, wir seien arm. Das ist richtig; aber für Vergnügen ist Geld vorhanden, und mit kleinen Beiträgen könnte man schon große Summen zu einem allgemeinen Wohnungsbau zusammenbringen. Das dürfte eine Angelegenheit sein, bei der, wie heute immer wieder betont wurde, zusammengeholfen werden muß.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Es folgt Herr Abgeordneter Schefbeck. — Er ist nicht da; er wird gestrichen.

Es folgt Herr Abgeordneter Donsberger. —

(Donsberger: Verzichte!)

— Er ist nicht da.

(Dr. Hundhammer: Doch, er ist schon da!)

(I. Vizepräsident)

Nächster Redner ist Abgeordneter Weinzierl. — Er ist nicht da.

(Dr. Hundhammer: Doch, er ist da! — Allgemeine Heiterkeit. — Dr. Hundhammer: Ich glaube, der Herr Präsident war nicht ganz da.)

Herr Abgeordneter Weinzierl Georg hat das Wort.

Weinzierl Georg (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der hochverehrte Herr Ministerpräsident hat heute ausgeführt, daß das Wohnungsbauprogramm in den Mittelpunkt unseres Lebens gestellt werden muß. Dazu ist es allerhöchste Zeit, und es ist Eile geboten.

(Dr. Rief — zur CSU gewandt —: Bei diesem Problem sind die Bänke leer!)

Das Wohnungselend ist (groß, auch in meinem Landkreis. Es ist keine Seltenheit, daß in einem Zimmer sechs bis sieben Personen beiderlei Geschlechts untergebracht sind. Wir können das Wohnungsproblem nicht dadurch lösen, daß wir Kontrolleure hinaus schicken und da und dort vielleicht wieder ein Zimmer beschlagnahmen, um wieder eine Familie hineinschachteln zu können.

(Sehr richtig!)

Das ist ein schwieriges Problem.

Als ich nach 1945 in den Kreistag meines Landkreises eingetreten bin, habe ich mir in der ersten Sitzung schon erlaubt, den Gedanken aufzuwerfen, man möge durch Gemeinschaftsarbeit vielleicht in jeder Gemeinde ein Wohnhaus für je vier Familien errichten. Das hätte in meinem Landkreis bei 76 Gemeinden soundsso viele Wohnungen ergeben; ich habe mir das ausgerechnet. Dadurch könnte man dem Wohnungselend am allerbesten begegnen. Ich habe tauben Ohren gepredigt; mein Vorschlag wurde nicht aufgenommen. Ich habe aber doch nicht nachgegeben, habe an meinem Plan gearbeitet und versucht, in der Stadt Eichstätt eine Siedlung zu erstellen, die sich auf Gemeinschaftsarbeit stützte. Als man erfuhr, daß eine Siedlung zustandekommen solle, haben sich 166 Bewerber eingetragen. Wir haben davon 18 Leute herausgesucht, von denen wir glaubten, daß sie die Gewähr bieten, sich gegenseitig zu helfen. Wir haben nach der Währungsreform begonnen und wir waren in der Lage, am 25. November die Hebefeiер zu halten. Diese Leute haben mich nicht enttäuscht. In 26000 Arbeitsstunden haben alle, auch Frauen und Kinder, zusammengeholfen. Sogar die Hochschulstudenten der Hochschule Eichstätt haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt und haben uns ihre Hilfe angedeihen lassen. Dies hat bewirkt, daß hier der erhöhte Bauindex nicht zutage trat und daß für diese Arbeiter Wohnungen mit einer friedensmäßigen Miete hergestellt werden können. Wir haben also die Häuser bis zum Rohbau erstellt, und zwar dank der Unterstützung des Stadtrats Eichstätt, der die Vorfinanzierung übernommen und aus den laufenden Haushaltsmitteln die Kosten auf Stottern bestritten hat. Es waren also die allergrößten Opfer notwendig, um dieses Werk zur Vollendung zu bringen. Die Häuser sind im Rohbau erstellt und wir wollen nun an die Fertigstellung herangehen.

Der Stadtrat hat in einem außerordentlichen Haushalt zur Fertigstellung 80 000 Mark bewilligt. Die Stadt-

sparkasse ist bereit, diese 80 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die Aufsichtsbehörde ist damit einverstanden. Nachdem wir aber auf die Ödung einer Stiftung gebaut haben und das Darlehen auf die Stiftung aufgenommen werden sollte, wäre die Genehmigung der Militärregierung notwendig. Dem wollte ich aus dem Wege gehen, und da muß ich leider die Schwerefälligkeit unserer Behörden beanstanden, die sich darin zeigt, daß mir hier, wo es nun darauf ankommt, nicht geholfen werden kann. Wenn eine Siedlung mit 18 Wohnungen zu je drei Zimmern und einer Küche gebaut wird, so sollte man doch schließlich meinen, daß man mit einem staatlichen Darlehen rechnen könnte. Nun ist ein halbes Jahr verstrichen. Wer weiß, wieviel Zeit noch vergeht, bis man mit einem staatlichen Darlehen rechnen kann. Ich wäre damit zufrieden, wenn wir für diese Siedlung ein staatliches Darlehen in Aussicht gestellt bekämen. Daraufhin könnten wir bei der Sparkasse einen Zwischenkredit in Anspruch nehmen, der dann durch dieses staatliche Darlehen abgelöst würde. Ich würde daher die Staatsregierung und vor allem Herrn Staatssekretär Fischer bitten, uns in dieser Hinsicht zu Hilfe zu kommen.

Nur wenn wir alle zusammenhelfen und uns selbst mit Initiative beteiligen, werden wir, glaube ich, dem Wohnungselend begegnen können und wird auch ein Bauen möglich sein. Es muß auch die Privatinitiative eingeschaltet und es muß an diejenigen appelliert werden, die heute noch sehr wenig soziales Verständnis haben. Damit meine ich diejenigen, die vom Kriege nicht betroffen sind und ihre ganze Habe noch besitzen; sie müßten Rücksicht nehmen auf die anderen, die durch den Krieg so schwer geschädigt worden sind. Hier denke ich ganz besonders an unsere Flüchtlinge. Ich bitte das hohe Haus um seine Unterstützung, um es zu ermöglichen, daß in solchen Fällen durch die Staatsregierung großzügiger verfahren wird.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (FPB): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Der Mensch ist das einzige Tier, welches aus der Erfahrung nichts lernt. Diesen Satz möchte ich voranstellen.

(Zurufe und Heiterkeit.)

Wenn der Mensch aber aus der Erfahrung und der Geschichte doch einmal etwas lernen sollte, dann das, daß die Wohnungsfrage mit den bisherigen Methoden nicht gelöst werden kann. Lösbar ist die Wohnungsfrage nur im Wege der Selbsthilfe. Die alten bürokratischen Methoden müssen ja ihrer Natur nach versagen, weil der Staat weder berufen noch befähigt ist, solche äußerst schwierigen Probleme, wie die Wohnungsfrage in ihrem heutigen Umfang, zu lösen. Dasselbe, möchte ich behaupten, gilt auch für dieses Haus; alles, was wir hier beschließen, wird Stückwerk bleiben.

Hier möchte ich etwas für meinen Freund Krempf einfügen. Der Vorschlag, den er im Wirtschaftsausschuß gemacht hat, scheint mir besonders bemerkenswert. Er erachtet es nämlich als die wichtigste Form der Soforthilfe, die Ankurbelung der privaten Wohnungsbautätigkeit dadurch zu erreichen, daß privaten Bauherren derjenige Teil der Baukosten ganz oder wenigstens teil-

(Dr. Rief [FBB])

weise am Einkommen abgeschrieben werden kann, den sie speziell für Wohnungsbauzwecke verwenden. Ich glaube, mich richtig ausgedrückt zu haben. Das möchte ich hier eingeschaltet wissen.

Im übrigen frage ich: Warum erreichen wir nichts? — Ich fasse mich wunschgemäß ganz kurz, im Lapidarstil. — Warum? Weil nämlich die Behausung etwa 150 Milliarden Mark erfordert und das ein Riesengeschäft für das Baukapital und die Bauindustrie ist. Solange ein Rechtszustand andauert, in dem das Kapital und die Industrie den entsprechenden Gewinn — das sind rund 30 Milliarden Mark — nicht sichern und nicht erreichen kann, daß dieser Gewinn dem Kapital und der Industrie nicht durch Steuern oder durch Gelbabweertung oder durch derartige Dinge mehr wieder verloren geht, solange werden diese Mächte es verhindern und nicht zulassen, daß Wohnungen gebaut werden. Das behaupte ich. Die Erfahrung der letzten Jahre bestätigt es mir. Warum hat man in der Zeit, als man das Geld im Straßengraben zusammenkehren konnte, nicht gebaut? Weil man sich, wie mir ein Bauunternehmer, einer der größten von Regensburg, glatt ins Gesicht erklärt hat, sagte: Wir haben ja gar kein Interesse daran, daß jetzt gebaut wird und nachher der Rebbach wieder futsch ist. — So ist die Lage.

Solange also bleibt das Wohnungsproblem ungelöst. Gelöst werden aber kann und wird es nur durch Selbsthilfe. Wie das gemacht wird, meine Damen und Herren, das habe ich Ihnen in Regensburg vorezerziert. Aus dem reinen Nichts heraus haben wir in Regensburg bis jetzt ein Haus mit zwei Wohnungen gebaut, das in einigen Wochen bezogen werden kann.

(Zuruf von der SPD: Ein Haus?)

Weitere folgen. Während hier geredet wird, wird in Regensburg gebaut. Und jetzt, meine Damen und Herren, reden Sie ruhig weiter! Ich baue.

(Heiterkeit und Zurufe.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Haus.

Haus Georg (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Über die Notwendigkeit des Wohnungsbaues noch weitere Worte zu verlieren, hieße Eulen nach Athen tragen. Seitdem die Kapitulation über uns hereingebrochen ist, ist diese Frage für uns eine dringende geworden. Es wurde aber im wesentlichen schon gesagt, was notwendig ist, um den Wohnungsbau und ganz besonders den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Ich glaube, nichts ist dabei dringlicher als die Lösung der finanziellen Frage, die Geldbeschaffung. Die Geldbeschaffung, gleichgültig, ob sie aus Staatsmitteln oder aus Mitteln von privater Hand oder aus solchen der kommunalen Körperschaften, der Kreise, Städte und Gemeinden, zu erfolgen hätte, war bisher nicht durchführbar. Meines Erachtens hat man auf diesem Gebiete schon alles versucht, um das erdenklich Beste zu erreichen. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn nicht nur die Regierung und die verantwortlichen Männer, sondern wenn auch der zu bildende Ausschuß, von dem man heute schon gesprochen hat — gleichgültig, welcher Partei die einzelnen Ausschußmitglieder angehören —, bei den zuständigen Stellen

der Militärregierung immer und immer wieder nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Krediten aus anderen Quellen hinweisen, dann wird man endlich auch einmal einsehen, daß für diesen Zweck Gelder in einem ausreichenden oder wenigstens einigermaßen ausreichendem Ausmaß unbedingt zur Verfügung gestellt werden müssen.

An den Staat wie auch an die gemeindlichen Körperschaften sind die Anforderungen auf allen anderen Gebieten so groß, daß Gelder, die als Kredite oder Darlehen für den privaten Wohnungsbau gegeben werden könnten, fast nicht mehr vorhanden sind. Die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuß, wo besonders eine der wesentlichsten unserer heutigen staatspolitischen Aufgaben behandelt wird — die Betreuung der Kriegsoffer, Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen und das Problem der Kleinrentner und dergleichen —, haben bewiesen, wie schwer es ist, auf diesem Gebiete überhaupt das zu leisten, was unbedingt geleistet werden müßte, um den Betroffenen das zukommen zu lassen, was sie auf Grund ihrer Opfer verdienen. Andere Ausgaben können die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften mit ihren Haushaltsmitteln unmöglich bestreiten. Die Kriegsfolgelasten wurden ja vom Herrn Staatsminister der Finanzen hier aufgezählt; sie sind gegenüber dem gesamten Staatshaushalt so enorm groß, daß nichts Nennenswertes mehr für diese Zwecke übrigbleibt.

Eines aber möchte ich betonen: Sollte es wirklich gelingen, auf dem Kreditwege Gelder für den Wohnungsbau zu beschaffen, so wäre eine Voraussetzung notwendigerweise zu erfüllen, daß nämlich bis zu diesem Zeitpunkt die Baugeländebeschaffung erledigt wäre. Denn ich befürchte, daß vielleicht eines schönen Tages einigermaßen genügend Geldmittel zur Verfügung stehen könnten und dann tatsächlich nur derjenige bauen könnte, der im Besitz von Baugelände wäre. Das aber wären auf dem flachen Lande, in den Städten oder in den Ortschaften in unmittelbarer Nähe der Städte meistens diejenigen, die heute schon im Besitz eines Hauses sind und die deshalb gar kein Interesse daran haben, das Gelände für andere abzutreten. Ob sie aber Interesse daran haben, Häuser zu bauen und Schulden darauf zu machen, das ist eine große Frage. Dann müßte aber zumindest die Möglichkeit zum Bauen gegeben sein; denn es wäre unmöglich zu verantworten, daß man, wenn von der Militärregierung für diese Aufgabe Mittel freigegeben würden, zu hören bekäme: Es tut uns leid; die Mittel stehen wohl zur Verfügung, aber derjenige, der bauen will, ist nicht da, weil er das Gelände nicht hat! Wir haben uns im Ausschuß schon über Baugeländebeschaffung beraten. Ich muß aber sagen, daß man hier sehr wenig Fortschritte gemacht hat. Ich möchte schon bitten, daß auf diesem Gebiete etwas fortschrittlicher und rascher gearbeitet wird.

Es gibt noch eine andere Möglichkeit: den Skowerts- oder den Dachgeschosbau, wie man es nennt. Hier wurde der Hausbesitzer erwähnt, der kein Interesse am Ausbau und dergleichen habe, weil er wieder irgendeine Belastung erführe oder das und jenes. Man hat heute schon oft betont, daß alle Opfer bringen müssen, und ich stehe auf dem Standpunkt: auch der Hausbesitzer muß Opfer bringen. Man spricht heute quasi nur noch vom Hausbesitzer, wenn man diejenigen meint, die ihre Häuser noch haben. Wir haben doch eine große Reihe von Leuten, die auch einmal Hausbesitzer

(Haud Georg [CSU])

waren und heute nicht mehr Hausbesitzer, sondern Besitzer von Ruinen sind. Wir haben aber auch Leute, die einmal ein Haus hatten, das sie heute nicht mehr ihr eigen nennen können, weil sie nicht mehr in ihrer Heimat sind. Auch diese Menschen sind dabei zu berücksichtigen, auch sie haben ein Recht auf eine anständige Wohnung.

Beim Stockwerksausbau glaube ich, daß mit billigem Geld noch etwas getan werden könnte, und zu erörtern wäre hier, ob man nicht angesichts der Verbesserung oder Wertsteigerung des Hauses mindestens auf eine gewisse Zeit auf die Steuer für diese Wertsteigerung Verzicht leisten könnte. In dieser Frage wäre mit den Gemeinden noch zu verhandeln; das Haus steht, dafür wird schon die Haus- und Grundsteuer entrichtet und man bräuchte nur auf die zusätzliche Steuer für einige Jahre verzichten. Damit aber kann ich mich nicht abfinden, daß man glaubt, für den Neuhausbau auf die Haus- und Grundsteuer überhaupt verzichten zu können. Denn bedenken Sie: Die Gemeinden haben eigentlich nur diese eine Steuer, wenn man davon absieht, daß im letzten Jahre die Gewerbesteuer noch hinzukam, die aber für die Gemeinde in der nächsten Zukunft eine sehr fragliche Einkommensquelle ist. Die Haus- und Grundsteuer erbringt die Mittel, mit denen die Gemeinden das, was zu einem Haus gehört, ausbauen und erhalten müssen: Straßen und Wege, Wasserleitung und Stromversorgung, dieses und jenes. Auf die Haus- und Grundsteuer auf Grund eines Gesetzes zu verzichten, würde bedeuten, daß sich der Landtag die Freiheit nimmt, über die finanziellen Mittel der Gemeinden zu entscheiden. Ich möchte hier sagen, daß es zu begrüßen wäre, wenn der Staat sich wieder erlauben könnte, wie das vor 1939 der Fall war, die Haus- und Grundsteuer für Neubauten den einzelnen Besitzern wohl zu erlassen, sie aber vom Staate den Gemeinden zu überweisen. Nicht aber geht es an, daß die Gemeinden die Lasten für die öffentlichen Wege und dergleichen bestreiten, ohne dafür überhaupt Einnahmen zu haben.

Die öffentlichen Bauten werden im Volk draußen sehr stark kritisiert. Ich nehme aber an, daß die Staatsregierung bei der Auftragserteilung für öffentliche Bauten bestimmt nicht über das Maß des unbedingt Notwendigen und Erforderlichen hinausgeht. Das wird draußen nicht immer verstanden. In dieser Hinsicht wäre es notwendig, daß die eigenen Volksvertreter, soweit sie davon überzeugt sind, daß das, was an öffentlichen Bauten noch errichtet wird, unbedingt notwendig ist, auch der Wahrheit die Ehre geben, damit nicht auf diesem Gebiet der ganzen Verwaltung und uns die größten Vorwürfe gemacht werden.

Ich möchte dann noch kurz eines sagen. Man erwähnt immer, welche Einnahmemöglichkeiten es noch gäbe. Vorhin wurde auf den Sport aufmerksam gemacht. Ich bin der Ansicht, daß der Sport das wenige, was er heute noch einnimmt, unbedingt braucht, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Wenn die Eintrittspreise durch eine Abgabe für irgendwelche andere Zwecke noch erhöht werden würden, so würde das eine Verödung der Sportstätten in puncto Publikum bedeuten. Zu unserem großen Glend würde das Glend hinzutreten, daß man der Jugend noch das letzte nimmt, was sie unbedingt zur Gesunderhaltung ihres Körpers und ihres Geistes braucht. Man könnte mit demselben Recht sagen, man wolle eine Schafkopfststeuer als Staats-

steuer einführen; denn da beteiligen sich am Samstag und Sonntag genug Menschen. Übrigens möchte ich dabei betonen, daß vom Sport zur Zeit ein ganz erheblicher Anteil an die Staatskasse abgeführt wird. Man schreibt in der Zeitung immer wieder von den hohen Einkünften aus dem Fußball-Loto. Dort bezahlen gerade die Sportanhänger, ohne überhaupt eine große Möglichkeit zum Gewinnen zu haben. Der Staat streicht aber dabei Geld ein, das die Sportler gerne müssen und das sie dem Staat gar nicht streitig machen wollen, wenn man ihnen einen gerechten Anteil läßt. Man soll nicht immer auf ein Gebiet aufmerksam machen; man soll nicht immer sagen, da sind noch Quellen und dort sind noch Quellen, sondern lieber prüfen, ob diese Quellen auch tatsächlich zu fließen bereit und fähig sind.

Im allgemeinen möchte ich erklären, daß wir nach meiner Meinung in gegenseitiger Oppositionsstellung dieses Problem nie lösen werden; durch gemeinsame Zusammenarbeit hoffe ich aber, daß wir langsam doch einen Schritt vorwärtstommen.

I. Vizepräsident: Als letzter Redner folgt der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer.

Dr. Lacherbauer (CSU): Meine Damen und Herren! Über das Problem, das in der Beilage 2300 angeschnitten ist, wurde heute schon so viel gesprochen, daß es wahrlich müßig wäre, noch Worte darüber zu verlieren oder, wie mein Herr Vorredner sagte, Eulen nach Athen oder — in München würde man besser sagen — Wasser in die Fär zu tragen. Trotzdem bin ich der Meinung, daß noch ein kleiner Beitrag auf diesem Gebiet geleistet werden kann. Zwar wurde schon davon gesprochen, daß das heutige Bauwesen vor allem nicht mehr an der Materialknappheit, sondern am nervus rerum, nämlich am Kapital leidet. Ich weiß aber, daß es Menschen gibt, die bereit sind, ihre letzten Mittel in den Wohnungsbau hineinzustecken, insbesondere dann, wenn sie die Gewißheit haben, daß die Wohnung dann auch zu ihrer Verfügung steht.

Wir stehen ja nicht zum ersten Mal vor dem Problem der Wohnungsnot. Wer die Münchener Wohnungspolitik seit 1910 verfolgt hat, der weiß, daß seit diesem Jahre bereits mindestens bei gewissen Kategorien von Wohnräumen eine Knappheit bestand, und wer die Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg verfolgte, der weiß, daß wir aus dem großen Fehlbedarf an Wohnungen in München und anderen Großstädten überhaupt nicht mehr herausgekommen sind, auch nicht zu einer Zeit, als das Geld nach Beschäftigung suchte. Man erkannte damals, daß nicht nur die positiven Unterstützungshilfen, sondern auch die Befreiung des gesamten wohnungspolitischen Gehabens von gewissen Fesseln dazu dient, dem Wohnungsbau förderlich zu sein. Die Wohnungszwangswirtschaft wurde in einem gewissen Maße für neue Bauten aufgelockert.

Ich komme aus einer Bürgerversammlung in einer Gemeinde, in der ein solcher Versuch unternommen wurde. Ich sage ausdrücklich: gegen die gesetzlichen Bestimmungen; denn wir haben nicht nur Landesvorschriften und nicht nur militärrechtliche Bestimmungen, sondern auch Kontrollratsbestimmungen, die dieser Wohnungspolitik dieser Gemeinde entgegenstehen. Dort machte man den Versuch und erklärte: Wer — selbstverständlich unter Wahrung gewisser sozialpolitischer

(Dr. Lacherbauer [CSU])

Grenzen — aus eigenen Mitteln Wohnraum erbaut, soll von der Wohnungszwangswirtschaft weitestgehend befreit sein.

Meine Damen und Herren, ich will nicht mehr als diesen Gedanken anregen. Unsere heutige Debatte soll ja auch in erster Linie eine Grundlage für die Staatsregierung sein, um an die Vorbereitung des Gesetzgebungswerks zu gehen, das erforderlich ist, um die Wohnungspolitik überhaupt zu aktivieren. Man sehe einmal die Gesetzgebung, den Vollzug und die praktischen Auswirkungen an, die sich auf Grund der sogenannten Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft nach dem Kriege, nach dem ersten Weltkrieg ergeben haben!

Und noch ein zweiter Gedanke, und wenn der Baustein auch noch so klein wäre: Wir müssen ja ab ovo beginnen und uns auch mit kleinen Remeduren behelfen. Ich hörte heute aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs Fischer nach einer vorausgehenden Besprechung mit mir, daß man den Gedanken habe, unsere Bauordnungen endlich einmal den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen. Wir haben ja bekanntlich in Bayern zwei Bauordnungen, nämlich die Landesbauordnung und die Münchener Bauordnung. Als ehemaliger Vorsitzender der Baukommission in München weiß ich, in welchen Schwierigkeiten die Vollzugsorgane angesichts von Bauordnungen sind, die seinerzeit geschaffen wurden, als wir im herrlichsten Überfluß schwammen. Wir können nicht mehr mit Sicherheitskoeffizienten rechnen, die eine Baubehörde einstmals, als auch Wissenschaft und Technik noch nicht so weit fortgeschritten waren, vorgesehen hat, um alle möglichen Gefahren, die vielleicht irgendwie denkbar wären, auszuschließen. Mein Herr Vorredner hat darauf verwiesen, daß es vor allem auch gelte, Dachgeschosse für Wohnzwecke auszubauen. Da können wir nicht mehr nach diesen alten Vorschriften gehen. Hier muß aufgelockert werden, und zwar möglichst bald aufgelockert werden. Man macht den Beamten immer den Vorwurf, daß sie nicht fortschrittlich seien. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rechtsstaat ist der Vollzieher an das Gesetz gebunden und der Gesetzgeber hat die Verpflichtung, dem Vollzieher die Gesetze so zur Verfügung zu stellen, daß der Vollzieher auch zu einem sinnvollen Ergebnis kommt. Solange ihn aber die Gesetze daran hindern, der Zeit entsprechende Einzelverfügungen zu treffen, solange wird man nicht erwarten können, daß es bei uns sowohl auf dem Baumarkt als auch auf anderen Gebieten vorwärtsgeht.

Nun weiß ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrung im öffentlichen Leben, daß man so etwas nicht von heute auf morgen machen kann. Aber man kann eines: Man kann von der obersten Verwaltungsstelle aus den nachgeordneten Dienststellen zu erkennen geben, daß man in Bezug auf die Ausschöpfung von sogenannten Ausnahmemöglichkeiten oder von Privilegien durchaus einen reichlicheren Gebrauch machen soll als bisher. Ich bin nicht der Ansicht, daß man auf diese Art und Weise der Zukunft alles verbaut; ich bin mir aber darüber im klaren, daß die Bausünden der Gegenwart — und das beherzigen Sie bitte auch! — in die Zukunft hineinwirken. Bausünden stehen die Jahrhunderte durch. Wer weiß, welche Schwierigkeiten bestanden haben und bestehen, um Viertel zu beseitigen, die man als Glends-

viertel betrachten und ansprechen muß, und wie schwer es auch psychologisch ist, die Menschen aus diesen Gebieten wegzubringen, der weiß auch, was das bedeutet.

Ich darf also zusammenfassend nochmals ganz kurz meine bescheidenen Hinweise im Rahmen dieser großen Debatte wiederholen: Die Staatsregierung möge sich mit dem Gedanken vertraut machen, unter gewissen Voraussetzungen die Wohnungszwangswirtschaft für Neubauten zu lockern. Sie möge weiterhin bedacht sein, eine solche Bauordnung, die im Gesetzeswege zu erlassen ist, zu schaffen, daß auch mit billigeren Mitteln und rascher gebaut werden kann.

(Beifall.)

II. Vizepräsident: Nun spricht der Herr Innenminister Dr. Anfermüller.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Leiter der Obersten Baubehörde in meinem Ministerium, Herr Staatssekretär Fischer, schloß seine Ausführungen heute früh mit dem Ruf: Zum Bauen brauche ich Geld, Geld und nochmals Geld. Mit Recht haben er und fast alle Redner hier in dieser Debatte hervorgehoben, daß das Bauproblem heute in erster Linie nicht mehr ein Problem des Materials oder der Arbeitskräfte ist, sondern ein Finanzproblem. Heute geht es darum, die Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft in der Arbeit zu halten. Nach meiner Ansicht ist dazu notwendig, den Arbeitslosenversicherungsfond nicht nur dazu zu verwenden, daß dann, wenn die Kräfte arbeitslos geworden sind, kleine Beträge zur Unterstützung ausbezahlt werden können, sondern auch — und hierfür muß ein Weg gefunden werden — diesen Arbeitslosenversicherungsfond dazu zu benutzen, daß die Leute nicht arbeitslos werden, sondern in der Bauindustrie weiterbeschäftigt werden können.

Um Geld beizuschaffen, was in der Bauwirtschaft am notwendigsten ist, hat die Regierung den Vorschlag gemacht, eine Baunotabgabe zu erheben. Die Regierung und die maßgebenden Stellen meines Ministeriums und auch der Bayerische Aufbaurath, der vom Innenministerium ins Leben gerufen wurde, gingen dabei von der Erwägung aus, daß nur bei einer Abgabe, für die Bayern die alleinige Zuständigkeit hat und bei der zu erwarten ist, daß das Geld auch im Lande bleibt, das Problem am besten gelöst werden kann. Wir sahen daher davon ab, zu überlegen, ob etwa auf dem Wege der Vermögen- oder Einkommensteuer irgendein Geldbetrag für den Wohnungsbau hereingebracht werden könnte. Die künftige Zuständigkeit auf diesem Gebiet ist noch nicht geklärt und das Geld würde eventuell zunächst in die Bizone fließen

(Dr. Rief: und dort bleiben!)

— und, wie mir ein Abgeordneter zurief, dort wahrscheinlich auch, wenigstens zu einem größeren Teile, verbleiben. Was wir auf diesem Gebiet von der Bizone zu erwarten haben, haben die bisherigen Verhandlungen und auch die Ausführungen der verschiedenen Redner einschließlich meines Staatssekretärs Fischer gezeigt.

Wir haben aber darüber hinaus nicht nur die Erhebung der Baunotabgabe angeregt — und ich bitte heute schon, wenn das Gesetz Ihnen vorgelegt wird, es sehr rasch zu verabschieden —, sondern wir haben auch den weiteren Vorschlag gemacht, eine Landesbode-

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

bank zu schaffen. Sagen Sie nicht: damit ist noch kein Geld beigebracht! Diese Landesbodenbank, die aus der Landeskulturrentenanstalt erwachsen ist, soll nämlich die Möglichkeit schaffen, das zweit- und drittrangige Geld beizubringen und die Kredite zu geben. Daneben hat sie aber auch die Aufgabe, den staatlichen Wohnungsbaukredit zu verwalten und an die richtige Stelle zu verteilen.

Weder bei den Verhandlungen mit der Bizone, mit Frankfurt, noch hier im Lande selbst ist daneben etwas versäumt worden. Sie haben davon gehört, daß die Aufbauminiſter sämtlicher Länder der Bizone sich wiederholt getroffen haben. Ich war bei den jeweiligen Konferenzen zugegen und habe dort sehr energisch die Interessen gerade des sozialen Wohnungsbauens, insbesondere hier für Bayern, vertreten. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß der soziale Wohnungsbau, dem man in Frankfurt noch nicht das nötige Interesse entgegenbringt, nicht nur notwendig, sondern erstrangig ist und die vordringlichste Stufe einnehmen müßte. Wir haben darüber hinaus verlangt, daß nach Bayern insbesondere mehr Kohle kommen muß, damit Zement und Ziegelsteine in der notwendigen Menge hergestellt werden können und damit auch eine Verbilligung des Bauens eintritt. Außerdem haben wir gefordert, daß die Wiederaufbaubank, von der wir gehört haben, daß sie als Aufbaubank wohl besteht, aber noch keine Gelder zu verteilen hat, zuerst an den sozialen Wohnungsbau denken muß, wenn sie über Gelder verfügt.

Aber auch in Bayern hat das Innenministerium, die Oberste Baubehörde, versucht, sich stark für den Wohnungsbau einzusetzen. Wir haben erst vor wenigen Tagen, und zwar vor der heutigen Debatte, vom Innenministerium aus dem Finanzministerium bzw. dem Ministerrat einen ganz eindringlichen Vorschlag unterbreitet. Gestatten Sie, daß ich Ihnen den Brief vorlese! Dort heißt es unter anderem:

Es ist der für den Wohnungsbau verantwortlichen Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern nicht damit gedient, daß sie, wie bisher, etwa alle Vierteljahre 10 Millionen DM infolge eines Initiativantrags aus einer Partei oder Interessengemeinschaft oder infolge von momentanen Schwierigkeiten in irgendeinem Flüchtlingslager zur Verfügung gestellt bekommt. Auch die noch sehr vage Aussicht auf einige Millionen DM aus der Baunotabgabe wird den Zusammenbruch des Wohnungsbauens und des Baugewerbes und der Bauindustrie nicht verhindern. Das Ziel muß sein, mindestens 30 000 Wohnungen im Jahre zu erbauen, was etwa der Friedenskapazität des bayerischen Baugewerbes und der bayerischen Bauindustrie entspricht. Hierfür werden rund 300 Millionen DM benötigt. Es wird angenommen, daß ein Drittel immerhin noch aus I. Hypotheken, Arbeitgeberdarlehen, sonstigen privaten Mitteln usw. aufgebracht werden kann. Die restlichen 200 Millionen DM wird der Staat in irgendeiner Form zur Verfügung stellen müssen,

(Beifall bei der SPD)

damit die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern sofort in die Lage

gesetzt wird, Zusagen bis zu dieser Gesamtsumme zu machen. Diese Zusagen müssen jetzt sofort ausgesprochen werden. Die Bausaison dauert in Bayern normalerweise nur 6 Monate. Großbauprojekten, von denen allein eine Verbilligung der Kosten zu erwarten ist, können nur aufgezogen werden, wenn ein Gesamtprogramm vorliegt. Der Abruf der Mittel wird sich aber, wie die Erfahrung bei der Stiftung sowohl wie bei den Krediten für die An- und Umsiedlung von Flüchtlingen zeigt, über ein Jahr erstrecken.

Für die Deckung werden im Laufe des Jahres bereitstehen: Mittel aus der Baunotabgabe, Mittel aus dem Lastenausgleich und Mittel der Aufbaubank. Schließlich ist zu erwarten, daß die Wohlfahrtsleistungen nach dem Inkrafttreten des Lastenausgleichs ganz erheblich unter die Ansätze des Stats zurücksinken werden. Sollten trotz aller Erwartungen diese Quellen versagen, so wird vorgeschlagen, eine allgemeine durchschnittliche Etatkürzung um 5 Prozent zugunsten des Wohnungsbauens vorzunehmen.

(Lebhafter Beifall insbesondere bei der SPD.)

Es muß dokumentiert werden, daß die Regierung gewillt ist, den sozialen Wohnungsbau auch unter Hintanstellung sonstiger dringender Bedürfnisse vorwärtszutreiben. Deshalb hat die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in der Konferenz der Aufbauminiſter vom 28. Januar 1949 in meiner Gegenwart Richtlinien für die Förderung des Wohnungsbauens einstimmig angenommen, die feststellen, daß der Wohnungsbau zur Zeit lediglich ein Finanzierungsproblem ist und daß durch die Währungsreform sowohl Länder- und Gemeindehaushalte wie auch der Kapitalmarkt vollkommen außer Kraft gesetzt wurden. Es müssen daher, so heißt es in dieser Resolution weiter, in den Vorschlägen für 1949 mindestens 5 Prozent der Gesamtausgaben für die Förderung des sozialen Wohnungsbauens eingesetzt werden.

Soweit der Brief, der an den Herrn Finanzminister und in Abschrift an den Herrn Ministerpräsidenten ging. Sie mögen daraus ersehen, daß das Innenministerium und die Oberste Baubehörde die Probleme erkannt und schon vor der heutigen Debatte die nötigen Wege aufgezeigt haben.

Es ist interessant, daß hier zahlenmäßig und sinngemäß fast die gleichen Vorschläge gemacht und die gleichen Anregungen gegeben worden sind, die der Herr Abgeordnete von Knoeringen heute früh dem hohen Hause vorgetragen hat. Er hat heute früh auch davon gesprochen, daß auf dem Baufaktor eine größere Zusammenfassung Platz greifen müßte und daß eine eigene Behörde, ein Sonderministerium vielleicht, die richtigste oder nach seiner Meinung beste Lösung sei. Daß eine Koordination auf dem Baufaktor im strengsten Sinn des Wortes erfolgen muß, ist vollkommen klar, schon deshalb, weil nicht nur Probleme des sozialen Wohnungsbauens gelöst werden müssen. Es darf vielmehr auch der Straßenbau, der übrige Hochbau usw. nicht vernachlässigt werden. Wir müssen vor allem daran denken, daß uns alles nichts nützt und daß all die

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

anderen Pläne erfolglos sind, wenn wir nicht auch den Energiebau vorwärtstreiben und finanzieren können. Aber meine Meinung ist, daß nicht durch die Schaffung einer neuen Behörde das Problem gelöst und das Geld beigebracht wird; denn auch ein neues eigenes Ministerium müßte mit den anderen Ministerien zusammenarbeiten, weil nicht alle mit dem Bauproblem zusammenhängenden Fragen aus diesen anderen Ministerien herausgelöst und in einem einzigen Ministerium zusammengefaßt werden können. Dieses neue Ministerium, das hier gefordert wird, könnte eine Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, dem Landwirtschaftsministerium, dem Arbeitsministerium und insbesondere mit dem Finanzministerium nicht entbehren.

Wie ich schon betont habe, ist also das einzige, was hier mit Recht gefordert werden kann, eine noch stärkere Koordinierung. Von diesem Gedanken ging man aus, als man seinerzeit, vor einem Jahre etwa, den gesamten Aufbau, auch den Wohnungsbau, in das Innenministerium hinübernahm, wo schon das Flüchtlingswesen, also der Sektor, der mit am stärksten an der Wohnraumbeschaffung interessiert ist, eingegliedert ist. Sonderbehörden können meist nicht das Beste leisten. Ihr Einbau in die allgemeine Verwaltung ist meist der beste Weg, um das Ziel am raschesten zu erreichen.

Zudem ist noch folgendes zu erwägen: Jede neue Organisation kostet auch wieder Geld. Nach meiner Meinung muß aber die Verwaltung nicht nur auf diesem Sektor, sondern auf allen Sektoren noch viel billiger arbeiten. Es muß der Grundsatz gelten, daß der Aufwand für die Verwaltung möglichst gering ist, damit um so höhere Aufwendungen für die Sachleistungen ermöglicht werden.

Eine Verbesserung in der Koordinierung werde ich im Rahmen des Möglichen noch anstreben, kann aber den Damen und Herren des hohen Hauses sagen, daß die Zusammenfassung sämtlicher Bauaufgaben in Bayern im Gegensatz zu allen anderen Ländern, auch zu denen, die einen eigenen Wiederaufbauminister haben, am besten ist. Dort sind auch in diesen Wiederaufbauministerien manche Probleme des Aufbaues noch nicht mit erfaßt, wie immer wieder von den einzelnen Vertretern der anderen Länder gesagt wird, die mit Reid auf die Zusammenfassung sämtlicher Bauprobleme im Bayerischen Innenministerium, in der Obersten Baubehörde, schauen.

Mit Recht hat der Herr Abgeordnete von Knoeringen heute früh darauf hingewiesen, daß die Schaffung von Wohnblocks, von großen neuen Wohngebäuden, der Bevölkerung gegenüber am überzeugendsten wirken würde. Das würde nämlich ins Auge fallen und sofort als eine Leistung erkannt werden. Aber gestatten Sie mir, daß ich auch hierzu etwas sage! Heute muß überall der Spargedanke in erster Linie beachtet werden. Der Grundsatz muß sein, rasch und billig möglichst viel Wohnraum zu schaffen, ohne daß neue Straßen anzulegen, neue Kanalanalüsse zu bauen, neue Wasserleitungen zu legen und neue Stromanschlüsse durchzuführen sind. Die Frage ist: Wie kann ich am besten das Vorhandene ausnützen? Deshalb ist heute die erste Forderung: Ausbau der zerstörten Ruinen; denn hier sind die Straßen, die Kanäle und die erforderlichen Anschlüsse schon vorhanden. Wenn wir hier nicht rechtzeitig

ausbauen, geht uns auch immer mehr Volksvermögen verloren, viel mehr, als wir durch den Neubau von Wohnblocks schaffen können. Propagandistisch ist dies allerdings sehr undankbar, aber auf diese Notwendigkeiten muß immer wieder hingewiesen werden, damit man auch draußen versteht, warum man nicht für das Auge wirksamere Leistungen vollbringen kann.

Trotzdem ist die Anregung, die von der linken Seite des Hauses hier gebracht worden ist, von uns schon längst berücksichtigt. Es wird nicht überall am kleinen Fleck nur gebaut, sondern es ist angeregt und durchgeführt worden, daß Brennpunkte des Wohnungs- und Aufbaues geschaffen werden. Ich nenne nur die Städte Augsburg, Nürnberg, Schweinfurt und Obernburg, um einige dieser Brennpunkte herauszugreifen.

(Dr. Rief: Und Regensburg!)

Verschiedene Redner haben heute auch schon darauf hingewiesen, daß die Leistungen, die seit 1945 zu verzeichnen sind, immerhin nicht unbeachtlich sind. Ich zähle sie nicht deswegen auf, weil wir damit zufrieden wären. Aber es ist immerhin eine Leistung, wenn Bayern sagen kann, daß im Jahre 1948 24 000 Neubauwohnungen und ausgebaute Wohnungen hergestellt werden konnten, wenn man berücksichtigt, daß die Friedensleistung, wo Geld und Baustoffe keine Probleme waren, nur 30 000 Wohnungen im Jahr betrug. Dies ist eine Zahl, die sich sehr wohl mit den Bauleistungen beispielsweise einiger Nachbarländer vergleichen läßt, die nicht nur an Einwohnerzahl größer sind als Bayern, sondern die darüber hinaus auch das Glück haben, zu den Siegerstaaten zu gehören und noch über entsprechenden Kolonialbesitz zu verfügen.

Auch der Aufbaurat ist heute früh schon erkennend erwähnt worden. Der Aufbaurat hat seit seiner Gründung schon Beachtliches geleistet, indem er Probleme klärte und vorwärtstriebe und die entsprechenden Vorschläge machte. Dieser Aufbaurat hat vor allem bei der Ausarbeitung der Pläne in der Frage mitgewirkt, wo die Brennpunkte für den Aufbau zu bilden sind. Und ich kann Ihnen sagen, daß noch in diesem Frühjahr die endgültige Lösung auf diesem Gebiete herauskommen wird.

Aber mit Reden wird nicht gebaut und kommen wir nicht vorwärts.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich bin Ihnen trotzdem sehr dankbar, daß Sie diese Debatte heute angeregt haben und daß diese so, sagen wir, anregend und friedlich verlaufen ist.

Besonders dankbar bin ich aber dafür, daß Sie mir Gelegenheit gaben, auch Ihnen und darüber hinaus der Allgemeinheit einige Bitten zu unterbreiten. Diese sind vor allem: Helfen Sie mit, unser Volk über die Größe des Zusammenbruchs aufzuklären! Helfen Sie weiter mit, darüber aufzuklären, daß es deshalb nicht von heute auf morgen besser werden kann und daß nicht gleich alles geschehen kann! Helfen Sie mit sorgen, daß das Volk weiß, der Staat ist nicht eine fremde Körperschaft, sondern der Staat sind wir alle und dieser Staat kann nicht alles allein schaffen! Die Privatinitiative muß vielmehr wieder angeregt und in den Vordergrund gestellt werden. Mit Recht hat der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer vorhin darauf hingewiesen, daß durch die Lockerung in der Wohnungszwangswirtschaft, insbesondere bei dem Ausbau von Dach-

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

geschossen, ein gewisser Anreiz für die Bauinitiative gegeben wurde, weil der Bauherr davon gewisse Vorteile für seinen Wohnungsbedarf hat. Dieser Weg ist richtig, er ist vom Ministerium auch schon beschritten. Ich erinnere daran, daß schon vor einigen Monaten eine diesbezügliche Anweisung und Anordnung von meinem Ministerium erlassen wurde. Klären Sie darüber hinaus Volk und Allgemeinheit dahin auf, daß im Rahmen des großen Zusammenbruchs immerhin schon ein gewisses Vorwärtkommen zu begrüßen und festzustellen ist! Dies ist also meine erste Bitte: aufzuklären.

Und meine zweite Bitte: Hulldigen Sie dem Grundsatz der Aufklärung nicht nur hier in diesem Hause, sondern draußen in der Tat, auch in den Versammlungen, in der Presse und im Rundfunk, damit nicht nur in diesem Hause gesagt wird: die wichtigste Propaganda ist die Leistung und nicht die Rede, und damit erkannt wird, daß derjenige, der eine Leistung vollbringen will, meist keine Zeit zum Reden hat.

Mit Recht hat der Herr Abgeordnete von Aroeringen heute gesagt: Nicht Kritik kann der Regierung, kann dem Staate, kann dem Volke, kann uns allen helfen, sondern nur die Aufklärung über die Schwierigkeiten und Einsicht in die Zusammenhänge, der Aufruf zur Zusammenarbeit und vor allem die Zusammenarbeit selbst.

Ich stimme dem hohen Hause auch zu, einen Unterausschuß zu bilden. Bilden Sie diese Arbeitsgemeinschaft und helfen Sie aktiv an der Erkenntnis und der Lösung der Probleme mit! Genehmigen Sie die Anträge und Vorschläge der Regierung, haben Sie aber jetzt zunächst Verständnis für die Einsparungsmaßnahmen bei den Staiberatungen! Es darf dann allerdings nicht bei jedem Einsparungsvorschlag der Einwand kommen: hier darf nicht eingespart werden! Sonst sind wir am Ende so weit, daß wir keinen Weg finden, um die 5prozentige Einsparung durchzusetzen und den Wohnungsbau zu finanzieren.

Schaffen Sie auch entsprechende Gesetze! Ich schließe mich hier der Ansicht des Herrn Abgeordneten Dr. Lachsbauer an, daß es nicht die Behörden allein in der Hand haben, sondern daß der Gesetzgeber hier sehr gut den Behörden zur Seite treten kann. Schaffen Sie vor allem Mittel! Darauf kommt es an; denn nur dann kann der Wohnungsbau vorwärtgetrieben werden.

Lassen Sie mich schließen, meine sehr verehrten Damen und Herren des hohen Hauses, mit einem Versprechen und einer Bitte! Mit dem Versprechen: Wir von der Staatsregierung, das Innenministerium und die Oberste Baubehörde, werden weiter alles tun, um für den Aufbau und den Wohnungsbau das Menschenmögliche zu leisten. Und mit der Bitte, die ich an Sie, an die Allgemeinheit, an unser bayerisches Volk und darüber hinaus an die ganze Welt richte: Wir brauchen weniger Pläne, Anregungen und Kritik, wir brauchen mehr Möglichkeiten, Freiheiten, Vertrauen und Kredit!

(Lebhafter Beifall.)

I. Vizepräsident: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag des Ausschusses ist auf Beilage 2300 niedergelegt.

(Trettenbach: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Trettenbach.

Trettenbach (CSU): Da das Wohnungsbauprogramm nicht allein ein wirtschaftliches, sondern auch ein soziales Programm ist, an dem der Sozialpolitische Ausschuß wesentlich interessiert ist, stelle ich im Einvernehmen mit den Ausschußmitgliedern aller Fraktionen den Antrag, daß der in Beilage 2300 beantragte kombinierte Ausschuß durch 7 Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses ergänzt wird.

I. Vizepräsident: Wenn ich den Herrn Abgeordneten richtig verstehe, soll dieser Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuß noch einmal zugeleitet werden?

Trettenbach (CSU): — Nein, der kombinierte Ausschuß, der in Beilage 2300 beantragt ist und der aus Mitgliedern des Staatshaushalts- und des Wirtschaftsausschusses zusammengesetzt ist, soll durch 7 Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses ergänzt werden.

I. Vizepräsident: Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle dies fest.

Wer nun für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 2300 mit der soeben beschlossenen Ergänzung ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Entwurf eines Gesetzes über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Beilage 2299).

Ich schlage dem hohen Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. Widerspruch erfolgt nicht. — Es ist so beschlossen.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Winkler. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat am 10. März 1949 den Entwurf eines Gesetzes über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt beraten. In der allgemeinen Aussprache wurden zunächst die Gründe besprochen, die zur Umgestaltung der Bayerischen Landeskulturrentenanstalt geführt haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Anstalt im Jahre 1884 als reines Agrarkreditinstitut gegründet und ihr Aufgabentkreis im Jahre 1900 auf Wasserversorgungsunternehmungen und die Elektrizitätsversorgung ausgedehnt wurde. Von besonderer Wichtigkeit sei das Jahr 1908 gewesen, in dem die Anstalt mit der Gewährung nachstelligen Kredits für gemeinnützige Wohnungsbauten betraut worden sei. Im Jahre 1916 sei ihr auch die Siedlungsfinanzierung übertragen worden. Da der Geschäftsumfang der Anstalt immer mehr zunahm, habe die ursprüngliche Verfassung der Anstalt nicht mehr genügt. Sie sei daher im Jahre 1929 bankmäßig organisiert und mit eigener juristischer Persönlichkeit ausgestattet worden. Das Gesetz vom Jahre 1929 habe sich durchaus bewährt. Die Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 20 Jahren

(Dr. Winkler [CSU])

und insbesondere die großen Aufgaben, die auf dem Gebiete der Wohnungsbaufinanzierung zu leisten seien, machten jedoch eine Umgestaltung der Anstalt erforderlich.

Ziel des Gesetzentwurfes sei, die gesamten langfristigen Darlehen des bayerischen Staates in einer Hand zusammenzufassen und auf diese Weise einerseits die Verwaltungsarbeit zu vereinfachen, andererseits die finanzielle Kraft der Anstalt zu stärken. Der so geschaffene große Darlehensstock könne sodann die finanzielle Grundlage für eine großzügige Bürgschaftsleistung für den nachstelligen Wohnungsbaukredit bilden. Außerdem sollten die modernen technischen Erfahrungen, insbesondere auf dem Gebiete des Schuldbuchverkehrs verwertet werden. Die landwirtschaftlichen Aufgaben der Anstalt würden in gleicher Weise wie bisher fortgeführt werden. Hier seien wenig Änderungen veranlaßt, weil sich diese Aufgaben in den 65 Jahren des Bestandes der Anstalt vollständig eingespielt hätten.

In der Einzelberatung wurde bei Art. 1 darauf hingewiesen, daß die Landesbodenkreditanstalt künftig wegen der sehr hohen finanziellen Beteiligung des Staates der Aufsicht des Staatsministeriums der Finanzen unterstehen solle. Auf Anfrage wurde von Regierungsseite erklärt, daß in Abs. III durch die Worte „die im öffentlichen Interesse liegen“ zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß die Anstalt nicht in Wettbewerb zu den privaten Geldinstituten treten, sondern die besonderen Aufgaben erfüllen solle, die wegen des engen Zusammenhangs mit Verwaltungsaufgaben oder wegen geringer Verdienstmöglichkeit nicht von den privaten Geldinstituten übernommen werden könnten. Man trenne sich ungern von der bisherigen Firma „Bayerische Landeskulturtenantanstalt“. Diese Bezeichnung sei aber irreführend, die Anstalt werde vielfach als Versicherungsunternehmen angesehen. Zu Art. 1 Abs. III Satz 2, wo es heißt: „Sie ist ein Organ der staatlichen Wohnungspolitik“, wurde vom Regierungsvertreter die Anfrage eines Ausschußmitgliedes dahin beantwortet, daß dieser Ausdruck im Sinne des Gemeinnützigkeitsgesetzes zu verstehen sei. Es wurde daher beschlossen, diesem Satz noch die Worte „im Sinne des Gemeinnützigkeitsgesetzes“ beizufügen.

Zu Art. 2 wurde mitgeteilt, daß das bisherige Grundkapital der Anstalt voraussichtlich auf etwas mehr als 1 Million DM umgestellt werde. Zu diesem Betrag kommt der Bestand der Stiftung zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues in Bayern in Höhe von 6 Millionen DM sowie der Bestand des Landeswohnungsfürsorgefonds hinzu. Dieser belaufe sich zur Zeit auf 20 637 000 DM Baudarlehensforderungen und 589 000 DM Bankguthaben. Da aber diese Darlehensforderungen größtenteils sehr gering verzinslich seien und ein nicht unerhebliches Wagnis in sich schlossen, könne der tatsächliche Wert des Landeswohnungsfürsorgefonds nur auf ungefähr zwei Drittel seines Nennbetrags geschätzt werden. In Art. 2 Abs. I der Regierungsvorlage war vorgesehen, daß das Staatsministerium der Finanzen das Grundkapital erhöhen und weitere Vermögensbestände auf die Anstalt übertragen könne. Hiegegen wurden aus Kreisen des Ausschusses Bedenken erhoben, weil hiedurch das Budgetrecht des Landtags ausgeschaltet werde. Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuß, dem Satz folgenden Wortlaut zu geben: „Mit Zustimmung

des Landtags kann das Grundkapital erhöht und können weitere Vermögensbestände auf die Anstalt übertragen werden.“

Zu Art. 3 erklärte der Regierungsvertreter: Unter „beteiligten Wirtschaftskreisen“ seien die Organe der Wirtschaft zu verstehen, die von der Anstalt finanziert werden. Auf Antrag eines Ausschußmitgliedes wurde beschlossen, in Art. 3 Abs. III Satz 1 und in Art. 4 Abs. I Satz 1 nach dem Wort „Gemeinden“ die Worte „und Gemeindeverbände“ einzufügen.

Bei Art. 4 wurde festgestellt, daß unter Hauseigentümern auch die Baugenossenschaften zu verstehen seien. Die 9 Artikel des I. Abschnitts des Gesetzentwurfes wurden sodann ohne weitere Debatte angenommen.

Beim II. Abschnitt „Landesbodenbriefe und Schuldbuchforderungen“ wurde zu Art. 10 gefragt, ob eine Grenze für den Umlauf der Landesbodenbriefe bestehe. Hierauf erwiderte der Regierungsvertreter, daß eine besondere Emissionsgenehmigung erforderlich sei, soweit es sich um Inhaberschuldschreibungen handle. Im übrigen bestehe lediglich die Begrenzung durch Art. 16. Ausschußmitglied Dr. Hoegner machte darauf aufmerksam, daß Abs. II des Art. 10 eine lex imperfecta sei, weil für Übertretungen keine Strafe angedroht sei. Es wurde aber von einer Ergänzung des Entwurfs abgesehen, weil auch im Hypothekenspfandrecht eine Strafbestimmung für eine ähnliche Anordnung nicht bestehe.

Zu Art. 17 wurde betont, daß durch die Ausführung der Darlehenszwecke der landwirtschaftliche Aufgabenbereich der Anstalt stärker hervortrete. Auf die Anfrage, ob Wohnungsbaudarlehen auch zur Senkung der Mieten gegeben werden, erklärte der Regierungsvertreter, Ministerialrat Dr. Woerner, daß verbilligte Darlehen gegeben werden könnten. Dadurch senke sich von selbst die Wohnungsmiete. Zu der Aufzählung in Art. 17 bemerkte der Regierungsvertreter, daß sie keine Rangordnung darstelle. Auf die Frage eines Ausschußmitgliedes, ob auch für die Flurbereinigung Darlehen gegeben werden könnten, wurde auf die Worte „Umlegung landwirtschaftlichen Bodens“, in Buchst. a) verwiesen.

Bei Beratung des Art. 19 erkundigte sich ein Ausschußmitglied nach dem Rechtscharakter der Darlehen. Der Regierungsvertreter erwiderte, im vorliegenden Gesetzentwurf sei eindeutig klargestellt, daß es sich um bürgerlich-rechtliche Rechtsverhältnisse handle. Nach dem bisherigen Gesetz seien Zweifel möglich gewesen, weil die Zuständigkeit zur Entscheidung von Streitigkeiten auch über Darlehensverhältnisse dem Verwaltungsgericht übertragen gewesen sei. Nun sei aber die verwaltungsgerichtliche Zuständigkeit beseitigt und damit der bürgerlich-rechtliche Charakter der Darlehen einwandfrei festgestellt. Außerdem wurde gefragt, wie hoch die Tilgung der Darlehen sein müßte. Hierauf wurde erwidert, die Tilgung betrage bei Wohnungsbaudarlehen in der Regel ein Prozent, bei Darlehen für landwirtschaftliche Kulturunternehmen in der Regel ein bis zwei Prozent. Höhere Tilgungssätze würden aber auf Wunsch der Schuldner jederzeit zugestanden werden. Die Höhe der Zinssätze passe sich den Verhältnissen des Kapitalmarktes an. Auf die Anfrage des Berichterstatters nach der Höhe der aus den valorisierten Hypotheken bis zur Stunde eingegangenen Beträge wurde mitgeteilt, daß bisher etwas über 17 Millionen DM eingegangen

(Dr. Winkler (CSU))

feien. Weiter wurde gefragt, ob die valorisierten Grundschuldzinsen der Anstalt zugewiesen würden. Diese Frage wurde verneint. Die Zinsen aus den Grundschulden fließen nicht in die Anstaltskasse, sondern bilden eine besondere Masse, aus der Darlehen für den Wohnungsbau gegeben werden.

Zu Art. 28 wurde die Frage, warum die Bauspar-Kassen von der Verbürgung ausgeschlossen seien, dahin beantwortet, daß sie typische Geldgeber für nachstellige Hypotheken seien und auch in den Reichsbürgschaftsbestimmungen von der Verbürgung ausgeschlossen gewesen seien. Weiter wurde zu Art. 28 bemerkt, daß die Gemeinden lieber die Bauten selber übernehmen als der Anstalt die Hälfte der zu bewirkenden Leistungen ersetzen. Hierauf erklärte der Regierungsvertreter, daß dagegen natürlich keine Bedenken bestünden, aber bereits von verschiedenen Städten Anträge auf Genehmigung von Bürgschaftsleistungen für Wohnungsbauten gestellt worden seien und die Gemeinden durch Art. 28 eine Entlastung hinsichtlich der Hälfte der Bürgschaftsverpflichtungen erfahren würden.

Bei Art. 29 wurde betont, daß dieser Artikel lediglich zur Geschäftsvereinfachung aufgenommen worden sei. Würde er im Gesetz fehlen, so müßten weitläufige Berechnungen vorgenommen werden, um die Deckung der Bürgschaftsleistungen fortlaufend sicherzustellen. Das vereinfachte Verfahren des Art. 29 erfülle vollständig den Zweck, dem es diene, er spare aber andererseits eine Menge unwirtschaftlicher Arbeit.

Bei Art. 34 wies der Regierungsvertreter darauf hin, daß es sich hier teils um Verwaltungsgeschäfte für den Staat und andere öffentliche Körperschaften, teils um Hilfsgeschäfte für die Anstalt handle.

Art. 35 soll nach Angabe des Regierungsvertreters ein möglichst einfaches Verfahren für die grundbuchmäßige Behandlung des Rechtsübergangs vorsehen.

Die Notwendigkeit des Art. 36 wurde damit begründet, daß vielfach in Darlehensverträgen bestimmt sei, daß die Rückzahlung von Darlehen auch in Landes-kulturrentenbriefen zulässig sei. Hier müsse eine Übereinstimmung zwischen den Landes-kulturrentenbriefen und der Deckungsgrundlage bestehen. Infolgedessen sei es nicht möglich, ohne weiteres an die Stelle von Landes-kulturrentenbriefen Landesbodenbriefe treten zu lassen.

Auf Anfrage wurde zu Art. 37 ausgeführt, es sei aus Geschäftsvereinfachungsgründen davon abgesehen worden, den Übergang der staatlichen Baudarlehen von der Staatsschuldenverwaltung auf die Landesbodenkreditanstalt vorzusehen. Diese Darlehen hätten sich infolge der Währungsumstellung auf ein Zehntel verringert und seien zum großen Teil bereits zurückbezahlt. Die Übertragung der Verwaltung dieser Darlehen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, der nicht im angemessenen Verhältnis zu dem Wert der Darlehen stünde. Es stehe aber fest, daß die Eingänge aus diesen Darlehen der Anstalt zufließen. Auf Antrag des Berichterstatters wurde in Art. 38 als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes der 1. April 1949 eingesetzt.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Gesetzesentwurfs wurde von verschiedenen Rednern vorgeschlagen, einen Teil der Mittel der Stiftung zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues in Bayern zur Erhöhung des Grundkapitals einiger anderer Ban-

ken zu verwenden. Hiegegen wurde aber insbesondere vom Finanzministerium und einigen Ausschußmitgliedern eingewendet, daß es zwar Aufgabe des Staates sei, dafür zu sorgen, daß wichtige Kreditinstitute auch künftig ihre Aufgaben erfüllen könnten, daß aber diese Frage nicht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf gelöst werden könne. Der Zweck des Gesetzes werde teilweise vereitelt, wenn das Grundstockvermögen der Anstalt geschmälert und ihre finanzielle Kraft dadurch geschwächt werde. Außerdem sei es bei den heutigen Verhältnissen nicht vertretbar, die ohnehin beschränkten Mittel für den Wohnungsbau noch weiter zu verringern und endlich beständen verfassungsrechtliche Bedenken, Grundstücksvermögen des Staates für andere Zwecke abzugeben. Es wurde den beteiligten Banken anheimgestellt, der Staatsregierung oder dem Landtag Vorschläge für Hilfsmaßnahmen einzureichen. Die Vorschläge würden von den beteiligten Stellen wohlwollend geprüft werden.

Bei der Schlußabstimmung wurde der Gesetzesentwurf in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse einstimmig angenommen. Ich bitte das hohe Haus, dem Ausschlußantrag beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Lacherbauer (CSU): Meine Damen und Herren! Mich veranlaßt Art. 27 des Gesetzesentwurfs, das Wort zu ergreifen. Dieser Artikel betrifft das *Wolffrecht* dieser öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Mit Rücksicht auf diese Bestimmung habe ich im Ausschuß an den Herrn Regierungsvertreter die Frage gestellt, welchen Rechtscharakter die Rechtsverhältnisse besitzen, die durch den Darlehensvertrag bzw. durch die Bürgschaftsübernahme begründet werden. Wenn man nämlich Art. 27 vor sich hat, könnte man zu der Auffassung kommen, daß es sich dabei um öffentlich-rechtliche Ansprüche handelt; denn im allgemeinen steht das Vollstreckungsrecht nur den Körperschaften des öffentlichen Rechts bezüglich öffentlich-rechtlicher Ansprüche zu, insbesondere den Gebietskörperschaften. Ich habe vom Regierungsvertreter auf meine Anfrage die Auskunft bekommen, daß die Rechtsverhältnisse, die zwischen der Anstalt und den Darlehensnehmern begründet werden, zivilrechtlichen Charakter tragen, daß sie also absolut der Rechtspfrender ordentlichen Gerichte unterliegen. Ich sehe mich veranlaßt, auf diese Tatsache besonders hinzuweisen und festzustellen, daß aus dem Hause kein Widerspruch geltend gemacht wird, damit beim späteren Vollzug dieses Gesetzes keine irrige Auslegung erfolgt.

I. Vizepräsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur *Abstimmung* über den Gesetzesentwurf.

Ich rufe auf den I. Abschnitt „Verfassung der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt“. Art. 1, Rechtsform. Zu Art. 1 liegt ein Antrag des Haushaltsausschusses vor, dem Art. 1 Abs. III die Fassung zu geben, wie sie in Beilage 2299 angeführt ist. Wer dem Art. 1 in der vom Ausschuß beantragten Fassung zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

(I. Vizepräsident)

Ich rufe auf Art. 2, Grundkapital und Rücklagen. Zu Art. 2 Abs. I liegt ein Abänderungsantrag des Haushaltsausschusses vor, der sich ebenfalls in Beilage 2299 findet. Wer dem Art. 2 in der vom Ausschuss beschlossenen abgeänderten Fassung zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich stelle auch hierzu die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Art. 3, Organe. Hiezu liegt ebenfalls ein Abänderungsantrag des Haushaltsausschusses vor, nämlich in Art. 3 Abs. III Satz 1 und in Art. 4 Abs. I Satz 1 nach dem Wort „Gemeinden“ die Worte „und Gemeindeverbände“ einzufügen. Außerdem liegt noch ein Abänderungsantrag vor, und zwar dahin lautend:

Der Verwaltungsrat besteht aus fünf Vertretern der Staatsministerien, fünf Vertretern des Gemeindefonds, fünf Vertretern der Gemeindeverbände, einem Vertreter des Bayerischen Aufbaurats, einem Vertreter der bayerischen Gewerkschaften und vier Vertretern der beteiligten Wirtschaftskreise.

(Dr. Hundhammer: Dieser Antrag ist nicht in den Beilagen enthalten.)

— Nein, er ist mir hier vorgelegt worden.

(Dr. Hundhammer: Von wem geht er aus? Er ist hier nicht bekannt.)

— Vom Abgeordneten Zietzsch und Fraktion. In Art. 3 Abs. III des Gesetzentwurfs ist etwas allgemein gesagt: „Der Verwaltungsrat besteht aus Vertretern der Staatsministerien...“ usw. Ich glaube, es wird sich kaum ein Widerspruch dagegen erheben, daß man gleich die bestimmte Anzahl der Vertreter einsetzt.

(Dr. Hundhammer: Ich bitte ums Wort.)

— Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Meine Fraktion kann diesem Antrag nicht zustimmen. Er müßte erst in seinen Auswirkungen geprüft werden. Der Antrag kommt jetzt zu überraschend. Wenn er im Einklang mit dem steht, was bei den Beratungen gewollt war, so kann ihm in den Ausführungsbestimmungen Rechnung getragen werden.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zietzsch.

Zietzsch (SPD): Dann wird es allerdings notwendig sein, daß die Sache nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen wird. Wir legen Wert darauf, daß die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder bereits durch das Gesetz festgelegt und nicht den Ausführungsbestimmungen überlassen wird. Ich stelle deshalb den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, die ganze Vorlage an den Ausschuss zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich bitte den Herrn Staatssekretär der Finanzen, sich zu äußern, ob er auf die rasche Verabschiedung des Gesetzes großen Wert legt.

Staatssekretär Dr. Müller: Wir würden Wert auf die Erledigung des Entwurfs legen. Man könnte die betreffende Bestimmung auch in die Satzung aufnehmen.

Dr. Hundhammer (CSU): Nachdem der Herr Staatssekretär der Finanzen auf die rasche Verabschiedung des Gesetzes Wert legt, stelle ich den Antrag, das Gesetz zu verabschieden und diese Bestimmungen, wie ich schon vorgeschlagen habe, in die Ausführungsbestimmungen zu verweisen, wenn das Finanzministerium der Auffassung ist, daß sie im Einklang mit dem Willen des Gesetzgebers steht.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Ich glaube, daß eine Vereinigung der Meinungen ganz gut in der Weise erfolgen kann, daß wir jetzt das Gesetz verabschieden und zugleich ein Antrag gestellt wird: Die Staatsregierung wird beauftragt, in den Ausführungsbestimmungen den einzelnen Organisationen sojndso viele Vertreter zuzuwiesen.

Ein solcher Antrag, daß den Ausführungsbestimmungen diese Ergänzung eingefügt wird, müßte aber zuerst im Ausschuss beraten werden; er kann nicht jetzt sofort zum Beschluß erhoben werden.

(Dr. Hundhammer: Der Antrag wird also in den Ausschuss verwiesen und das Gesetz jetzt verabschiedet.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Das Gesetz gibt der Staatsregierung derart weitgehende Vollmachten, daß ich es für unbedingt nötig halte, daß für die Ausführungsbestimmungen die Genehmigung des Landtags eingeholt wird. Wir sollten deshalb bei der Erwähnung der Ausführungsbestimmungen am Schlusse des Gesetzes die Worte einfügen: „mit Genehmigung des Landtags“. Wir können dann noch auf verschiedene Fragen, insbesondere auf die Frage, ob der Landtag im Verwaltungsrat vertreten sein soll, zurückkommen und uns das bis dahin überlegen. Im Augenblick läßt sich eine solche Entscheidung nicht aus dem Handgelenk treffen.

(Dr. Hundhammer: Einverstanden!)

I. Vizepräsident: Das hohe Haus ist mit dem Vorschlag des Abgeordneten Dr. Hoegner einverstanden. Ich stelle das fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Art. 3, und zwar in der vom Staatshaushaltsausschuss beantragten Fassung. Wer dafür ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses hiezu fest.

Wir kommen zu Art. 4, Bürgschaftsbeirat. In Art. 4 sollen, wie wir schon vorhin beschlossen haben, in Abs. I Satz 1 nach dem Wort „Gemeinden“ die Worte „und Gemeindeverbände“ eingefügt werden. Es erhebt sich gegen diese Fassung kein Widerspruch. — Ich stelle die Annahme von Art. 4 mit dieser Ergänzung ausdrücklich fest.

Wir kommen zu Art. 5, Arbeitskräfte. Dazu liegen keine Abänderungsanträge vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Art. 6, Geschäftsführung. Auch hier liegen keine Abänderungsanträge vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

(I. Vizepräsident)

Es folgt Art. 7, Aufsicht. Auch hier liegen keine Abänderungsanträge vor. — Ich stelle mangels Widerspruch die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 8, Abgaben, Gebühren. Die Bestimmung bleibt unverändert. Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Zustimmung des Hauses zu Art. 8 fest.

Art. 9, Auflösung. Auch hier liegen keinerlei Abänderungsanträge vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum II. Abschnitt, Landesbodenbriefe und Schuldbuchforderungen. Art. 10, Ausgabe. Keine Änderung. Das Haus erhebt keinen Widerspruch. — Ich stelle die Annahme fest.

Art. 11, Deckung. Auch hier liegt kein Abänderungsantrag vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 12, Deckungsregister. Ohne Änderung. Das Haus erhebt keinen Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung fest.

Art. 13, Vorzugsrechte. Ohne Änderung. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Annahme fest.

Art. 14, Kündigung. Es liegen keinerlei Abänderungsanträge vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 15, Sonstige Vorschriften. Auch hier liegen keine Abänderungsanträge vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Das Haus stimmt zu.

Wir kommen zum III. Abschnitt, Aufnahme von Darlehen. Art. 16. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung fest.

Ich rufe auf den IV. Abschnitt, Gewährung von Darlehen. Art. 17, Darlehenszwecke. Hierzu liegt ebenfalls kein Abänderungsantrag vor. — Das Haus stimmt ohne Widerspruch dem Art. 17 zu.

Art. 18, Darlehensbetrag. Ohne Änderung. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Annahme fest.

Art. 19, Darlehensart. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Das Haus stimmt zu.

Art. 20, Darlehenssicherung. Auch hierzu liegt kein Abänderungsantrag vor. Widerspruch erhebt sich nicht. — Das Haus stimmt zu.

Art. 21, Öffentliche Lasten. Ohne Änderung. — Das Haus stimmt ohne Widerspruch zu.

Art. 22, Prüfung der Anträge. Unverändert. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Angenommen.

Art. 23, Überwachung. Ohne Änderung. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 24, Laufende Leistungen. Kein Abänderungsantrag. Widerspruch erfolgt nicht. — Das Haus stimmt zu.

Art. 25, Kündigung. Unverändert. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 26, Ausnahmen. Keinerlei Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu diesem unverändert gebliebenen Artikel fest.

Art. 27, Vollstreckungsrecht. Unverändert. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum V. Abschnitt, Übernahme von Bürgschaften. Art. 28, Umfang. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Widerspruch erhebt sich nicht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 29, Deckung der Bürgschaften. Auch hierzu liegen keinerlei Abänderungsanträge vor. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 30, Kostenerlag. Ohne Erinnerung. — Unverändert angenommen.

Art. 31, Bilanzierung. Keinerlei Widerspruch. — Ich stelle die unveränderte Annahme fest.

Art. 32, Darlehen statt Bürgschaften. Unverändert. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Art. 33, Verfahren. Ohne Änderung. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Es folgt der VI. Abschnitt, Sonstige Geschäfte. Art. 34. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Widerspruch erfolgt nicht. — Das Haus stimmt zu.

VII. Abschnitt, Schlußvorschriften. Art. 35, Grundbuchberichtigung. Kein Abänderungsantrag. Ohne Erinnerung. — Das Haus stimmt zu.

Art. 36, Landeskulturrentenbriefe. Unverändert. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Art. 37, Staatliche Baudarlehen. Ohne Änderung. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Art. 38, Inkrafttreten. Zu Art. 38 Abs. I liegt der Antrag des Ausschusses auf folgende Fassung vor:

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1949 in Kraft. Zu Abs. II liegt kein Abänderungsantrag vor.

Wer Art. 38 in der von mir bekanntgegebenen Fassung zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Art. 39, Ausführungsbestimmungen.

(Zietzsch: Hier liegt ein Zusatzantrag vor.)

Hier liegt der Zusatzantrag vor:

Satzung und Ausführungsvorschriften sind dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen.

Auch dagegen erhebt sich keinerlei Widerspruch. — Art. 39 ist mit diesem Zusatz angenommen.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf Abschnitt I mit den Artikeln 1 —, 2 —, 3 —, 4 —, 5 —, 6 —, 7 —, 8 —, 9 —.

Wer diesem Abschnitt zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einmütige Zustimmung fest.

Ich rufe auf: II. Abschnitt, Art. 10 —, 11 —, 12 —, 13 —, 14 —, 15 —.

Wer diesem Abschnitt mit den Artikeln 10 bis einschließlich 15 zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle auch hier die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf: III. Abschnitt, Art. 16. Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(I. Vizepräsident)

— Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf: IV. Abschnitt, Art. 17 —, 18 —, 19 —, 20 —, 21 —, 22 —, 23 —, 24 —, 25 —, 26 —, 27 —.

Wer diesem Abschnitt zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf: V. Abschnitt, Art. 28 —, 29 —, 30 —, 31 —, 32 —, 33 —.

Wer diesem Abschnitt zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf: VII. Abschnitt, Art. 35 —, 36 —, 37 —, 38 —, 39 — unter Hinweis auf die in der ersten Lesung beschlossene Fassung der Artikel 38 und 39.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen nun zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz.

(Stinglwagner: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete **Stinglwagner**.

Stinglwagner (CSU): Ich glaube, in der zweiten Lesung ist die Abstimmung über den VI. Abschnitt mit dem Art. 34 übersehen worden.

I. Vizepräsident: Ich rufe also nachträglich noch auf: VI. Abschnitt, Art. 34. Wer dem zustimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle auch hier die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht. — Ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung geben wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte ohne Erinnerung geblieben sind.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Biedler und Genossen betreffend Verteilung der noch zu erwartenden sudetendeutschen Flüchtlinge auf Gebiete außerhalb Bayerns (Beilage 2284).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete **Pösl**. Ich erteile ihm das Wort.

Pösl (CSU) [Berichterstatter]: Der Antrag auf Beilage 2185 wurde in der 16. Sitzung des Flüchtlingsausschusses behandelt.

Der Berichterstatter gab der Meinung Ausdruck, daß die bayerischen Flüchtlingslager keine weitere Belastung mehr ertragen, sofern es nicht gelinge, sie von den derzeit dort untergebrachten Flüchtlingen zuvor zu räumen. Wenn es aber in absehbarer Zeit nicht möglich sei, eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Trizone zu erzielen, dann müßte mindestens erreicht werden, daß Württemberg-Baden und Hessen Flüchtlinge entsprechend dem Schlüssel sofort zu übernehmen hätten.

Der Mithberichtersteller erinnerte an die Zusage des Staatssekretärs in Regensburg, erhoffte sich aber von diesem Antrag nichts.

Ministerialdirigent Dr. **Adam** bezifferte den Neuzugang im Jahre 1948 auf 86 000 Flüchtlinge. Die Oberpfalz stehe mit einer Wohndichte von 2,26 über dem Durchschnitt von Bayern.

Auch Kollege **Behrisch** versprach sich nichts von diesem Antrag.

Der Antrag wurde nach kurzer Beratung vom Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. **Ziegler**.

Dr. Ziegler (FPB): Meine Damen und Herren! Der Antrag, der dem hohen Hause vorliegt, ist meiner Überzeugung nach vollkommen überflüssig. Ich verschließe mich in keiner Weise der Tatsache, daß Bayern mit Flüchtlingen mehr als überfüllt ist. Ich anerkenne, daß ein Ausgleich gefunden werden muß, um die Flüchtlinge auf die verschiedenen Gebiete sowohl der amerikanischen wie der britischen Zone zu verteilen. Was aber der Antrag hier vorsieht, ist meiner Auffassung nach un durchführbar. Der Herr Minister des Innern und der Herr Staatssekretär für das Flüchtlingswesen haben das hohe Haus schon des öfteren davon unterrichtet, daß Verhandlungen im Gange sind, die Last auf die einzelnen Länder gleichmäßig aufzuteilen. Diese Bestrebungen müssen vom hohen Hause unterstützt werden. Aber man kann nicht von vornherein Flüchtlinge, die das Land noch gar nicht betreten haben, ausschließen. Sie erinnern sich vielleicht an den Schlüssel, der seinerzeit zwischen der amerikanischen Militärregierung und der tschechoslowakischen Regierung vereinbart worden ist. Nach diesem Schlüssel sollten 1 750 000 Sudetendeutsche in die US-Zone aufgenommen werden, und 750 000 in die russische Zone. Es sind bis heute keine 1 750 000 Sudetendeutsche in der US-Zone angekommen. Es ist nur ein Teil da. Etwa 500 000 fehlen. Sie sind überhaupt verschwunden. Man weiß nicht, wohin sie gekommen sind. Die Russenzone behauptet, etwa 800 000 Sudetendeutsche aufgenommen zu haben. Ob diese Zahl stimmt, läßt sich nicht überprüfen. Jedenfalls sind keine 1 750 000 Sudetendeutsche in der US-Zone angekommen. Sie erinnern sich aber auch an die Tatsache, daß seinerzeit — bei den ersten und bei den späteren Ausweisungen — immer wieder darauf hingewiesen worden ist: Ja, es kommen nur die alten Männer, die Frauen und Kinder; die Arbeitsfähigen bleiben zurück, beziehungsweise

(Dr. Ziegler [FDP])

werden von den Tschechen zurückgehalten. Wenn Sie sich nunmehr also verschließen und die noch in der Tschechoslowakei lebenden Sudetendeutschen nicht aufnehmen wollen, dann haben Sie auch späterhin lediglich die alten Männer, die Greise, die Mütter, die Unterstützungsbedürftigen und die Kinder hier; die arbeitsfähigen Männer aber sind drüben, beziehungsweise müssen auf andere Zonen verteilt werden. Der Antrag ist von diesem Standpunkt aus unverständlich. Sie schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn Sie gerade die tüchtigen, die arbeitsfähigen Jahrgänge nicht hereinnehmen wollen, ganz abgesehen davon, daß es sich hier in der Hauptsache um erstklassige Fachkräfte handelt; denn die Tschechen haben nur die zurückgehalten, die tatsächlich in ihrer Industrie etwas zu leisten imstande sind.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß der Antrag meiner Auffassung nach heute gar nicht mehr akut ist. Es mag vielleicht vor drei Monaten so ausgesehen haben, als kämen noch 100 000 oder 200 000 Sudetendeutsche herüber. Faktisch lassen aber heute die Tschechen niemand mehr heraus. Sie haben vielleicht auch davon gehört,

(Dr. Hundhammer: sie möchten gern welche zurückholen!)

daß sie aus der Ruffenzone 400 000 zurückholen wollen, weil ihre Industrie vollkommen am Bauche liegt. Es ist also gar nicht damit zu rechnen, daß noch 200 000 Leute herauskommen. Allmählich wird es so werden, daß man wenigstens aus der Ruffenzone gewisse Fachkräfte zurückholt. Dieser Antrag bedeutet also einen Schlag ins Wasser. Es liegt natürlich bei Ihnen, wie Sie entscheiden wollen. Der Beschluß wird aber Staub aufwirbeln, er wird speziell von den Sudetendeutschen nicht verstanden werden. Infolgedessen stelle ich mich dagegen, überlasse es Ihnen aber vollkommen, nach eigener Überzeugung zu entscheiden.

I. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den auf Zustimmung lautenden Antrag des Ausschusses (Beilage 2284) ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betreffend Unterbringung der nach Bayern geflüchteten Ausländer in von der Besatzungsmacht gestellten Kasernen (Beilage 2285).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Weinzierl Georg. Ich erteile ihm das Wort.

Weinzierl Georg (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Die Beilage 2186 enthält einen Antrag Dr. Sinnert und Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Militärregierung darum zu bitten, ihr seitens der Besatzungsmacht Kasernen oder entsprechende Räume zur Unterbringung der aus dem Ausland nach Bayern flüchtenden Ausländer, die von der IRO nicht übernommen werden, zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird folgendermaßen begründet:

Anlässlich der zunehmenden Zahl der über die bayerische Grenze flüchtenden Südoeuropäer, insbesondere Nationaltschechen, hat es sich für das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen als ein schwieriges Problem erwiesen, die von der IRO nicht in Betreuung genommenen Ausländer unterzubringen. Die dem Staatssekretariat zur Verfügung stehenden Lager sind überfüllt und die Freimachung eines solchen Lagers für die Nationaltschechen würde die Unterbringungsmöglichkeiten für deutsche Flüchtlinge noch weiter beschränken. Die Zusammenlegung von Nationaltschechen mit sudetendeutschen Flüchtlingen in einem Lager würde unerträglich sein. Die Bitte an die Militärregierung ist um so begründeter, als Bayern in stärkstem Maße von dieser illegalen Einwanderung der südoeuropäischen Flüchtlinge betroffen wird und eine Verteilung derselben auf die anderen deutschen Länder nur insoweit erfolgt, als die Flüchtlinge von der IRO in Betreuung genommen werden.

Der Antrag wurde im Ausschuss ohne besondere Debatte angenommen. Ich empfehle dem Hause, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen betreffend Errichtung einer Betreuungsstelle für Flüchtlinge aus der Ostzone im Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen (Beilage 2286).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Freundl. Ich erteile ihm das Wort.

Freundl (CSU) [Berichterstatter]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Flüchtlingsauschuss befaßte sich am 4. März 1949 mit dem Antrag Dr. Sinnert und Fraktion, den Sie auf Beilage 2187 finden.

Der Antrag lautet folgendermaßen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. im Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen eine besondere Abteilung zur Betreuung der aus der deutschen Ostzone nach Bayern kommenden politischen Flüchtlinge zu schaffen;
2. Etatmittel bereitzustellen, aus denen diesen politischen Flüchtlingen vorübergehende finanzielle Hilfen gewährt werden können, bis dieselben eine eigene Existenzmöglichkeit gefunden haben.

Die Begründung des Antrags lautet:

Die zunehmende Zahl politischer Flüchtlinge aus der Ostzone macht es erforderlich, eine ministerielle Instanz zu schaffen, die landeseinheitlich schnell-

(Freundl [CSU])

stens die Feststellung der persönlichen Verhältnisse und daraufhin die Einweisung in Wohngebiete veranlaßt, in denen eine alsbaldige berufsrichtige Unterbringung erleichtert ist. Die Genehmigung des Zuzuges sowie Bereitstellung des Wohnraumes ist durch diese Stelle zu bewirken.

Es ist nicht angängig, daß Deutsche, die aus ihrer demokratischen Haltung heraus sich persönlicher Gefährdung ausgesetzt haben, nach gelungener Flucht in ein demokratisches deutsches Land recht- und mittellos dastehen und bei der Suche nach Wohnung und Arbeit auf den Weg der Illegalität angewiesen sind.

Der Berichterstatter verlas hierzu eine Entschließung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen vom 21. Februar 1949 mit den Bestimmungen über die unbefugt nach Bayern übergetretenen Personen, die um Asylrecht nachsuchen. Die Entscheidung treffe nach dieser Entschließung eine Kommission aus Vertretern der politischen Parteien im Grenzlager Hof-Moschendorf. Es erfolge dann Einweisung in ein Lager und Aufenthaltserlaubnis für unbestimmte Dauer in einer Gemeinde Bayerns. Der Berichterstatter befürwortete den Antrag, damit den politischen Kämpfern jenseits der Zonengrenze der Rücken gesteuert werde.

Wie Ministerialdirigent Dr. Adam mitteilen konnte, hat Dr. Schreiber von der Zweizonenverwaltung geäußert, diese einheitlich zu behandelnde Frage werde eine der ersten gemeinsam in Frankfurt zu regelnden Angelegenheiten sein. In Nordrhein-Westfalen seien 1948 bis 20 000 solche Leute aufgenommen worden. Bayern habe 1948 26 000 aufgenommen. Bayern müsse einen etwas strengeren Maßstab anlegen. Wenn jeder-mann aufgenommen werde, werde die Ostzone aufgegeben. Die Einrichtung einer eigenen Stelle würde einen großen Anreiz bieten, nach Bayern zu gehen, besonders wenn Wohnung bevorzugt bereitgestellt werde. Der Wunsch des Antragstellers sei durch die Bildung der Kommission im Lager Moschendorf inzwischen erfüllt.

Der Mitberichterstatter war der Ansicht, daß die Begründung des Antrags über die Möglichkeiten hinausgehe. An sich könne der Antrag den Anlaß zu einer willkommenen Debatte geben. Die Abstellung in ein Uranbergwerk sei gleichbedeutend mit langsamer Todesstrafe; die Dinge spitzten sich unerhört zu. Es sei der Plan der Russen, die Ostzone mit nichtdeutscher Bevölkerung zu durchsetzen, bis sie slawisches Land werde. Die Kommission in Moschendorf müsse objektiv prüfen, ob jeweils ein politischer Fall vorliege. Auch in dieser Frage müsse die Militärregierung darauf hingewiesen werden, wohin die Dinge führen. Der Mitberichterstatter beantragte, die Begründung zu streichen und den Antrag unverändert anzunehmen.

Der Ausschuß entschied sich sodann einstimmig für einen Antrag des Berichterstatters, dessen Wortlaut Sie auf Beilage 2286 finden:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Problem der politischen Flüchtlinge aus der Ostzone weiterhin stärkstes Augenmerk zu schenken und dem Landtag über jede Entwicklung auf diesem Gebiet zu berichten.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrag beizutreten.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Ausschusses (Beilage 2286) zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag des Abgeordneten Scharf betreffend Kreditgewährung an Flüchtlingsbetriebe (Beilage 2287).

Berichterstatter ist der Abgeordnete **Noske**. Ich erteile ihm das Wort.

Noske (fraktionslos) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Flüchtlingsausschusses vom 4. März referierten Oberregierungsrat Dr. Gawlik und Referent Müller über den Stand der Flüchtlingsproduktivdarlehen. Es ergab sich hieraus die Tatsache, daß Mittel für die Gewährung von Flüchtlingsproduktivkrediten seitens der Staatsregierung nicht mehr verfügbar sind, um die Erhöhung der Ausfallbürgschaft, die inzwischen gemäß Landtagsbeschluß von 25 auf 40 Millionen DM erhöht wurde, auszunutzen. Damit wird der Vollzug der Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft des Landes, wie in der Aussprache festgestellt wurde, weitgehend unterbrochen. Die Ausführungen, die längere Zeit beanspruchten und an denen sich die Abgeordneten Weidner, Bitom, Bösl, Strasser und Noske beteiligten, bezogen sich auch auf das Thema der Gewährung von Produktivkrediten an solche Betriebe, die Einheimischen gehören und mehr als 70 Prozent an Flüchtlingen beschäftigen. Es kam zu einer Aussprache über die sogenannten „Pabstmann-Kredite“ usw. und auch zur Erwähnung eines inzwischen erfolgten Selbstmordes des Besitzers eines Flüchtlingsunternehmens, der eben nicht mehr weiter konnte, weil die Kreditgewährung ausblieb. Nach weiteren Darlegungen des Ministerialdirigenten Dr. Adam vom Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen und des Regierungsdirektors Dr. Barbarino vom Finanzministerium wurden schließlich zwei Anträge formuliert, von denen zunächst der vom Abgeordneten Scharf formulierte zur Debatte steht. Der Antrag, der Ihnen auf Beilage 2287 gedruckt vorliegt, lautet wie folgt:

Die Staatsregierung wird ersucht, in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 27. Januar 1949 (Beilage 2201)

1. diese Kredite nicht in die Refinanzierungshilfe, die bei Produktivkrediten an die echten Flüchtlingsbetriebe gewährt wird, einzubeziehen;
2. die angeforderten Bürgschaften in der Rangordnung nach den echten Flüchtlingsproduktivkrediten zu behandeln;
3. Sicherungen zu treffen, daß der Prozentsatz von 70 Prozent an beschäftigten Flüchtlingen für die Dauer der Kreditanspruchnahme tatsächlich beibehalten wird.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Bericht-erstat-ter.

Zur Aussprache hat sich gemeldet der Herr Abgeord-nete Michel. Ich erteile ihm das Wort.

Michel (CSU): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich bin überrascht, daß ein Antrag, der im Haus-haltsausschuß behandelt und vom Plenum angenommen wurde, nochmals an den Flüchtlingsausschuß zur Kritik an der Tätigkeit des Bayerischen Landtags gelangte.

(Dr. Stang: Ein unmöglicher Vorgang!)

Es handelt sich hier um den sogenannten Pabst-mann-Antrag. Im Staatshaushaltsausschuß wurde folgender Antrag des Abgeordneten Pabstmann, der auf Beilage 1902 steht, behandelt:

Das Staatsministerium der Finanzen wird er-mächtigt, Staatsbürgschaften im Sinne der Flüchtlings-Kreditgewährung auch gegenüber sol-chen heimischen Betrieben bis zur Höhe von 30 Millionen DM zu übernehmen, die weder selbst Flüchtlingsbetriebe sind, noch einem Flücht-lingbetrieb gleichgestellt sind, jedoch vorwiegend oder überwiegend Flüchtlinge in ihren Betrieben beschäftigen. Für die Übernahme derartiger Bür-gschaften finden die Richtlinien über die Gewäh-rung von Flüchtlingskrediten und Bürgschaften sinngemäß Anwendung.

Dieser Antrag des Kollegen Pabstmann wurde in der 79. Sitzung des Haushaltsausschusses vom 10. Dezember 1948 behandelt. Der Herr Oberregierungsrat Dr. Fried-riech vom Finanzministerium verwies darauf, daß das Haushaltsgesetz das Finanzministerium zur Übernahme von Staatsbürgschaften bis zum Höchstbetrag von 25 Millionen ermächtigt. Innerhalb dieses Rahmens müsse sich auch die Gewährung von Bürgschaften nach diesem Antrag bewegen. Nachdem bis Ende November erst 9,4 Millionen DM Kredite in Anspruch genommen worden seien, werde der Restbetrag bis zum Schluß des Rechnungsjahres ausreichen, auch wenn sich die An-träge häufen sollten. Im Hinblick auf das Haushaltsgesetz schlage das Finanzministerium vor, die Worte „bis zur Höhe von 30 Millionen DM“ zu streichen. Er rege weiter an, die Worte „vorwiegend oder über-wiegend“ durch einen Prozentsatz zu ersetzen, und zwar könne man bis zu 70 Prozent gehen.

Sie sehen, daß ein ursprünglich selbständiger Antrag auf Ersuchen der Staatsregierung mit diesem Antrag auf Gewährung von Flüchtlingsproduktivkre-diten, die im Haushaltsgesetz vorgesehen sind, gekoppelt worden ist, und zwar mit der Begründung, daß das Geld für die reinen Flüchtlingsbetriebe nicht ausge-schöpft worden sei. Es überrascht dann, wenn man das Protokoll der 16. Sitzung des Flüchtlingsausschusses liest, wonach der Regierungsvertreter, ein gewisser Herr Müller vom Staatssekretariat für das Flüchtlingswe-sen, feststellt: Pabstmann-Kredite sind noch nicht aus-gegeben worden, weil erst die Ergebnisse der 16. Sit-zung des Flüchtlingsausschusses abgewartet werden sol-len. Das hohe Haus hat also etwas beschlossen und das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen will zu dem Beschluß des Landtags erst noch den Flüchtlingsaus-schuß hören!

(Dr. Hundhammer: Unmöglich! — Zuruf des Abgeordneten Bitom.)

— Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Bitom, lesen Sie das Protokoll nach; Sie werden das darin finden, ich habe es eben herausgeschrieben! — Der Abgeord-nete Bitom hat hier im Flüchtlingsausschuß Einwände gemacht. Er hat sich erlaubt, in diesem Ausschuß im Zusammenhang mit dem Pabstmann-Antrag das Wort „Schweinerei“ zu gebrauchen.

(Hört!)

Das ist eine Art, die meines Erachtens nicht angeht. Es geht nicht an, daß, wenn ein Ausschuß etwas be-schlossen und der Landtag es angenommen hat, dann ein weiterer Ausschuß zusammen mit dem Ministerium zur Kontrolle antritt.

Ich erlaube das hohe Haus aus diesem Grunde, den Antrag abzulehnen.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Bitom.

Bitom (SPD): Meine Damen und Herren! Die Dar-stellung, die der Herr Kollege Michel über die beiden Anträge gegeben hat, trifft durchaus nicht zu. Nicht der Antrag auf Erhöhung der Kredite von 25 auf 40 Millionen DM, den der Landtag angenommen hat, ist im Flüchtlingsausschuß zur Kritik gestanden, viel-mehr ist aus der Debatte über die Erhöhung des Be-trags für die Flüchtlingskredite überhaupt dieser An-trag Scharf formuliert worden.

(Michel: Lesen Sie doch die Beilage 2287 durch!)

Veranlassung zu diesem Antrag gab meine Darstellung über die Auswirkung des Antrags Pabstmann. Wenn in die Refinanzierung diese 15 Millionen DM, die nachher noch beschlossen worden sind, mit einbegriffen werden sollen, wie wird sich dann die Geschichte aus-wirken? Ich habe das im Flüchtlingsausschuß klarge-stellt. Diejenigen Flüchtlingsbetriebe, die wirklich auf diese Kredite warten, bekommen sie nicht aus dem ein-fachen Grund, weil die Leute, für die heute hier Herr Michel das Wort ergriffen hat, im Wirtschaftsministe-rium, im Finanzministerium und auch durch Abgeord-nete dieses Hauses einflußreich vertreten werden, um die Kredite nicht in kleinem Maße

(Zuruf: Das muß man durch Beweise klarstellen!)

in Höhe von 10 000 oder 15 000 DM, sondern von 2,5 Millionen zu bekommen. Wenn aus den Refinan-zierungsmitteln 2,5-Millionen-Kredite nur zehnmal re-finanziert werden, dann liegen 150 Betriebe der kleinen Handwerker und Gewerbeunternehmer auf der Nase.

(Zuruf: Das ist an den Haaren herbeigezogen!)

Um das zu verhindern, ist der Antrag Scharf gestellt worden. Der Antrag Scharf will ja den Leuten den Kredit gar nicht verweigern. Die Leute haben bei ihren Banken so viel gute Verbindung, daß ihnen, wenn die Staatsbürgschaft hinter ihnen steht, die Banken das Geld wahrscheinlich auf den Tisch des Hauses legen. Aber der kleine Flüchtlingsbetriebsinhaber, der einen Kredit von 1500 DM beantragt hat und der in Cham draußen gefessen und gewartet hat, daß ihm die 1500 DM von der Sparkasse ausgezahlt werden, hat sich auf-gehängt, weil er das Geld nicht bekommen hat. Um diese Katastrophenfälle zu vermeiden, ist dieser Antrag Scharf entstanden. Meine Damen und Herren! Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, verweigern Sie denen, die es verstanden haben, ein gutes Geldpolster über die

(Bitom [SPD])

Währungsreform hinwegzuretten, keinesfalls die Kredite, sondern Sie verweigern ihnen nur, daß sie mit in die Refinanzierung eingeschlossen werden. Die Staatsbürgerschaft sollen sie ja auch nach diesem Antrag erhalten.

I. Vizepräsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Ausschusses (Beilage 2287) zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. —

(Bitom: Ich beantrage namentliche Abstimmung!)

Ich bitte um die Gegenprobe. —

(Dr. Stang: Nur weil auf diese Weise ein Landtagsbeschuß umgestoßen wird, bin ich dagegen; im Landtagsbeschuß werden die Betriebe gleichgestellt, hier werden sie schlechter gestellt.)

Das erstere war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Stang.)

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Bitom, Scharf, Weidner und Noske betreffend Beschaffung von Mitteln für langfristige Flüchtlingsproduktivkredite (Beilage 2288).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Noske. Ich erteile ihm das Wort.

Noske (fraktionslos) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Ich habe zur Erläuterung nichts beizufügen und kann auf das verweisen, was ich vorherhin zu dem Antrag auf Beilage 2287 gesagt habe. Es handelt sich wieder um die Bereitstellung der Mittel, die notwendig sind, um die Produktivkredite überhaupt wirksam werden zu lassen. Aus der Debatte heraus wurde der Antrag auf Beilage 2288 formuliert. Er lautet:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ersucht, für langfristige Flüchtlingsproduktivkredite beschleunigt Mittel von den Versicherungsgesellschaften und der Aufbaubank zu beschaffen und bis zur Verwirklichung dieses Vorhabens die staatliche Refinanzierungshilfe für Flüchtlingsproduktivkredite nach Möglichkeit zu erhöhen.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung.

(Dr. Hundhammer: Herr Präsident!)

I. Vizepräsident: Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich halte es für notwendig, daß vor dem Eingehen finanzieller Verpflichtungen des Finanzministeriums der Haushaltsausschuß mit der Angelegenheit befaßt wird. Es geht nicht an, daß irgendein Ausschuß Ausgaben beschließt, ohne daß sich der Staatshaushaltsausschuß damit befaßt hat. Deshalb beantrage ich Überweisung an den Haushaltsausschuß.

(Zuruf: Das ist ja keine Ausgabel!)

— Doch, das Staatsministerium der Finanzen wird ersucht, Kredite zu erhöhen.

(Zietsch: „nach Möglichkeit“! — Noske: Im Einvernehmen mit dem Vertreter des Finanzministeriums!)

I. Vizepräsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer hat den Antrag gestellt, diesen Antrag an den Haushaltsausschuß zu überweisen.

(Zietsch: Ich bitte ums Wort.)

— Herr Abgeordneter Zietsch!

Zietsch (SPD): Ich möchte doch den Herrn Kollegen Dr. Hundhammer zu erwägen bitten, daß dieser Antrag ja nichts weiter als eine Empfehlung ist. Er enthält unmittelbar keinerlei Verpflichtung finanzieller Art. Es ist lediglich die Empfehlung, das Staatsministerium der Finanzen möge versuchen, die Mittel zu bekommen. Ich glaube, daß wir schon abstimmen können.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Wenn das Finanzministerium sich aber nicht in der Lage sieht, der Empfehlung zu entsprechen, dann wird wieder der Vorwurf kommen, daß die Staatsregierung einem Landtagsbeschuß nicht in genügender Form Rechnung getragen habe.

(Zuruf: Nach Möglichkeit!)

— Wenn sie aber sagt, sie sieht überhaupt keine Möglichkeit? Darum würde ich es für besser halten, dem Finanzministerium Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern.

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, Sie halten Ihren Antrag aufrecht?

(Dr. Hundhammer: Ja!)

Der Herr Staatssekretär Dr. Hans Müller hat das Wort.

Staatssekretär Dr. Müller: Meine Damen und Herren! Das Finanzministerium ist zur Zeit leider nicht in der Lage, für die Refinanzierung größere Mittel aufzuwenden. Wir werden aber im weiteren Verfolg unserer Fürsorge für die Flüchtlinge die Angelegenheit prüfen und wieder Mittel zur Verfügung stellen, sobald wir solche freimachen können.

Die Frage der Einschaltung der Versicherungsunternehmen, die für die Flüchtlingsbetriebe Kredite bereitstellen sollen, ist bereits in einer Besprechung erörtert worden, die ich, ich glaube, am 3. oder 4. dieses Monats abgehalten habe. Das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen hat inzwischen Verhandlungen und Besprechungen mit den Versicherungen aufgenommen. Die Herbeischaffung von Mitteln auf diesem Sektor ist heute allerdings nicht mehr ganz einfach.

Dann zur Frage der Einschaltung der Wiederaufbaubank: Ich habe vorige Woche in Frankfurt mit einem der Direktoren der Wiederaufbaubank gesprochen. Ich habe mit ihm zunächst die Frage erörtert, ob die Möglichkeit bestehe, von der Wiederaufbaubank Kredite für die demontierten Betriebe flüssig zu machen. Hier läuft von uns ein Antrag. Die Voraussetzung der Genehmigung solcher Kredite ist, daß wir jeden Betrieb einzeln namhaft machen und prüfen müssen, ob und inwieweit er auch volkswirtschaftlich kreditwürdig ist und ob er durch die Wiederaufbaubank, die in der Hauptsache

(Staatssekretär Dr. Müller)

Produktivkredite bereitstellen soll, berücksichtigt werden kann. In dieser Frage läuft für die demontierten Betriebe bereits ein Antrag, den ich bei der Wiederaufbaubank eingereicht habe.

Was für die demontierten Betriebe gilt, gilt mutatis mutandis auch für die Flüchtlingsbetriebe. Wir können nicht Pauschalkredite beantragen, sondern müssen jeden einzelnen Kreditantrag nach Höhe, Dringlichkeit und volkswirtschaftlicher Notwendigkeit bei der Einreichung begründen. Soweit sich Betriebe melden sollten, die den Anforderungen Genüge leisten, werden wir entsprechende Anträge bei der Wiederaufbaubank stellen. Die Wiederaufbaubank ist aber erst im Anlaufen. Welche Mittel der Wiederaufbaubank zur Verfügung stehen, können wir heute noch nicht sagen. Wir werden aber die Flüchtlingsbetriebe in gleicher Weise wie die unterstützungsbedürftigen demontierten Betriebe in Bayern ins Auge fassen und versuchen, durch die Wiederaufbaubank Mittel hereinzubekommen, um den Betrieben zu helfen.

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs der Finanzen wird dem Beschluß des Landtags — wir müssen sagen leider — vorerst nicht sehr viel praktische Auswirkung zukommen können. Unter diesen Umständen halte ich eine Wiederberatung im Haushaltsausschuß nicht für notwendig und stimme dem Antrag zu.

II. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2288) ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Pöschel und Piehler betreffend Ergänzung des Flüchtlingsrentengesetzes vom 3. Dezember 1947 sowie der Verordnung über die Eingliederung von Umsiedlern in die Reichsversicherung vom 19. Juni 1943 (Beilage 2253).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Trepte. Ich erteile ihm das Wort.

Trepte (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Berichterstatter hielt zunächst nähere Feststellungen über die Größe des in Frage kommenden Personenkreises und die finanziellen Auswirkungen für erforderlich. Erst dann sei die Frage zu klären, ob die Versicherungsträger von sich aus in der Lage seien, die notwendigen Kosten aufzubringen, oder ob hier der Staat eingreifen müsse. Der Antrag beziehe sich auch auf diejenigen Versicherten, die seinerzeit eine Anwartschaft im Saargebiet verdient haben und heute im Gebiet der Westzonen wohnen, wo sie, soviel er wisse, bis jetzt noch keine Rentenbezüge erhalten haben.

Der Mitberichterstatter Pöschel vertrat die Meinung, daß finanzielle Schwierigkeiten bei der außerordentlich geringen Zahl der in Frage kommenden Fälle

nicht gegeben seien. Er betonte die unbedingte Notwendigkeit der Regelung der in dem Antrag genannten Härtefälle.

Abgeordneter Piehler gab als einer der Antragsteller Aufschluß über den durch den Antrag betroffenen Personenkreis. Es handle sich vor allem um Bergarbeiter, die bei der Süddeutschen Knappschaftsversicherung sind.

Staatssekretär Dr. Grieser erklärte, er habe bereits in Bad Reichenberg mit der saarländischen Regierung vereinbart, daß in Süddeutschland die Knappschaftsrenten auch an Empfänger gezahlt werden, die sich ihre Rente im Saargebiet verdient haben und sich heute in Süddeutschland aufhalten. Umgekehrt solle dafür das Saarland die Renten an Bezahler gewähren, die sich im Saarland aufhalten, ihre Renten aber außerhalb des Saargebietes verdient haben. Es handle sich bei dem ganzen Problem um die zwischenstaatliche Regelung von Versicherungsverhältnissen, wenn an solchen mehrere Staaten beteiligt seien. Bei all diesen internationalen Problemen müsse die Frage erörtert werden, inwieweit der Staat für die Renten aufkommen muß oder inwieweit dies den Versicherungsträgern zugemutet werden kann. Dabei handle es sich aber auch um ein Fürsorgeproblem, hinter dem sich ein wichtiges internationales Versicherungsproblem erhebt. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß zum Teil auch das Lastenausgleichsproblem hereinspielen, denn die Betroffenen hätten versicherungsrechtliche Ansprüche verloren. Wenn ihnen bei uns nun Renten bewilligt würden, bekämen sie für Verluste, die sie wegen ihrer Ausweisung erlitten haben, hier einen Ausgleich, was eine Vorwegnahme des Lastenausgleichs bedeute.

Das hier angeschnittene Problem werde zur Zeit bei der Verwaltung für Arbeit in Frankfurt behandelt. Es hätten darüber bereits wiederholte Verhandlungen stattgefunden.

Abgeordneter Donsberger erkannte den materiellen Inhalt des Antrags an und wollte nach den gegebenen Aufklärungen keinen formellen Antrag stellen, aber eine Umformulierung des vorliegenden Antrags in der Weise durchgeführt wissen, daß die Staatsregierung ersucht wird, dahin zu wirken usw., und daß Abf. 2 des Antrags mit den Worten eingeleitet wird: „Ferner wollen für alle bisher in Bayern wohnhaften Personen...“. Beide Berichterstatter beantragten Zustimmung. Der Ausschuß nahm den in Beilage 2253 vorliegenden Antrag einstimmig an.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Ich lege kein großes Gewicht darauf, daß genau nach meiner Bemerkung verfahren wird. Wir müssen aber doch berücksichtigen, daß im Falle der Annahme dieses Antrags eine Erhöhung der Mittel im Haushalt die Folge sein wird. Ich darf bitten, daß in Zukunft diejenigen Anträge, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind, immer dem Haushaltsausschuß zur Beratung zugewiesen werden. Der Haushaltsausschuß ist ja dafür verantwortlich, daß die staatlichen Mittel auch entsprechend eingesetzt werden und daß der Etat abgeglichen wird. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus möchte ich bitten, daß in Zukunft solche Anträge dem zuständigen Ausschuß zugewiesen werden. Der Haushaltsausschuß hat nicht nur

(Dr. Stang (CSU))

ziffernmäßig zu beschließen, sondern muß sich auch sachlich zu den Problemen äußern. Der Haushaltsausschuß ist bei finanziellen Auswirkungen der zuständige Ausschuß; das ist nicht etwa ein Kompetenzhunger von mir als dem Vorsitzenden des Ausschusses, sondern ist deshalb in Ordnung, weil es so allein zweckmäßig ist.

I. Vizepräsident: Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden Ihre Ausführungen zur Kenntnis nehmen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. H u n d - h a m m e r.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich bitte das Staatsministerium der Finanzen um Äußerung, ob es über die Auswirkungen dieses Beschlusses ein Urteil abgeben kann.

I. Vizepräsident: Der Herr Staatssekretär Dr. Hans Müller hat das Wort.

Staatssekretär Dr. Müller: Ich habe eben über diese Frage mit Herrn Staatssekretär Dr. Grieser gesprochen. Herr Dr. Grieser sagte mir, es handle sich nur um einige wenige Fälle; die finanziellen Auswirkungen würden nur ganz gering sein. Ich will daher die Einwendungen, die ich gegen den Antrag vorbringen wollte, zurückstellen. Im übrigen möchte ich mich aber grundsätzlich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Stang anschließen.

I. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur A b s t i m m u n g.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2253) ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich danke. Ich stelle die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum n ä c h s t e n P u n k t der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Befoldungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hille und Genossen betreffend Zulassung zum gehobenen mittleren Dienst ohne Mittelschulbildung (Beilage 2230).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete P ö s l. Ich erteile ihm das Wort.

Pösl (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der ursprüngliche Antrag lautete:

Der Landtag wolle beschließen:

Für die Zulassung zum gehobenen mittleren Dienst genügt der erfolgreiche Besuch einer Volksschule.

Dieser Antrag wurde vom Befoldungsausschuß am 15. Februar 1949 behandelt. Der Berichterstatter beantragte, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da der Ausschuß schon früher die Zurückstellung bis zur Regelung durch den zu errichtenden Bundestag beschlossen habe.

Der Mitberichterstatter widersprach nachdrücklich der Zurückstellung mit dem Bemerkten, der Ausschuß dürfe sich nicht um eine klare Entscheidung herumdrücken. Er ging dann näher auf das Verhältnis der Angestellten zu den Beamten ein, das bei den einzelnen Verwaltungen sehr unterschiedlich sei. Besonders ungünstig sei es bei der Arbeitsverwaltung, wo der Anteil

der Beamten am Gesamtpersonal nur etwas mehr als 5 Prozent betrage. Keinesfalls könne man zuwarten, bis das künftige Bundesparlament eine einheitliche Regelung treffe.

Der Abgeordnete D o n s b e r g e r hielt die schon einmal beschlossene Zurückstellung für gerechtfertigt, da man jetzt nicht Laufbahngrundsätze aufstellen sollte, die eine Einheitlichkeit im gesamten Bundesgebiet ausschließen. Er verwies vor allem auf die im Entwurf bereits ausgearbeiteten Laufbahnvorschriften und insbesondere auf deren §§ 45 und 46. Der Redner erkannte die grundsätzliche Berechtigung der Forderung an, daß jedermann die Möglichkeit gegeben wird, entsprechend seinen Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen nicht nur in den gehobenen mittleren, sondern auch in den höheren Dienst zu gelangen. Die ganze Frage habe bereits im Jahre 1920 eingehende Erörterungen im Deutschen Reichstag ausgelöst.

Ministerialdirigent Dr. M e t z gab eine kurze Übersicht über die Auffassung der Bizone und anderer Länder zur Frage der Vorbildung. Die Bizone wolle an dem bisherigen Rechtszustand festhalten, wonach für den unmittelbaren Eintritt in den gehobenen mittleren Dienst das Abitur verlangt wird. Auf dem gleichen Standpunkt stünden Nordrhein-Westfalen und die Länder der französischen Zone. In Bayern bestehe für Volksschüler weitestgehend die Möglichkeit, in den gehobenen Dienst zu gelangen. Sie müßten erst die mittlere Laufbahn durchlaufen und könnten dann in den gehobenen Dienst aufrücken. Dadurch, daß sie nicht sechs Jahre die Mittelschule besuchen müßten, ersparten sie sehr viel Zeit. Dann gebe es in Bayern die Einrichtung der Begabtenprüfung. Wirklich begabte Volksschüler, die die Begabtenprüfung ablegen, hätten die Möglichkeit, in den gehobenen Dienst zu kommen.

Der Abgeordnete Dr. B e c k würde es für eine ausreichende Lösung des Problems ansehen, wenn das Landespersonalamt denjenigen, die die Begabtenprüfung erfolgreich ablegen, ohne weiteres den Zugang zum gehobenen Dienst zugestehen würde. In diesem Falle sei er bereit, für solche Bewerber die Mitwirkung eines Vertreters des Landespersonalamts bei der Begabtenprüfung zuzugestehen.

Der Mitberichterstatter bezeichnete es als Ziel seines Antrags, daß jeder ohne Einschränkung zur Eingangsprüfung für den gehobenen Dienst zugelassen werden solle. Dies müsse insbesondere auch für Angestellte gelten, für die es eine Lebensfrage sei, daß sie aufrücken können. Eine Lebensfrage sei es aber auch für die Verwaltung, weil sonst die tüchtigsten und mit der größten Initiative ausgestatteten Kräfte in die freie Wirtschaft abwandern würden. Man solle daher seinen Antrag annehmen, den man folgendermaßen formulieren könnte:

Für die Einstellstellen, aber auch für die Zulassung von Angestellten des öffentlichen Dienstes und von mittleren Beamten gelten keine Sonderbestimmungen. Entscheidend ist allein die, durch die Prüfung nachgewiesene Fähigkeit, die angestrebte Stelle auch tatsächlich zu bekleiden.

Dr. L a c h e r b a u e r wollte den Antrag als erledigt behandelt wissen, wenn der Vertreter des Landespersonalamts die Erklärung abgeben könne, daß der Entwurf der Laufbahnvorschriften des Landespersonalamts in aller-

(Pösl [CSU])

nächster Zeit herauskommen und wenn die Begabtenprüfung den übrigen Vorbildungserfordernissen gleichgestellt werde. Wenn man eine gewisse Vorbildung für den unmittelbaren Zutritt zum gehobenen Dienst verlange, dürfe man nicht übersehen, daß der gehobene Dienst qualifizierte Kräfte benötige. Er verweise dabei auf die sogenannte Rechtspflegertätigkeit bei der Justizverwaltung, wo von Inspektoren und Oberinspektoren oft Hervorragendes geleistet werde und auch geleistet werden müsse.

Der Abgeordnete **Donsberger** verwies auf § 45 Abs. 1 Ziffer 1 der Laufbahnvorschriften, wonach die unmittelbare Zulassung zum gehobenen Dienst auch solchen Bewerbern zugestanden würde, die „eine vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannte Vorbildung aufweisen“.

Ministerialdirigent **Dr. Meß** erklärte, daß die Laufbahnvorschriften schon längst vorgelegt worden wären, wenn nicht die Verbescheidung des Antrags hätte abgewartet werden wollen. Es sei nicht so, daß mittlere Beamte praktisch nicht in den höheren Dienst gelangen könnten. So seien von den 69 Finanzamtsvorstehern im Bezirk des Oberfinanzpräsidiums München mindestens 30 aus dem mittleren Dienst hervorgegangen.

Der **Mitberichterstatter** änderte darauf seinen Antrag wie folgt ab:

Für die Zulassung zum gehobenen mittleren Dienst genügt, unter der Voraussetzung der erfolgreichen Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung, der erfolgreiche Besuch einer Volksschule. Dies gilt auch für die Beamten des mittleren Dienstes und die Angestellten der öffentlichen Verwaltung.

Ministerialdirigent **Dr. Meß** teilte auf Anfrage mit, daß die Laufbahnvorschriften als Rechtsverordnung auf Grund § 55 Ziffer 2 des Beamtengesetzes erlassen würden. Der **Mitberichterstatter** kündigte an, daß er dann dagegen Klage beim Verfassungsgerichtshof einreichen werde. Die Laufbahnvorschriften enthielten weitgehend materielles Recht, so daß ihre Erlassung nicht auf das Landespersonalamt delegiert werden könne. Das Gesetzgebungsrecht stehe nach der Verfassung der Volksvertretung und dem Volke zu.

Abgeordneter **Dr. Lacherbauer** legte die staatsrechtliche Lage klar: Auf Grund des § 55 des Beamtengesetzes sei die Staatsregierung zum Erlaß von Laufbahnvorschriften zuständig. Insoweit könne der Landtag der bayerischen Staatsregierung keine bindenden Vorschriften machen, sondern ihr nur Empfehlungen unterbreiten. In der Sache selbst halte er es für ausreichend, wenn der Ausschuß in folgender Form Beschluß fasse:

Der Ausschuß empfiehlt der bayerischen Staatsregierung, bei der Schaffung einer Laufbahnverordnung die Möglichkeit zum gehobenen mittleren Dienst auch jenen zu eröffnen, die eine Volksschule erfolgreich besucht haben.

Abgeordneter **Dr. Beck** brachte folgenden Antrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Zum gehobenen Dienst werden zugelassen:

1. Bewerber, die das Zeugnis des erfolgreichen Besuchs von 6 Klassen einer anerkannten staatlichen höheren Lehranstalt besitzen;

2. Volksschüler, die die Begabtenprüfung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bestanden haben.

Der Antragsteller vertrat mit Billigung des Ausschusses die Auffassung, daß hierdurch der Antrag des Mitberichterstatters als erledigt zu betrachten sei.

Abgeordneter **Dr. Lacherbauer** zog hierauf seinen Antrag mit der Erklärung zurück, daß sein Antrag nur eine Modifizierung des Antrags des Mitberichterstatters sein sollte und daher angesichts der Auffassung des Ausschusses, daß sich durch den Antrag **Dr. Beck** der Antrag des Mitberichterstatters erledige, gegenstandslos geworden sei.

Der Antrag **Dr. Beck** wurde gegen die Stimme des Mitberichterstatters angenommen, der erklärte, daß der Antrag **Dr. Beck** bei weitem nicht die Ziele und Motive seines Antrags erschöpfe.

Ich bitte, dem Antrag des Ausschusses zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete **Dr. Hille** gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hille (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beschluß des Besoldungsausschusses berührt ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung und darüber hinaus von erheblicher Tragweite. Eigentlich beruht der Beschluß des Ausschusses, soweit seine Einstimmigkeit in Frage kommt, auf einem Irrtum. Ziel meines Antrags war, alle Schranken einzureißen, die jetzt noch bestehen, um einem Volksschüler den Weg in die gehobene Laufbahn zu verwehren.

Wie liegen denn die Dinge? Es gibt eine Einstellungsprüfung, die jeder, der zu dieser Prüfung zugelassen wird, ablegen kann. Hat er sie bestanden, dann kann er in den gehobenen Staatsdienst eingestellt werden. Die Voraussetzung für eine solche Einstellungsprüfung ist jedoch, daß er mindestens 6 Klassen einer höheren Lehranstalt besucht hat. Dann gibt es die weitere Möglichkeit, daß auch der Beamte aus dem mittleren Dienst zum gehobenen Dienst zugelassen wird, wenn er sich zu der Prüfung meldet. Auch hierfür ist primär Voraussetzung, daß er mindestens 6 Klassen einer höheren Lehranstalt besucht hat. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, und das ist die Ausnahme, daß auch der Volksschüler, der Angestellte oder Beamte des mittleren Dienstes nach Ablegung und Bestehen einer Fachprüfung zum gehobenen Dienst zugelassen wird. Diese Art der Laufbahnvorschriften, wie sie hier praktiziert werden, entspricht in keiner Weise der Auffassung vom Wesen der Demokratie im Hinblick auf den Aufstieg des Begabten in höchste Stellen.

Meine Damen und Herren! Als dieser Antrag im Besoldungsausschuß diskutiert wurde und die Presse darüber berichtete, sind mir aus dem ganzen Land Zuschriften zugegangen, die, ich möchte sagen, ein Selbsturteil in Bezug auf die Befähigung der Leute darstellten; denn die Betreffenden glaubten befähigt zu sein, eine Prüfung für den gehobenen Dienst abzulegen. Sie sind nur deshalb zu dieser Prüfung nicht zugelassen worden, weil sie nur die Volksschulbildung besaßen. Gewiß hatte man einen Teil von ihnen zugelassen. Beim Arbeitsamt waren es 11 Mann, die zu dieser Prüfung nicht zugelassen wurden. 8 hievon haben in der Verwaltung gelernt und sind bereits 8, 12 und 15 Jahre beim Amt tätig gewesen und heute noch angestellt. Die Zahl der

(Dr. Hille (SPD))

Angestellten ist bei der Arbeitsverwaltung an sich leider sehr gering. Es sind mit die besten Kräfte, weil sie im Amt gelernt haben und organisch in die Fülle der Aufgaben hineingewachsen sind. Die Betroffenen sind nur deshalb nicht zugelassen worden, weil sie nicht 6 Klassen einer höheren Lehranstalt besucht haben. Allein dieses Beispiel müßte Sie bewegen, den Ausschlußbeschuß abzulehnen, weil er völlig unzureichend ist. Wir verlangen, daß jeder, ganz gleich, welche Vorbildung er hat, wenn er seine Befähigungsprüfung bestanden hat, für den gehobenen Dienst zugelassen wird. Es ist nicht uninteressant, was die Militärregierung von Bayern in einem Memorandum vom 7. Februar 1949 an den Ministerpräsidenten sagt:

Die Militärregierung hat unmißverständlich gefordert, daß die Rechte und Ansprüche aller Staatsbediensteten objektiv durch die Pflichten und Verantwortlichkeiten ihrer Stellung und die in dieser Stellung gezeigten Leistungen bestimmt werden sollen. In Titel 4 der Allgemeinen Anordnungen der Militärregierung heißt es: „In jedem Land hat das Personalsystem für die ständige, hauptamtliche Beschäftigung im Staatsdienst aller Stufen Gültigkeit. Das gleiche gilt für die Inhaber dieser Stellen, gleichgültig, ob es sich um Beamte oder Angestellte handelt.“ Verdienst und Eignung in der betreffenden Stellung sollte für den Erwerb der Beamteneigenschaft ausschlaggebend sein.

Praktisch ist es nun so, daß die Angestellten z. B. meines Amtes, die zurückgewiesen worden sind, eben nicht Beamte werden können, zumindest nicht Beamte im gehobenen Dienst, weil sie nicht zu dieser Prüfung zugelassen werden.

Nun, meine Damen und Herren, wenn Sie das neue Beamtengesetz, das die Militärregierung für die bizonale Verwaltung einschließlich Post und Bahn erlassen hat, nach der Richtung hin durchblättern und durchstudieren, dann werden Sie feststellen müssen, daß hier endlich einmal, zunächst für den Bereich der bizonalen Verwaltung, die Grundsätze der Demokratisierung der Verwaltung festgelegt sind, und diese Grundsätze stehen in Widerspruch zu dem, was der Ausschuß beschlossen hat: das ist primär der Besuch von mindestens 6 Klassen einer höheren Lehranstalt und sekundär oder vielleicht gleichrangig die Ablegung einer Sonderreiseprüfung, wie früher die Bezeichnung lautete.

(Dr. Hundhammer: Das ist sie auch wieder!)

— Nein, dieser Beschluß genügt nicht und mein Antrag will, daß vorbehaltlos jeder, der im öffentlichen Dienst steht, die Möglichkeit hat, Beamter zu werden, wenn er seine Fachprüfung besteht. Das ist das Entscheidende. Daß er auch die sittlichen Qualitäten besitzen muß, ist Voraussetzung dafür, daß er überhaupt in einem öffentlichen Amt tätig ist. Das kann also nicht mehr Gegenstand einer Nachprüfung sein.

Ich bitte Sie, aus dem Geist demokratischer Gesinnung heraus den vorliegenden Ausschlußbeschuß nicht anzunehmen, sondern die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen. Das beantrage ich hiermit.

I. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Es bestehen also zwei Anträge, erstens der

Antrag des Ausschusses und zweitens der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hille, der dahin geht, diesen Antrag an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Ich werde so verfahren, daß ich zuerst über den Antrag des Ausschusses abstimmen lasse. Wenn dieser angenommen wird, ergibt sich ja daraus die Folgerung, daß der andere Antrag erledigt ist. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2230) ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich danke. Das Präsidium stellt fest, daß das letztere die Mehrheit war, nachdem der Herr Ministerpräsident den Ausschlag gegeben hat.

(Beifall bei der SPD.)

Damit ist also der vorliegende Antrag abgelehnt und der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hille auf Rückverweisung an den Ausschuß angenommen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschloffen.

Bevor ich nun weiterfahre, habe ich folgendes Schreiben der Fraktion der Freien Parlamentarischen Vereinigung vorzulesen:

Nachstehend beehre ich mich, den Mitgliederstand der Fraktion bekanntzugeben: 1. Dr. Josef Baumgartner, 2. Hans Reeb, 3. Peter Miehling, 4. Dr. Max Rief, 5. Ewald Köhlig, 6. Josef Scharf, 7. Gottlieb Schmidt, 8. Dr. Franz Ziegler.

Wegen Besetzung der Ausschüsse darf ich bitten, das Entsprechende veranlassen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Scharf
Fraktionsvorsitzender.

Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich bitte nun die Fraktion der WUB, dem Präsidium baldigst ihren Mitgliederstand mitzuteilen, weil nämlich der Ältestenrat zu dieser Angelegenheit wegen der Besetzung der Ausschüsse Stellung nehmen muß.

(Heiterkeit. — Zuruf: Keiner da!)

Weiter habe ich ein Schreiben des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs betreffend Meinungsverschiedenheiten über die Verfassungsmäßigkeit des Landeswahlgesetzes bekanntzugeben. Es hat folgenden Wortlaut:

Anbei übermittle ich eine Abschrift des Antrags des Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm Hoegner namens der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags vom 26. Januar 1949 mit der Bitte um Stellungnahme gemäß § 43 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof in fünffacher Fertigung bis 1. März 1949. Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei hat sich dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Der Gegenpartei (Mehrheit des Landtags), die dem Gesetz zugestimmt hat, wird gemäß § 15 Abs. 3 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof und § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofs aufgetragen, sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

gez. Dr. Welsch.

(I. Vizepräsident)

Ich bitte nun den Vorsitzenden der Fraktion der CSU, Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer, um Benennung eines oder zweier Bevollmächtigter.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Fraktion benennt hierfür die Abgeordneten Schefbeck und von Prittwitz und Gaffron.

I. Vizepräsident: Das hohe Haus nimmt das zur Kenntnis.

Ziffer 10 der Tagesordnung (Beilage 2231) wird auf Bitte des Berichterstatters, des Herrn Abgeordneten Raifer, hin zurückgestellt.

(Dr. Hundhammer: Er ist erkrankt.)

Meine Damen und Herren! Es ist von den verschiedensten Seiten des Hauses der Wunsch geäußert worden, möglichst bald die Sitzung zu beschließen. Ich hätte an Sie lediglich die Bitte, die Ziffer 12 b (Beilage 2290) noch zu behandeln.

(Dr. Hundhammer: Einverstanden! — Dr. Hille: Die Punkte unter 11 a und b müssen unter allen Umständen noch erledigt werden, weil es sich um Fristen handelt.)

Wir kommen dann zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend Antrag des Landgerichtsdirektors Seboldt in Regensburg auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 162 Abs. 3 des Bayerischen Beamtengesetzes, der Verordnung Nr. 113 vom 29. Januar 1947 und der Verordnung vom 14. Juli 1948 (Beilage 2281).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wittmann. Er möchte ganz kurz Bericht erstatten.

Dr. Wittmann (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat dem Landtag zur Stellungnahme einen Antrag des Landgerichtsdirektors Seboldt von Regensburg vorgelegt, der darauf abzielt, festzustellen, daß Art. 162 Abs. 3 des Bayerischen Beamtengesetzes, die Verordnung Nr. 113 vom 29. Januar 1947 sowie die Verordnung vom 14. Juli 1948 verfassungswidrig sind.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat sich am 2. März dieses Jahres mit der Verfassungsbeschwerde befaßt. Der Berichterstatter führte aus, daß es sich hier um eine der bekannten Beschwerden gegen Gesetze und Verordnungen handle, bei denen der Landtag noch nicht mitgewirkt habe. Entsprechend dem bisher eingenommenen Standpunkt beantragte der Berichterstatter, zu der Verfassungsbeschwerde keine Stellung zu nehmen und sich als nichtbeteiligt zu erklären.

Der Mitberichterstatter, Abgeordneter Dr. Hoegner, schloß sich diesem Standpunkt an. Es kam dann der einstimmige Beschluß zustande: Der Landtag wolle zu der Verfassungsbeschwerde keine Stellung nehmen und sich als nichtbeteiligt erklären.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2281) ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend Antrag der Strafkammer des Landgerichts Landshut auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1, 8. Teil Kap. IV der 4. VO. des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Beilage 2282).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hille. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Verfassungsgerichtshof fordert in seinem Schreiben den Landtag auf, zu dem Antrag der Strafkammer des Landgerichts Landshut auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1, 8. Teil Kap. IV der 4. VO. des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 Stellung zu nehmen.

Es dreht sich kurz um folgenden Vorgang. Das Landgericht Landshut hat in einem Verfahren, das Herr Staatsminister Dr. Müller gegen ein Mitglied der Bayernpartei wegen Beleidigung angestrengt hat, den Beleidiger zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Strafmaß ist auf Grund des eben angezogenen Notgesetzes — so will ich es einmal nennen — so hoch ausgefallen. Die Strafkammer Landshut sieht in der Anwendung dieses Gesetzes eine Verfassungswidrigkeit, und zwar deshalb, weil nach Meinung der Strafkammer ein erhöhtes Schutzbedürfnis für die Ehre der Politiker nicht bestünde. Der Ausschuß hat beschlossen, sich als nichtbeteiligt zu erklären. Es ist hierbei interessant, festzustellen, daß der Senat im Prinzip den gleichen Standpunkt eingenommen, aber erklärt hat, ein erhöhtes Schutzbedürfnis für die Politiker bestünde. Darüber haben wir aber nicht zu entscheiden.

Ich schlage vor, dem Ausschlußbeschluß auf Beilage 2282 beizutreten, ohne mich damit zur Sache geäußert zu haben.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2282) ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt nun:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend Beschwerde von Dr. Schmalz in Adelsberg gegen das neue Landeswahlgesetz; hier Ausschluß der Mitläufer vom passiven Wahlrecht (Beilage 2283).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hille. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hille (SPD) [Berichtersteller]: Der Ausschuß hat zu dieser Verfassungsbeschwerde Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs mitzuteilen, daß die Beschwerde als gegenwärtig unzulässig zurückzuweisen sei, da der Beschwerdeführer mit Rücksicht darauf, daß das Landeswahlgesetz noch nicht Rechtswirksamkeit erlangt hat, nicht beschwert sei.

Die Beschwerde im einzelnen vorzutragen, dürfte unter diesen Umständen zwecklos sein. Ich schlage vor, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

I. Vizepräsident: Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD): Die Fassung des Beschlusses ist unglücklich geraten. Der Landtag kann nicht beschließen: Die Verfassungsbeschwerde wird als gegenwärtig unzulässig zurückgewiesen. Das ist ein Beschluß, den nur der Verfassungsgerichtshof fassen kann. Wir können nur beschließen, und ich möchte diese Formulierung vorschlagen: „Nach Ansicht des Landtags ist die Verfassungsbeschwerde als gegenwärtig unzulässig zurückzuweisen“ usw.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hille.)

I. Vizepräsident: Das hohe Haus hat den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner gehört. — Wer für diesen Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner ist, durch den der Antrag des Ausschusses (Beilage 2283) entsprechend abgeändert wird, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe noch auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kiene, Köll, Ziefich und Genossen betreffend Aufhebung des Abstempelungszwangs für Eier durch den Eiergroßhandel (Beilage 2290).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kiene. Ich erteile ihm das Wort.

Kiene (SPD) [Berichtersteller]: Der Antrag liegt den Herren Abgeordneten gedruckt vor. Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich ausführlich damit beschäftigt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß das ursprüngliche Gesetz über die Eierkennzeichnung im Jahre 1932 sinnvoll war, aber unter den gegenwärtigen Umständen unsinnig ist. Es stellt keinen Schutz des Verbrauchers und Erzeugers mehr dar. Aus diesem Grunde hat der Ausschuß beschlossen, dem Antrag auf Aufhebung des Eierkennzeichnungszwangs zuzustimmen. Das hat vor allen Dingen den Zweck, das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu veranlassen, in Frankfurt die entsprechenden Schritte zu unternehmen, daß das Gesetz über die Eierkennzeichnung eine Fassung erhält, nach der die Eier wieder in der Gemeinde gestempelt werden können statt bei privilegierten Großhändlern, die sonst eine Vormachtstellung in der Eierwirtschaft hätten.

I. Vizepräsident: Das Wort hat zu einer Erklärung der Staatsregierung der Herr Staatssekretär Sühler.

Staatssekretär Sühler: Meine Damen und Herren! Die Abstempelungspflicht für Eier besteht laut Anordnung der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 28. Oktober 1948. Diese ist am 1. Januar 1949 in Kraft getreten. Die bayerischen Ausführungsbestimmungen hierzu vom 20. Januar 1949 ergeben sich zwangsläufig aus der Frankfurter Anordnung.

Die Kennzeichnungspflicht würde nach eingehender Beratung und unter Zustimmung der beteiligten Wirtschaftskreise vom Erzeuger bis zum Verbraucher eingeführt. Sie erfolgte in Anlehnung an ein bereits im Jahre 1932 erlassenes Gesetz. Damals hatte man in erster Linie den Schutz des deutschen Eies gegenüber der Auslandskonkurrenz im Auge. Dieser Gesichtspunkt spielt — wenigstens zur Zeit — noch keine Rolle. Er kann aber schon bald aktuell werden, denn der Drang der europäischen Länder mit Eierüberschuß, nach Deutschland zu exportieren, ist sehr stark und es ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe des heurigen Jahres, spätestens aber im Frühjahr 1950, bedeutende Mengen Auslands Eier hereinkommen, wenn die notwendigen Devisen bewilligt werden. Die Preise der Auslands Eier liegen weit unter den deutschen Gestehungskosten, und das einzige Mittel, sich auf dem deutschen Markt zu behaupten, wird dann nur die Qualität des deutschen Frischeies sein. Zu diesem Zweck ist die Standardisierung erforderlich.

Im Augenblick liegt der Hauptwert der Kennzeichnung nicht so sehr in der Sortierung nach Größen, als vielmehr in der mit der Kennzeichnungspflicht verbundenen Durchleuchtung. Diese sichert dem Verbraucher einwandfreie Ware und gegenüber den Lieferanten ein Reklamationsrecht.

In Bayern sind bisher 134 Großhandelsbetriebe zur Kennzeichnung zugelassen, außerdem sind noch rund 200 Erzeugerbetriebe kennzeichnungsberechtigt. Die Gewerbefreiheit wird durch die Kennzeichnungspflicht nicht eingeschränkt. Es kann jeder, der seinen Gewerbebetrieb anmeldet, Eier aufkaufen, beziehungsweise im Groß- oder Kleinhandel absetzen. Der direkte Absatz vom Erzeuger zum Verbraucher ist erlaubt. Diese Eier sind nicht kennzeichnungspflichtig. Selbstmarktende Bauern können daher ihre Eier ohne Kennzeichnung auf den Wochenmärkten an Verbraucher abgeben.

Nach der Anordnung vom 28. Oktober 1948 müssen Handelsbetriebe, die keine eigene Kennzeichnungsnummer haben, bei den zur Kennzeichnung zugelassenen Firmen lohnkennzeichnen lassen. Dieser Umstand führt wohl am meisten zum Widerstand gegen die Kennzeichnung bei den beteiligten Händlerkreisen. Bei der Kennzeichnung und bei der Lohnkennzeichnung müssen nämlich die gekennzeichneten Eier buchnäßig festgehalten werden. Niemand läßt sich gerne von der Konkurrenz seine Umsätze nachrechnen. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß vielfach die Angst vor dem Finanzamt Anlaß dazu gibt, die Kennzeichnung zu meiden. Das Ministerium ist bestrebt, allen Firmen, die einigermaßen die Voraussetzungen erfüllen, eine eigene Kennzeichnungsnummer zuzuteilen.

Um in den Landkreisen den Verkehr mit Eiern nicht unnötig zu erschweren, wird das Ministerium im Einvernehmen mit Frankfurt schon in den nächsten Tagen eine Anordnung erlassen, daß in bestimmten Land-

(Staatssekretär Sühler)

kreisen, wo das besonders notwendig ist, der lokale Absatz beim Kleinhändler nicht kennzeichnungspflichtig ist.

Da es sich bei der Eierkennzeichnungspflicht um eine bizonale Anordnung handelt, kann sie auch nur durch die bizonalen Behörden aufgehoben werden. Die Annahme des Antrags Kiene und Genossen durch den Bayerischen Landtag kann also nur zur Folge haben, daß das Ministerium in Ausführung des Landtagsbeschlusses die Aufhebung der Kennzeichnungspflicht in Frankfurt beantragt. Stimmt Frankfurt diesem Antrag nicht zu, was anzunehmen ist, dann sieht sich das Ministerium in die unangenehme Lage versetzt, eine An-

ordnung beibehalten und durchführen zu müssen, gegen die sich die eigene Volksvertretung ausgesprochen hat.

I. Vizepräsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß beantragt Zustimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses (Beilage 2290) ist, möge sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die Zustimmung fest.

In der nächsten und übernächsten Woche finden Ausschußsitzungen statt. Die nächste Plenarsitzung ist am Mittwoch, den 6. April.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 59 Minuten.)